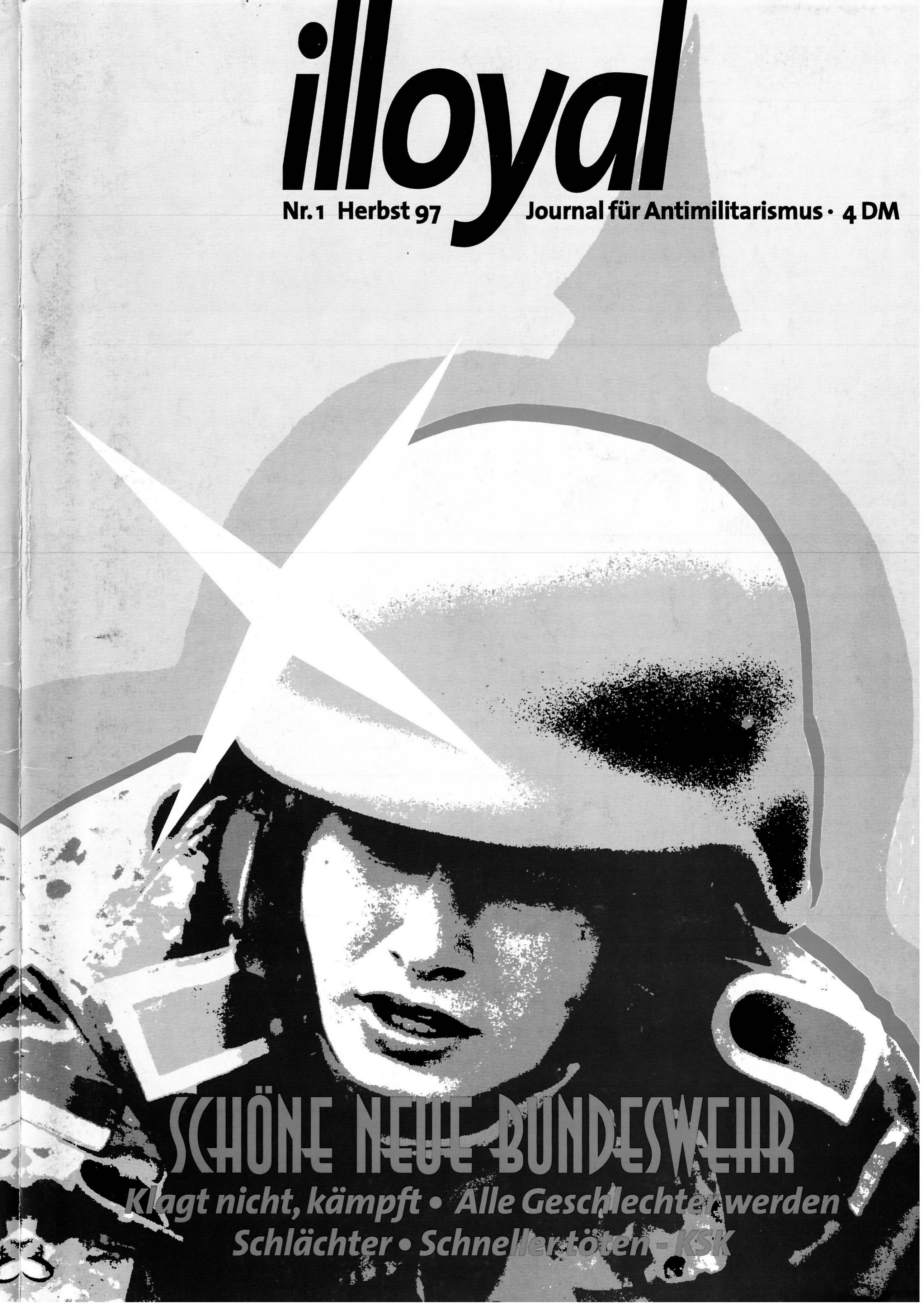
illoyal

Nr. 1 Herbst 97 Journal für Antimilitarismus · 4 DM



SCHÖNE NEUE BUNDESWEHR

Klagt nicht, kämpft • Alle Geschlechter werden
Schlächter • Schneller töten – KSK

Inhalt

3 Worte zum Quartal

Schöne neue Bundeswehr

4 Weltweit kriegsbereit: die neue Bundeswehr
8 Kommando Spezialkräfte: neue Eliteeinheit
9 Krieg fängt im Kopf an
12 Medienoffensive der Bundeswehr
16 Schöne alte Reichswehr – Pardon wird nicht gegeben
19 Frauen und Bundeswehr in der Diskussion

Berichte

24 News
25 Schöner mustern: jetzt auch daheim
26 MilitärgegnerInnen laufen AMOK
27 Eurofighter: Bundestag hebt ab
28 Durchbruch an der Oder?
29 Die Bundeswehr und das Politische
30 DDR-Kriegsdienstverweigerer in Neu-BRD weiter verfolgt

Totale Kriegsdienstverweigerung

31 Totale Kriegsdienstverweigerung und Rechtsstaat
34 Knastbericht von Heiko Thiele

LeserInnenbriefe

35 LeserInnenbriefe

Innenansichten

36 Keine Bomben auf die Wittstock-Ruppiner Heide
38 Geschichte von unten
39 KDV im Dritten Reich: Ausstellung in Cottbus
40 Deutsch-türkisches KDV-Projekt

Service

42 Tätowierungen und andere Straftaten
43 Adressen und Termine

Impressum
Herausgeber: Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.
Oranienstr. 25, 10999 Berlin, Tel.: (030) 6151123, Fax (030) 61500529,
e-mail:illoyal @ Kampagne. DE, Internet: http://www. illoyal. Kampagne. DE

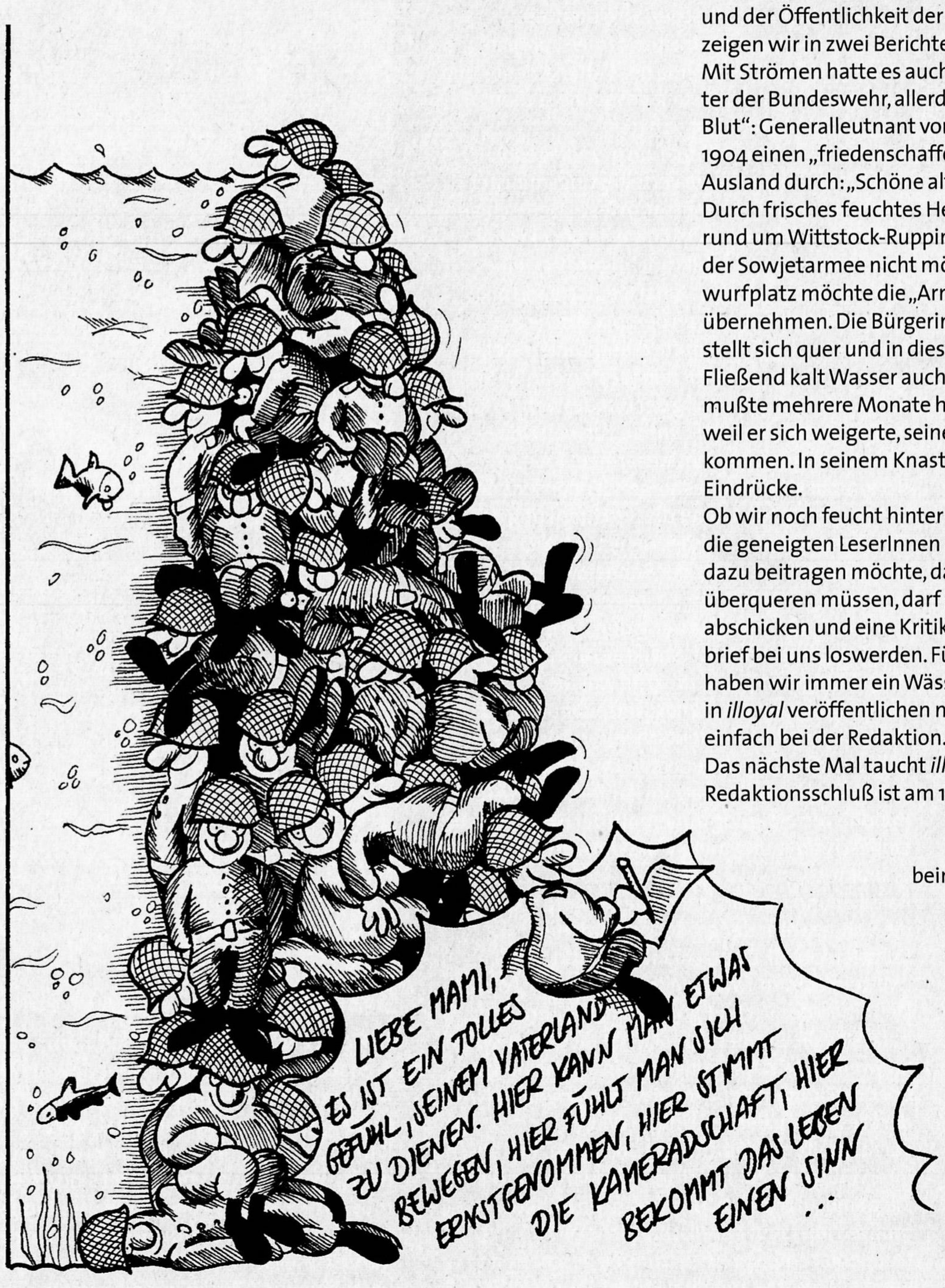
Redaktion: Christopher Steinmetz, Frank Brendle, Michael Behrendt,
Ralf Siemens, Sabine Schaaf, Stefan Tietke, Ulrike Gramann (V.i.S.d.P.)
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Wir freuen uns über eingesandte Beiträge, übernehmen jedoch keine Haftung und behalten uns den Abdruck vor.
Gestaltung: Marc Berger, Karikaturen: Andreas Otto, Druck: agit

Bezug: illoyal erscheint einmal im Quartal. Für Mitglieder im Verein Mit uns gegen die Wehrpflicht ist der Preis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Einzelpreis DM 4,00 zuzüglich Porto. Jahresabonnement DM 20,00 inklusive Versand.
ISSN: 1434-2871

Worte zum Quartal

Liebe Leserinnen und Leser,

illoyal wird in Berlin produziert, und Berlin liegt glücklicherweise nicht an der Oder, sondern an der zurückhaltenderen Spree. Wer weiß, befänden sich unsere Arbeitsräume im Oderbruch, wären möglicherweise Hunderte bundeswehrbegeisterte BürgerInnen schimpfend zu uns hereingeflutet. Wollen wir doch den heldenhaften Sommereinsatz unserer Truppe nicht unkritisch zu den Akten legen, wie im Artikel „Durchbruch an der Oder?“ nachzulesen.



Der kalte Schweiß kann all jenen auf die Stirn treten, die sich ansehen, wie sich die Bundeswehr für weltweite Einsätze fit macht. Weitgehend jenseits der Öffentlichkeit vollziehen sich entscheidende Umstrukturierungen, die in unserem Schwerpunkt-Thema „Schöne neue Bundeswehr“ unter die Lupe genommen werden.
Nasse Füße sollen „unsere Jungs“ nicht mehr bekommen, dafür erhalten sie nicht nur neue Uniformen, sondern auch ein Training, das aus den ehemaligen Schlaffis ganze Männer machen soll. Der robuste Soldat ist wieder angesagt. Wie ihnen und der Öffentlichkeit der Kopf gewaschen wird, zeigen wir in zwei Berichten.
Mit Strömen hatte es auch einer der Traditionsstifter der Bundeswehr, allerdings mit „Strömen von Blut“: Generalleutnant von Trotha führte schon 1904 einen „friedenschaffenden“ Einsatz im Ausland durch: „Schöne alte Reichswehr“!
Durch frisches feuchtes Heidegras zu wandern ist rund um Wittstock-Ruppin auch nach dem Abzug der Sowjetarmee nicht möglich: Deren Bombenabwurfplatz möchte die „Armee der Einheit“ gerne übernehmen. Die Bürgerinitiative „FREIeHEIDe“ stellt sich quer und in diesem Heft vor.
Fließend kalt Wasser auch im Knast: Heiko Thiele mußte mehrere Monate hinter Gittern verbringen, weil er sich weigerte, seiner Wehrpflicht nachzukommen. In seinem Knastbericht schildert er seine Eindrücke.
Ob wir noch feucht hinter den Ohren sind, mögen die geneigten LeserInnen selbst entscheiden. Wer dazu beitragen möchte, daß wir den Jordan nicht überqueren müssen, darf gerne eine Flaschenpost abschicken und eine Kritik oder einen LeserInnenbrief bei uns loswerden. Für neue AutorInnen haben wir immer ein Wässerchen bereit: Wer gerne in *illoyal* veröffentlichen möchte, melde sich einfach bei der Redaktion.
Das nächste Mal taucht *illoyal* im Januar 1998 auf. Redaktionsschluß ist am 15. Dezember.

Und jetzt viel Spaß
beim Lesen und Nachdenken!

die Redaktion illoyal

Weltweit kriegsbereit:

DIE NEUE BUNDESWEHR

Die Gründung der Bundeswehr ist in den 50er Jahren mit der Bedrohung durch die UdSSR gerechtfertigt worden. Sie wurde in einer Größenordnung aufgebaut, die sie zur modernsten und, nach den sowjetischen Streitkräften, konventionell zweitstärksten Armee Europas werden ließ. Mit dem Ende des Kalten Krieges und der endgültigen Auflösung des sowjetischen Imperiums 1990/91 hat sich die sicherheitspolitsche Situation grundlegend geändert. Der damalige Verteidigungsminister Stoltenberg stellte bereits 1991 fest: „Deutschland befindet sich heute nicht länger in der extrem exponierten und konfliktträchtigen Lage eines 'Frontstaates'. ... Erstmals hat Deutschland an seinen östlichen Grenzen demokratische Nachbarn... Die Streitkräfte dieser Länder stellen keinerlei Risiko mehr für den Westen dar."(1) Statt konsequenter Abrüstung der Bundeswehr erfolgt jedoch ihr zielstrebiger Umbau zur weltweit einsatzfähigen Interventionsarmee.

Bis 1990 bestand weitestgehender Konsens der politischen Akteure über die Beschränkung des Einsatzraumes der Bundeswehr auf NATO-Territorium. Ein Einsatz der Bundeswehr, fast vollständig in NATO-Strukturen eingebunden, wäre nur unter operativer Führung durch die NATO möglich gewesen. Nach Struktur, Ausrüstung, Ausbildung und Einsatzdoktrin war die Bundeswehr auf die „Landesverteidigung", auf die Verteidigung bundesdeutschen Territoriums an der östlichen Grenze ausgerichtet. Die Fähigkeit der Bundeswehr zum Einsatz im Rahmen der NATO-Bündnisverteidigung außerhalb der BRD war sehr eingeschränkt und mehr von symbolischem Charakter.

Politiker und Militärs haben neue „Aufgaben" für die Bundeswehr der größer gewordenen Bundesrepublik Deutschland entdeckt. Als „Mittelmacht mit weltweitem Interesse", so die Definition des Verteidigungsministeriums 1992, habe sich die Bundesrepublik mit der Bundeswehr auf weltweite Kampfeinsätze - in eigener Regie oder im Rahmen der Vereinten Nationen, der NATO, der Westeuropäischen Union (WEU) - vorzubereiten. Kriegführung und offen militärische Interventionen zur Durchsetzung wirtschaftlicher Ziele sind angestrebt. Um dies zu erreichen, mußten aber erst gesellschaftliche und truppeninterne Voraussetzungen geschaffen werden. Einsätze, mit dem Etikett „humanitär" beklebt, folgten: Persischer Golf, Kambodscha, Somalia, Adria... Sie dienten der Gewöhnung an Auslandseinsätze der Bundeswehr. Rühe bekannte Ende 1992: „Ich bleibe dabei, daß wir auf Kampfeinsätze ... im Augenblick weder materiell noch psychologisch vorbereitet sind... Deswegen müssen wir Schritt für Schritt vorgehen. Es geht auch nicht nur darum, die Soldaten, sondern die ganze Gesellschaft auf diese neuen Aufgaben vorzubereiten." Rückblickend erklärte der von 1991

(1) Stoltenberg in: Bulletin des Presse- u. Informationsamtes d. Bundesregierung, 15.3.91, S. 215.
(2) Rühe im Interview in: Der Spiegel 30/92 v. 20.7.92, S. 32.
(3) Ex-Generalinspekteur Naumann in: Soldat und Technik 1/95, S. 12.
(4) Volker Rühe in: Das Parlament 37/92 v. 4.9.92, S. 2.
(5) Verteidigungspolitische Richtlinien, 26.11.1992.
(6) Soldat und Technik 3/1996, S. 165.
(7) Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, BVerfGE 90, 286.

Schöne neue Bundeswehr

„Zwei deutsche Soldaten des GEPFOR-Kontingents haben soeben fünf Ureinwohner der Bergstämme festgenommen"(Orginalbildunterschrift aus HEER 9/96, S.2)
Foto: BMVg

bis 1996 amtierende Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann, daß „humanitäre Einsätze" im Rahmen der Vereinten Nationen keine eigentliche Aufgabe der Bundeswehr seien und daß sie diese lediglich „als Nebenaufgabe erfüllen können" müsse.(3)

Neue Aufgaben

Volker Rühe spricht von einer „zweiten Neugeburt der Bundeswehr".(4) Zu ihren neuen Aufgaben zählt unter anderem die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung." Dieser Satz steht in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien" vom 26. November 1992, die Rühe ohne parlamentarische oder gesellschaftliche Diskussion erlassen hat. Ziel ist nun die „Einflußnahme auf die internationalen Institutionen und Prozesse im Sinne unserer Interessen ... gegründet auf unsere Wirtschaftskraft, unseren militärischen Beitrag...". Als Risiken, früher noch Bedrohung genannt, werden aufgezählt: Rußland, regionale und innerstaatliche europäische Konflikte, Risiken für Frieden und Stabilität an der europäischen Peripherie, Angriffe auf deutsche Staatsbürger im Ausland und jede Form internationaler Destabilisierung, die den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt beeinträchtigt und Flüchtlingsbewegungen in Gang setzt. Die BRD sei dabei vom gesamten Risikospektrum betroffen. Daher müsse „in einem erweiterten geographischen Umfeld" militärische Vorsorge als militärisches „Krisen- und Konfliktmanagement" geleistet werden. Eine geographische Einschränkung wird nicht mehr vorgenommen.(5) Einsätze im Rahmen des „Krisen- und Konfliktmanagements" werden an anderer Stelle als das bezeichnet, was sie sind: Kriegseinsätze.(6)

Fakten geschaffen

Bevor das Bundesverfassungsgericht über die Rechtmäßigkeit von Auslandseinsätzen der Bundeswehr entscheiden mußte, hat die Bundesregierung das Grundgesetz uminterpretiert und mit den Einsätzen in Somalia, Kambodscha und anderswo Fakten geschaffen. Das BVG hat mit seiner Grundsatzentscheidung vom 12. Juli 1994 nur sanktioniert, was bereits Praxis war: „Nach Art. 24 GG ist der Bund zum Eintritt in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit berechtigt. Dazu gehören die typischerweise damit verbundenen Aufgaben einschließlich die Verwendung der Bundeswehr, die im Rahmen und nach den Regeln des Systems stattfinden." Da die Bundesrepublik Mitglied der NATO und der Vereinten Nationen ist, kann die Bundeswehr ohne geographische Beschränkung eingesetzt werden. Nur bei „Gefahr in Verzug" muß der Bundestag - und zwar erst nachträglich - informiert werden. Diese liege vor, wenn „ein Abwarten der parlamentarischen Entscheidung die militärische Wehrfähigkeit oder die Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigen würde."(7) Dadurch ist die absurde Situation entstanden, daß für weltweite Einsätze der Bundeswehr die Regierung lediglich die einfache parlamentarische Mehrheit benötigt, wogegen der Verteidigungsfall mit einer Zweidrittel-Mehrheit festgestellt werden muß.

Am 12. Juli 1994, als die Entscheidung zu „Out-of-area"-Einsätzen verkündet wurde, hat Rühe die „Konzeptionelle Leitlinie zur Weiterentwicklung der Bundeswehr" erlassen. Bereits vier Tage zuvor billigte das Kabinett dieses Papier. Danach hat die Bundeswehr den Auftrag, Deutschland zu verteidigen, im Bündnisgebiet Beistand zu leisten und im Rahmen von „Krisenbewältigung und Konfliktverhinderung eingesetzt zu werden, um den Zielen der Vereinten Nationen Geltung zu verschaffen". Wörtlich heißt es weiter: „Zwar wird wie bisher der Einsatz großer Teile der Streitkräfte in integrierten Kräfte- und Kommandostrukturen der NATO erfolgen. Aber künftig müssen auch solche Kräfte in nationalen Zuständigkeiten geführt werden... Ziel muß sein, für Einsätze der Bundeswehr .. eine zentrale teilstreitkräfteübergreifende Führung der eingesetzten Truppenteile ... sicherzustellen."(8)

Zentrale Führung

Am 1. Januar 1995 wurde ein „Führungszentrum der Bundeswehr" im Verteidigungsministerium gegründet. Etwa 80 Soldaten und Zivilisten widmen sich der Planung, Koordination und der Führung von Auslandseinsätzen. Noch hat es keine operative Kommandogewalt, kann aber als Vorläufer des von der Bundeswehr gewünschten Generalstabes gelten.(9) Seit dem 1. Oktober 1994 ist das „Heeresführungskommando" in Koblenz einsatzbereit. 350 Soldaten und 50 zivile Angehörige der Bundeswehr führen alle deutschen Heeresverbände im In- und Ausland im Rahmen von „Krisenmanagement und Katastrophenhilfe" in nationaler Eigenständigkeit. Einsätze zur Landes- und Bündnisverteidigung verbleiben unter NATO-Führung. Verbindungsbüros von Luftwaffe und Marine sind eingerichtet. Die Einsätze im Ausland werden teilstreitkräfteübergreifend geführt. Die Militärs fassen dies selbst treffend so zusammen: Erstmals verfügt das Heer über eine zentrale Führungsorganisation, die es befähigt, Einsätze im Frieden innerhalb und außerhalb Deutschlands zu führen.(10) Hierfür wird das „Satellitenkommunikationssystem der Bundeswehr" (SATCOMBw) eingeführt. Es ist für „fünf unterschiedliche Aufträge in vier verschiedenen Einsatzgebieten" ausgelegt.(11) Die weltweite Kommunikation ist damit von NATO-Strukturen unabhängig.

Jederzeit bereit

Präsente und innerhalb kürzester Zeit abmarschbereite Interventionseinheiten wurden und werden aufgebaut. 53.600 Soldaten gehören diesen „Krisenreaktionskräften" (KRK) an, die als erste in „Feindberührung" treten. Diese 37.000 Soldaten des Heeres, 12.300 Soldaten der Luftwaffe und 4.300 Marinesoldaten sind Freiwillige. Über 70 Prozent sind Berufs- und Zeitsoldaten. Die Grundwehrdienstleistenden müssen sich überdies bis zu 13 Monaten zusätzlich zum zehnmonatigen Wehrdienst verpflichten.(12) Geplant ist ein gleichzeitiger Einsatz bis zu einer Heeresdivision mit entsprechender Luftwaffen- und Marineunterstützung(13), die "...mit kleinen Teilen sofort und in Gänze spätestens nach einem Monat in jedes denkbare Einsatzgebiet verlegt werden können."(14)

Der Umbau der Landstreitkräfte erfolgt in die Struktur „Neues Heer für Neue Aufgaben".(15) Ein sogenannter „4-Stufen-Plan" des Inspekteurs der Heeres, Willmann, aus dem Jahr 1996 legt die Schwerpunkte der kriegsvorbereitenden Ausbildung fest: „Weiterentwicklung des operativen Denkens (Freie Operation)", „Verbesserung des Führungskönnens (Leadership-Training)",„Neugestaltung der Truppenausbildung" durch „erlebnisorientierte Gemeinschaftsausbildung" mit Betonung auf mehr Schieß- und Sanitätsausbildung sowie die Steigerung der „Robustheit des Soldaten" durch ein „Programm zur Steigerung der sportlichen Ertüchtigung".(16) Ein erstes KRK-Kontigent für einen geschlossenen Einsatz von 4.000 bis 5.000 Soldaten ist seit Oktober 1997 einsatzbereit. Die volle Einsatzbereitschaft der KRK-Truppen wird bis zum Jahr 2000 hergestellt sein.

KRK für alle Fälle

Neue Einheiten für Kriegseinsätze im Ausland wurden bzw. werden aufgestellt. Das „Kommando Luftbewegliche Kräfte" (KLK), seit 1992 geplant und 1994 einsatzbereit, ist direkt dem „Heeresführungskommando" unterstellt. 260 Soldaten und Zivilisten bilden dieses mobile Hauptquartier zur Planung, Vorbereitung und Durchführung von Einsätzen des gesamten Einsatzspektrums, und dieses bildet bei Bedarf einen WEU-Gefechtsstand. Als Hauptquartier kann es luftbewegliche Kräfte unter nationalem Kommando führen.(17)

„Für den Kampf in und aus der Luft" ist die „Luftmechanisierte Brigade" in Fritzlar am 3. April 1997 aufgestellt worden. Nach US-amerikanischem Vorbild und während des Vietnamkrieges entwickeltem Konzept werden Kampf- und Transporthubschrauber zu einem Großverband zusammengefaßt, um „tief im gegnerischen Gebiet operieren zu können."(18)

Seit 1990, offiziell seit 1996, wird das „Kommando Spezialkräfte" aufgestellt. Etwa 850 Elitesoldaten - Fallschirmjäger, Gebirgsjäger, Fernspäher, Fernmeldespezialisten - werden eine dreijährige Kommandoausbildung erhalten. Die Vorbilder sind der britische „Special Air Service" (SAS) und die US-amerikanischen „Green Berets".

Die bis 1990 in der Öffentlichkeit weitestgehend unbekannte „Frontnachrichtentruppe", ausgebildet zur Befragung von Kriegsgefangenen und zur Auswertung von erbeutetem Kriegsmaterial, erweitert ihr Sprachrepertoire um die Weltsprachen Spanisch und Arabisch. Neue kriegsnahe Übungen bereiten die Soldaten auf ihren Einsatz unter allen klimatischen und geographischen Bedingungen vor, vom Dschungel- bis zum Gebirgs- und Winterkampf.(19)

Die Luftwaffe stellt sechs Staffeln Kampfflugzeuge als „Krisenreaktionskräfte" für Angriff, Verteidigung, Aufklärung und nukleare Kriegführung ab. Bereits innerhalb weniger Stunden können erste Einheiten bis in den Nahen

(8) Konzeptionelle Leitlinie zur Weiterentwicklung der Bundeswehr in: Reader Sicherheitspolitik, Ergänzungslieferung 9/94, Information für die Truppe.
(9) Information für die Truppe 6/96, S. 24; Truppenpraxis/Wehrausbildung 5/96, S. 296.
(10) Wehrtechnik 3/96, Soldat und Technik 5/94, Truppenpraxis/Wehrausbildung 2/1995.
(11) Nicht ohne anzumerken, daß diese technische Fähigkeit „nicht zu hoch gegriffen" ist. Europäische Sicherheit 12/96, S. 14.
(12) Generalinspekteur der BW Bagger in: Reader Sicherheitspolitik, Ergänzungslieferung 10/96, Information für die Truppe; Konzept des Verteidigungsministeriums zur „Anpassung der Streitkräftestrukturen, vom 7.6.95, S. 9.
(13) siehe Endnote 8, S. 20.
(14) Ex-Generalinspekteur Naumann in: Information für die Truppe 1/95, S. 8/9.
(15) Europäische Sicherheit 8/97, S. 11.
(16) Europäische Sicherheit 3/97, S. 12f.; Wehrtechnik 6/96, S. 64.
(17) Soldat und Technik 2/1995, S. 97.
(18) Soldat und Technik 6/97, S. 370 ff.
(19) Truppenpraxis/Wehrausbildung 1/96, S. 50-52; Bundeswehr aktuell 25/97 v. 11.8.97, S. 5; „Heer" 8/95, S. 26.

Ein Blick in den Zoologischen Garten der neuen Bundeswehr Foto: BMVg

Osten „wirksam werden". Sämtliche Lufttransportkräfte erhalten ebenfalls diesen Status.(20) Als neue Einheit ist im März 1997 das „Objektschutzbataillon" in Dienst gestellt worden. Es soll bei Auslandseinsätzen eigene Flugplätze schützen und wird mit über 1000 Soldaten ab 1999 voll einsatzbereit sein.(21) Die Marine bildet zwei hochseefähige Einsatzgruppen. Insgesamt werden 40 Prozent der schwimmenden Einheiten als „Krisenreaktionskräfte" bereitgehalten.(22)

Psycho

Eine Aufwertung erfährt die „Truppenpsychologische Einsatzbegleitung". Bereits in Somalia war sie dabei. 140 PsychologInnen bilden den Psychologischen Dienst der Bundeswehr, dessen oberstes Ziel es sein muß, „die psychische Einsatzfähigkeit des Soldaten wieder herzustellen und ihn nicht einfach sich selbst zu überlassen als einen, der im Ausland versagt hat." Auch die Notwendigkeit einer psychologischen Betreuung nach einem Einsatz wird hervorgehoben: Der „Einsatz und die Bewährung bei heimkehrenden Soldaten können zu Verhaltensweisen und zu einem Selbstbewußtsein führen, das die Wiedereingliederung nach erfolgtem Auslandseinsatz in Truppe und Gesellschaft erschwert."(23) Seit 1996 wird der Truppe der Umgang mit „Verwundung und Tod", so der Titel eines Seminarkonzeptes des Zentrums Innere Führung, nahegebracht. Es wird gelehrt, wie der einzelne Soldat bei einem Einsatz mit seiner Angst in Extremsituationen umzugehen hat. Zur besseren Vorbereitung wird darauf hingewiesen, daß die Erziehung zu „Treue, Gehorsam, Tapferkeit, Disziplin" „Halt und Stütze" gibt: „... je fester der einzelne Soldat, besonders der Führer, eingebunden ist in Wertevorstellungen, desto fester kann er in extremen Situationen standhalten."(24)

Wehrpflicht ade!

Der Weg zur Freiwilligenarmee ist eingeleitet. Nur noch jeder dritte Soldat der insgesamt 338.000 Soldaten der Bundeswehr ist Grundwehrdienstleistender, alle anderen sind Berufs- und Zeitsoldaten.(25) Unter ihnen sind auch etwa 17.000, die ihren Wehrdienst freiwillig um zwei bis dreizehn Monate verlängert und, damit verbunden, ihre Bereitschaft zu Auslandseinsätzen erklärt haben.(26) Dieser Umfang von 338.000 wird von offizieller Seite als Abrüstungsschritt verkauft, da die Bundeswehr Ende 1990 einen Personalumfang von 580.000 hatte.(27) In diese Zahl sind die Soldaten der Nationalen Volksarmee der DDR, gegen die gerüstet wurde, einfach mit eingerechnet worden.
Aber ohnehin ist die Personalstärke der Bundeswehr eine politische Größe. „Nicht der Feind", sondern, so Rühe, die „Größe eines Landes", die „Stärke der Bevölkerung" und die „geographische Situation" seien die Bemessungsgrundlagen für die Größe der Bundeswehr.(28) Noch im Herbst 1989, als weder die deutsche Vereinigung, noch der Zerfall der UdSSR absehbar waren, sahen die Planungen des Verteidigungsministeriums eine Reduzierung der Friedensstärke der Bundeswehr bis 1995 auf 400.000 Soldaten vor. Gemessen an diesen Personalplanungen ist die Reduzierung auf 338.000 Soldaten, nach Wegfall der „existentiellen Bedrohung" für die BRD, nicht nur gering, sondern kommt einer Aufrüstung gleich.(29)

Neues Selbstverständnis

„Berufsbild und Selbstverständnis der Soldaten der Bundeswehr haben sich gewandelt. (...) Der sicherheitspolitische Wandel hat auch geistig-moralische Konsequenzen für das soldatische Selbstverständnis. (...) Er muß kämpfen können und notfalls mit seinem Leben ... im Rahmen internationaler Verpflichtungen für andere einstehen."(30) „Was wir durch Erziehung erreichen wollen und müssen, ist die Bereitschaft unserer Soldaten, die ihnen gesetzlich auferlegten Pflichten aus Einsicht ... unter bewußter Überwindung von Furcht um das eigene Leben, ausüben zu wollen."(31) Der Leitsatz der Bundeswehr bis 1990 „kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen" ist ersetzt durch „kämpfen können und kämpfen wollen". Vielleicht wieder mit Gewehr und Bajonett? Auf eine Anfrage in „Soldat und Technik" antwortet ein Redakteur: „... die Bundeswehr (hat) bisher auf ein Bajonett verzichtet. Bis heute, sage ich, denn: Das neue G36 macht es möglich, ein Seitengewehr aufzupflanzen, das allerdings nur dazu da sein kann, auf einer niedrigen Ebene der Drohung mit Waffengewalt (im Rahmen der neuen Aufgaben der Streitkräfte) Einfluß ... auszuüben."(32)

Ralf Siemens

(20) Wehrtechnik 5/97.
(21) Luftwaffe 6/97, S. 19.
(22) Jährlicher Informationsaustausch über Verteidigungsplanung 1997, S. 19.
(23) Truppenpraxis/Wehrausbildung 5/96, S. 313-318.
(24) Truppenpraxis/Wehrausbildung 11/96, S. 760-762.
(25) Am 28.7.97 leisteten 117.001 Wehrpflichtige ihren Zwangsdienst in der Bundeswehr. Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 3.9.1997, Drucksache 13/8455; siehe auch Wiener Dokument: Jährlicher Informationsaustausch über Verteidigungsplanung 1997, S. 9.
(26) Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 3.9.1997, Drucksache 13/8455.
(27) So auch der Generalinspekteur Bagger in: Europäische Sicherheit 2/97, S. 8.
(28) Rühe vor den Kommandeuren der Bundeswehr am 14. Mai 1992 in: Informationen zur Sicherheitspolitik (1992), S. 9.
(29) Regierungserklärung des Verteidigungsministers Stoltenberg am 7.12.89 vor dem Bundestag.
(30) Internet-Seite der Bundeswehr „Selbstverständnis des Soldaten" vom 9.10.97.
(31) Ex-Generalinspekteur Naumann in: Informationen zur Sicherheitspolitik November 1995, S. 32.
(32) Soldat und Technik 12/96, S. 768.

Kommando Spezialkräfte:

NEUE ELITE EINHEIT

Urlauber und Wirtschaftsflüchtlinge mit deutschem Paß können sich gelassen in allen Krisenregionen dieser Welt aufhalten.
Die neue Eliteeinheit der Bundeswehr, das Kommando Spezialkräfte (KSK), soll deutsche Staatsbürger aus bedrohlichen Situationen im Ausland herausschießen. Diese exklusive Schutzoption besteht seit dem 1. April.
Ein Blick hinter die Fassade des „Rettens und Helfens" verdeutlicht, wofür die bis zur Jahrtausendwende ausgebildeten Elitekämpfer zu gebrauchen sind.

Die Aufstellung des KSK wurde im März 1995 angekündigt: „Das Brigadekommando 25 in Calw wird in ein Kommando Spezialkräfte umgewandelt. Mit der Aufstellung dieses Kommandos schafft das Heer einen Verbund für rasch notwendige Einsätze, beispielsweise zur Evakuierung deutscher Staatsbürger."(1) Am 20.9.96 offiziell in Dienst gestellt, sind die ersten Soldaten für „Evakuierungsoperationen unter nationalem Kommando" seit April 1997 einsatzbereit.(2)
Am 11. September übte das KSK öffentlich. Vor dem stolzen Minister Rühe und unter den Blicken von Politikern und Medienvertretern haben 40 vermummte und schwarz uniformierte Soldaten „deutsche Staatsbürger im Ausland aus den Fängen von Terroristen" befreit.(3) Erneut wurde die Aufgabe, Deutsche im Ausland zu retten, in den Vordergrund gerückt. Die Geburtsstunde für das KSK soll die Befreiung von eingeschlossenen Deutschen im April 1994 durch belgische Soldaten aus Ruanda gewesen sein.(4) Die Bundeswehr hätte dies damals nicht leisten können. „Was in Ruanda passiert ist, möchte ich nicht wiedererleben", so der damalige oberste General des Heeres Bagger.(5)

1) Ressortkonzept zur Anpassung der Streitkräftestrukturen, der Territorialen Wehrverwaltung und der Stationierung.
2) FAZ, 2.4.97; Europäische Sicherheit 8/97, S. 52.
3) Der Tagesspiegel, 12.9.97; die tageszeitung (taz), 13./14.9.97.
4) Europäische Sicherheit 8/97, S. 50.
5) Rheinischer Merkur, 29.12.95.
Foto: BMVg

Tarnen und Täuschen gehören zum militärischen Handwerk. Auch in diesem Fall: Bereits 1990 wurde mit der Aufstellung von „Kommandokompanien“ bei den Luftlandeverbänden der Bundeswehr begonnen.(6) Dieser jahrelange Aufbau war „von verständlicher Vorsicht ... bestimmt“.(7) Wollte doch die Bundeswehr den Eindruck vermeiden, sie schaffe sich ein neues und offensives Instrument für weltweite Kampfeinsätze.
Klassische Ziele von Kommandounternehmen sind das „Ausschalten von Kommandozentralen und wichtigen Fernmeldeeinrichtungen in der Tiefe des gegnerischen Raumes sowie das Gewinnen strategisch und operativ wichtiger Nachrichten“.(8) „Denken Sie an die Brücke am Kwai - das war KSK“, erläuterte der Heereschef Willmann 1996.(9) Die „Abwehr terroristischer Bedrohung“,„Kampf gegen subversive Kräfte“,„verdeckte Operationen“ und „Kampfeinsätze“ werden als offizielle Aufgaben genannt.(10) Evakuierungs- und Rettungseinsätze sind lediglich kleine vorzeigbare Nebenaufgaben. Fünf Einsatzkompanien werden im Jahr 2001 voll einsatzbereit sein. 41,1 Millionen DM stehen zum Kauf geheimgehaltener Ausrüstung in den Jahren 1997 bis 1999 bereit. Die insgesamt etwa 850 Elitesoldaten haben eine dreijährige Kommandoausbildung zu absolvieren, fast ein Drittel davon Kampf- und Einzelkämpfer-ausbildung.(11) Die Zeit- und Berufssoldaten werden durch 150 Wehrpflichtige ergänzt, die als billige Hilfskräfte Küchen- und Schreibdienste verrichten.(12) Neben der militärischen Standardausrüstung verfügt das KSK über Präzisionsgewehre, Blendgranaten, Laptops, Gleitschirme, Nachtsichtgeräte, Sauerstoffmasken und Helme mit integrierter Funkausstattung. Ausgebildet sind sie im instinktiven Schießen, zum lautlosen Töten, Anlegen von Sprengfallen, zum Eindringen zu Land, zu Wasser und aus der Luft.
Als Vorbilder für das KSK dienen der britische „Special Air Service“ (SAS) und die US-amerikanischen „Green Berets“, die auch Ausbildungshilfe leisten.(13) Der SAS hat 1988 unbewaffnete Mitglieder der IRA auf Gibraltar erschossen und war in Nordirland zur Aufstandsbekämpfung eingesetzt. Kommandosoldaten der USA waren in Nikaragua, in Grenada und Afghanistan aktiv.(14) Rund 3.800 US-Kommandosoldaten befanden sich 1994 in 241 Einsätzen, obwohl sich offiziell die USA nicht in kriegerischen Konflikten befand.(15) Geheime Einsätze außerhalb jeder öffentlichen oder parlamentarischen Kontrolle. Wie schwärmt doch die Bundeswehr in ihren eigenen Medien: „Keiner sieht sie kommen. Keiner weiß, daß sie da sind. Und wenn ihre Mission beendet ist, gibt es keinen Beweis dafür, daß sie jemals da waren.“(16)

Ralf Siemens

6) Loyal 6/95, S. 18; „HEER“ 9/95, S. 3.
7) Generalmajor a.D. Bernhardt in: Europäische Sicherheit 8/96, S. 22.
8) Truppenpraxis / Wehrausbildung 11/1996, S. 742
9) Die Bundeswehr 10/96, S. 80.
10) Antwort der Bundesregierung vom 4.2.1997 auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.
11) dito
12) Truppenpraxis/Wehrausbildung 11/1996, S. 742.
13) Antwort der Bundesregierung vom 4.2.1997 auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.
14) die Tageszeitung (taz), 25.4.97; Berliner Zeitung, 15.4.95.
15) Die Bundeswehr 10/96, S. 80.
16) Die Bundeswehr 8/97, S. 66.

KRIEG FÄNGT IM KOPF AN

Bis zum Ende des Kalten Krieges hatte die Bundeswehr ein klares Feindbild: Der Feind stand im Osten, war bis an die Zähne bewaffnet und „bedrohte“ die Grenzen der Bundesrepublik. Der Verteidigungsauftrag der Bundeswehr war klar umgrenzt, das Territorium der Bundesrepublik war Handlungsgebiet, das es zu verteidigen galt. Friedenssicherung hieß „Abschreckung“. Das hat sich geändert.

Das Konzept der Inneren Führung
Vor dem Hintergrund zweier Weltkriege wurde mit der Gründung der Bundeswehr 1955 das Konzept der Inneren Führung eingeführt. Politische Lösungen sollten eindeutig Vorrang vor militärischen haben.
Soldaten sind „Staatsbürger in Uniform“ - ein Soldat der Bundeswehr war demnach kein unpolitischer Kämpfertyp, vielmehr war er dem pluralistischen Staats- und Menschenbild, den Demokratiegedanken des Grundgesetzes verpflichtet: ethisch motiviertes, werteorientiertes Handeln statt unüberlegten Gehorsams und Öffnung der Bundeswehr zur (Zivil-)Gesellschaft hin.
Ein Kampfeinsatz war äußerst unwahrscheinlich. Die hohe Präsenz von Atomwaffen in beiden

Militärblöcken legte Politikern und Militärs den Gedanken nahe, daß ein Krieg in Mitteleuropa keine Sieger kennen würde, daß nur die politische Verhinderung des Krieges eine wirksame Verteidigung darstellen konnte.
Nach dem Zusammenbruch des realsozialistischen Blockes konnte im Weißbuch 1994 festgestellt werden: „Das vereinte Deutschland ... ist nur noch von demokratischen Staaten, Freunden und Partnern umgeben." (1). Das „wiedervereinigte" Deutschland fordert seinen Platz unter den Großen der Welt, in der UNO und in den Militärbündnissen. Für die Bundeswehr begann die größte Umstrukturierung ihrer Geschichte.

Vitale Sicherheitsinteressen

Die Bundeswehrführung mußte eine neue Legitimationsgrundlage für die Bundeswehr finden. Folgerichtig nimmt die Definition der (Sicherheits) Interessen Deutschlands einen zentralen Platz in den Strategiepapieren seit 1991 ein. Unter den Oberbegriffen „weiter Sicherheitsbegriff" und „vitale Sicherheitsinteressen" werden politische, wirtschaftliche und militärische Interessen genannt: die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des strategischen Zugangs zu Märkten und Rohstoffen" (2), in den Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) von 1992 bemäntelt mit dem Zusatz „im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung" (3). Damit war die Richtung bestimmt: Die neue Aufgabe der Bundeswehr war der Schutz der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands „im erweiterten geographischen Umfeld" (4), d.h. weltweit. Nunmehr würden vor allem „regionale Krisen und Konflikte und nichtmilitärische Risiken an Virulenz und Brisanz" gewinnen. Daher ließe sich die Sicherheitspolitik „weder inhaltlich noch geographisch eingrenzen" und müsse „risiko- und chancenorientiert angelegt" sein.(5)
Humanitäre Ziele kommen hier nicht vor.
Im Klartext bedeutet das eine Abkehr vom postulierten Primat politischer Konfliktlösungen: Die Verteidigung „vitaler" deutscher Interessen durch weltweite Einsätze der Bundeswehr ist nunmehr nicht nur eine Möglichkeit, sondern erklärtes Ziel der Bundeswehrführung. Es versteht sich von selbst, daß solche Out-of-area-Einsätze nicht Krieg, sondern Konfliktlösung und Krisenbewältigung genannt werden, ebenso, daß sie nicht mit wirtschaftlichen Interessen Deutschlands, sondern mit Floskeln wie „humanitäre Hilfe für die betroffenen Völker" begründet werden. Folgerichtig finden sich in den Werbekampagnen der Bundeswehr Schlagzeilen wie „Ja. Helfen.", damit PolitikerInnen und BürgerInnen das neue Selbstverständnis der Bundeswehr akzeptieren.
Die beabsichtigten Out-of-area-Einsätze bedingen natürlich auch eine veränderte Organisationsstruktur der Bundeswehr. In den für weltweiten Kampfeinsatz vorgesehenen Krisenreaktionskräften (KRK) und Kommando Spezialkräften (KSK) (6) konzentrieren sich die Investitionen der Bundeswehr auf qualitativ höchstem Niveau. Die Attraktivität des Dienstes in diesen Einheiten wird noch dazu durch die erhöhten Karrierechancen gefördert, so daß ganz bewußt der Kampfeinsatz in sogenannten Krisengebieten als besondere Leistung und Ehre den Soldaten schmackhaft gemacht wird, ja geradezu als Voraussetzung für den weiteren beruflichen Aufstieg erscheint.
Wie passen zu diesem veränderten Aufgabenbild und den neuen Einsatzzielen die Leitlinien der „Inneren Führung"? Vom Grundsatz her gar nicht. Für die schnellen Out-of-area-Einsätze wird ein anderer, „robusterer" Soldatentyp gebraucht: „Kämpfer" statt „Schlaffi". Der „Staatsbürger in Uniform" denkt zuviel, womöglich hat er auch noch eine eigene Meinung.
Die bundeswehrnahen Publikationen sprechen eine deutliche Sprache. Bei der mentalen Konditionierung des Soldaten für die weltweite Kriegführung wird ganze Arbeit geleistet. Den neuen Feindbildern begegnet das neue Selbstbewußtsein des Soldaten in deutscher Militärtradition.

Deutsche Militärtraditionen - Geschichte begründet Identität

So schreibt ein Referatsleiter aus dem Führungsstab der Marine: „Während die deutschen Soldaten im eigenen Land diffamiert werden, sprechen unsere ehemaligen Kriegsgegner mit Hochachtung und Respekt von ihnen. (...) Der Alliierte Oberbefehlshaber in Frankreich, Marschall Foch, nannte am Ende des Ersten Weltkrieges das deutsche Feldheer 'die beste Armee, welche die Welt je gesehen hat'(...) Der sowjetische Marschall Schukow schrieb (...): 'Der deutsche Soldat kannte seine Pflicht im Gefecht und im Felddienst und war ausdauernd, selbstsicher und diszipliniert.'" Und so weiter und so fort. Besonders wichtig wird in diesem Zusammenhang die „moralisch saubere Truppe" im zweiten Weltkrieg. Natürlich findet das Attentat vom 20. Juli 1944 Beachtung - wobei gern übersehen wird, daß diese Gruppe von Offizieren keineswegs sofort den Krieg beenden wollte. „Millionen deutscher Soldaten (...) kämpften doch um ihre Heimat, um das Überleben ihres Volkes an allen Fronten - gerade in den letzten Kriegsjahren. Sie haben das getan, was alle Soldaten der Welt im Kriege tun, sie haben ihr Vaterland verteidigt." Und: „Die ganz überwiegende Mehrheit der Soldaten hat sich anständig verhalten, achtete den Gegner, richtete ihr Verhalten nach den Regeln des Kriegsrechts und gab ein Beispiel für Tapferkeit, Hingabe und Gehorsam..." Die dokumentierten Verbrechen seien einzelne Grenzfälle. Durch Verweis auf die „gewaltsamen Vertreibungs- und Umsiedlungsverbrechen" der Alliierten sollen die deutschen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und der Völkermord relativiert und verharmlost werden. Gleichzeitig wird der „Staatsbürger in Uniform" als geschichtliche Gestalt gesehen, „denn Geschichte begründet Identität und trägt zur Orientierung bei". (7)
So gesehen stellt sich der neue deutsche Soldatentyp als ganz der alte heraus.

Der Feind - Krieger, Ganoven, Banditen

Nun zu den potentiellen Gegnern. „Die Soldaten der Bundeswehr und ihrer NATO-Partner (...) werden es in diesem Jahrzehnt und danach wahrscheinlich nicht mit disziplinierten und modern ausge-

1 Weißbuch 1994, Pkt. 207, zitiert aus: Jürgen Grässlin, „Lizenz zum Töten?", Knaur 1997, S. 364.
2 Naumannsches Strategie-Papier, Vorlage an den Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages zur Sitzung am 20.01.1991, zitiert aus: Grässlin, S. 360.
3 Verteidigungspolitische Richtlinien (VPR) vom 26.11.92, Pkt. 8.(8), zitiert aus: Grässlin, S. 361.
4 VPR, Pkt. 18, zitiert aus: Grässlin, S. 362.
5 VPR, Pkt. 24, zitiert aus: Grässlin, S. 59.
6 Siehe auch die Beiträge auf S. 4 ff. und S. 8.
7 Vorstehende Zitate: Kapitän zur See Dieter Stockfisch, in Soldat und Technik 7/1996, S. 419 ff.

rüsteten Soldaten im westlichen Sinne, sondern mit Kriegern zu tun haben - mit Banditen, die keine Loyalität kennen, aus Gewohnheit Gewalt anwenden und an Recht und Ordnung kein Interesse haben." „Der Archetyp des neuen Kriegers (...) ist ein Mann, der im Frieden keine Zukunft sieht, beruflich schlecht ausgebildet ist, seinen Lebensunterhalt nicht auf ehrliche Weise verdient und für Frauen als Lebenspartner keine soziale Attraktivität besitzt. Mit der Waffe in der Hand und nationalistische Phrasen dreschend ermordet er die, die ihn einmal gedemütigt haben, vergewaltigt Frauen, die ihn früher gemieden haben und raubt, was er sonst nie besessen hätte." Außerdem wären da noch die Kindersoldaten, die „die Waffe (...) emotionslos einsetzen", die Patrioten und natürlich „unterprivilegierte, unehrenhaft entlassene oder sonstwie gescheiterte Soldaten".
Es sei „im Interesses des Kämpfers, die Gesellschaft zu destabilisieren. (...) Für den Krieger ist der Frieden der am wenigsten erstrebenswerte Zustand."
„Bundeswehrsoldaten haben keine Vorstellung von der Grausamkeit, zu der diese Art Krieger fähig ist (...) Es wäre jedoch unklug, sie nicht für die brutalen kleinen Kriege gegen die kleinen bösen Männer auszubilden. Deutschland wird um eine Beteiligung an diesen Kriegen gebeten werden. (...) Nicht immer wird man die Schmutzarbeit den Partnern überlassen können." (8).

Die Einsatzgebiete - neuer Kolonialismus im 21. Jahrhundert

Der Feind hat wieder ein Messer zwischen den Zähnen. Fehlt nur noch die Begründung, warum sich der gute deutsche Soldat mit derart widerwärtigen Gestalten herumplagen muß.
"Künftige Kriege und Konflikte werden in dem Unvermögen vieler Staaten zur gerechten Verteilung ihrer Ressourcen wurzeln (...) Die zunehmenden sozialen Gegensätze zwischen den Kontinenten, Ländern und Menschen werden sich als unüberbrückbar erweisen." „Die westlichen Länder und einige besonders anpassungsfähige Länder im fernen Osten befinden sich in einem Zyklus der Wohlstandsmehrung (...) Im nächsten Jahrhundert werden die (...) wohlhabenden Staaten gegen die Völker der armen Staaten und Regionen ihren Wohlstand verteidigen müssen. Der Menschheit steht ein Jahrhundert des Mangels bevor. Um Dinge, die man einmal kaufen konnte, wird man Krieg führen müssen. Der Kampf um überlebenswichtige Ressourcen wird lokale und regionale Kriege auslösen." „Das 21. Jahrhundert wird die Ära eines neuen Kolonialismus sein. (...) die Kolonien der Zukunft werden vor allem Ressourcenlieferanten und Absatzmärkte für die Kolonialmächte sein. Die politische Führung und danach das Militär der reichen Länder treten nur dann in Aktion, wenn ihre wirtschaftlichen Interessen durch illegale Praktiken oder die Ausübung von Gewalt beeinträchtigt werden - nationale Interessen sind heutzutage in erster Linie wirtschaftliche Interessen." (9)

Klagt nicht - kämpft!

Nun sollte der Kopf des deutschen Soldaten für seine weltumspannenden Aufgaben frei sein. Ja, dienen. Begeistert kann er die nun natürlich härtere körperliche und technische Ausbildung aufnehmen. „Körperliche Robustheit und seelische Stabilität" (10) müssen entwickelt werden: auf der „Kämpferbahn", bei regelmäßigen 30-km-Märschen mit vollem Gepäck und bei anderen Programmen zur Steigerung der allgemeinen körperlichen Fitneß. In praxisorientierten Gefechtsübungen werden Belastungssituationen provoziert werden, die „zum Handeln zwingen, Selbstüberwindung und Selbstkontrolle erfordern" - Kampfübungen in isolierten Gruppen in unbekannter Umgebung, Schlafentzug, Streß, Umgang mit Schmerz, Verwundung - und Tod.
Berichte über Lehrgänge und Manöver in und mit befreundeten Streitkräften gleichen dabei begeisterten Pfadfindererzählungen. Zum Beispiel wird ein Kommandolehrgang im französischen Les Rousses geschildert, bei dem die Soldaten für die „Zerstörung von Objekten hinter den feindlichen Linien" ausgebildet werden: In launigem Ton wird vom Anlegen von Stolperdrähten, dem großen Spaß bei der Sprengausbildung und den Tricks im Nahkampf berichtet. (11) Unter der Überschrift „War Games in Louisiana" wird ein „etwas anderer Betriebsausflug" deutscher Soldaten im Abenteuerstil geschildert (12). Viel Anerkennung auch für eine U-Boot-Reise" in die Karibik oder eine Einzelkämpferausbildung in Gabun (13). In Französisch-Guayana trainieren deutsche Soldaten den „Kampf in der grünen Hölle" (14). Erfahrungen im Kampf in schwierigem Gelände und unter extremen Witterungsbedingungen aus Übungen in Frankreich, Norwegen und Kanada werden eingebracht, um „die Kampf- und Überlebensfähigkeit der Infanteriesoldaten bis zur Ebene Kompanie ... zu entwickeln bzw. zu erhöhen" - „Ganze Männer braucht das Land"! (15) Und: „Klagt nicht - kämpft" trifft „ganz gut die innere Einstellung, die ein Vorgesetzter auf Kompanieebene heute mitbringen muß" (16). Eine als TV-Reportage getarnte Bundeswehrwerbung feiert Phantom-Flieger als „richtige Männer". Begeistert erzählen sie von regelmäßigen Übungen in Sardinien, wo es keine Beschränkungen für Tief- und Überschallflüge gibt. Da ist noch Platz für „waghalsige Luftkämpfe", bei denen man sich fühlt wie beim „Blumenschießen auf der Kirmes" (17).
Die vielfältigen Übungsgebiete und -regionen illustrieren anschaulich, welche Krisengebiete in den Plänen der Bundeswehr gemeint sind. Für den ehemaligen Generalinspekteur Klaus Naumann reichte schon 1991 der Krisenbogen von „Marokko bis Pakistan". Schnelle, bewegliche Kampftruppen können in der gesamten Welt die Rohstoffquellen und Absatzmärkte Deutschlands „sichern", sprich: freischießen. Frei im Sinne des ungehinderten Zugangs für die deutsche Industrie, nicht etwa im Sinne politischer Freiheit für die einheimische Bevölkerung. Derartige Deckmäntelchen taugen allenfalls, um die Akzeptanz für die militärische Sicherung der „vitalen" Interessen Deutschlands in der Öffentlichkeit zu erhöhen.

Sylvia Kirchner

8 Vorstehende Zitate: Oberstleutnant i.G. Reinhard Herden (Bereichsleiter im Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr, verantwortlich für Analysen und Risikoprognosen) in Truppenpraxis/ Wehrausbildung 2/1997 und 3/1997.
9 Vorstehende Zitate: ebenda.
10 Soldat und Technik 11/1996.
11 HEER, 4/97.
12 HEER, 7/95.
13 bw aktuell 25(33)97.
14 HEER, 8/95.
15 Truppenpraxis/Wehrausbildung 1/1996.
16 loyal 2/96.
17 „Die Überflieger", N3, 24.8.97, Sonntag, 19.15 Uhr, 45-minütige Reportage.

DENN SIE WISSEN, WAS SIE TUN

Die Medienoffensive der Bundeswehr

Verteidigungsminister Volker Rühe hat während seiner bisherigen Amtszeit ohne nennenswerten Widerstand eine Militarisierung der deutschen Außenpolitik durchsetzen können. Bundeswehr-Einsätze werden in Krisengebieten als „humanitäre Akte" angesehen, obwohl die Militäreinsätze in Kambodscha, Somalia und Bosnien alles andere als erfolgreich verliefen. Es ist eine „demagogische Meisterleistung" (1), daß keiner der Mißerfolge zur erneuten Grundsatzdebatte führte. Die Kritiker stehen im moralischen Abseits. Rühe, angesprochen auf diese Militarisierung: „Wer von Gewicht sagt das denn heute noch? Wer das sagt, verdient es gar nicht, daß man sich damit auseinandersetzt." PAUSE. „Ich habe diese Debatte gewonnen." (1)

Wie hoffähig die Bundeswehr heute wieder ist, belegt auch das Medieninteresse an der Darstellung der Out-of-area-Einsätze gemäß amerikanischen TV-Vorbildern. Ein Beispiel ist der Fernsehfilm „Die Friedensmission", der im Mai über die deutschen Bildschirme flimmerte. An sich ein schwaches TV-Produkt, das sich an den üblichen Klischees entlanghangelte, ist es trotzdem als Teil der „Normalitätskampagne" (2) der Bundesregierung zu betrachten, die Bundeswehr als legitimes Instrument der Außenpolitik darzustellen. Es sei normal, wenn deutsche Soldaten woanders auf der Welt ihre „Abenteuer" erleben. Erst kürzlich wurde der Bundeswehr von anderer Medien-Seite, *Super-illu* und *Super-tv*, eine „Goldene Henne" wegen der „guten Unterhaltung" beim Oder-Einsatz überreicht.(3)

Aber Volker Rühe gibt sich mit dem Erreichten nicht zufrieden. Vor allem bei der Militarisierung der Jugend sieht er noch Defizite. Deswegen wird die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr in den nächsten Jahren noch aggressiver „an den Mann" gehen. Als Mittel dienen hierzu vor allem die Jugendoffiziere und die im Rahmen der „Information Bundeswehr 2000" gestarteten Werbekampagnen, wie „Wehrpflichtige 97".

Zum ersten Mal seit 16 Jahren wandte sich ein Verteidigungsminister wieder an die Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK). Volker Rühe betonte auf der KMK im Februar 1997 die besondere Aufgabe der Schulen, die Rolle der Bundeswehr bei der Schaffung einer „europäischen Friedensordnung" zu vermitteln. Ziel soll die intensive Zusammenarbeit zwischen den Schulen und der Bundeswehr sein, wobei die Bundeswehr bereit ist, ihre Ressourcen zur Verfügung zu stellen.(4) Denn die „Schule leistet hier einen wichtigen Beitrag. Vor allem muß sie Orientierung geben. Und Orientierung braucht die Jugend auch in Fragen der Stabilität, von (so!) Sicherheit und Verteidigung". Lehrpläne und Schulbücher müssen dem gerecht werden.(5) „Wir informieren gerne, persönlich, mit Informationsmaterial und Seminaren, oder, ganz im Stil der neuen Zeit, online im Internet", verkündete er stolz.(6)

Corporate Killers?

Kern der Bundeswehr-Imagewerbung ist das 1993 formulierte Dachkonzept „Informationsarbeit Bundeswehr 2000". In diesem Rahmen werden jedes Jahr neue Kampagnen gestartet, die das Selbstverständnis der Bundeswehr darstellen und gleichzeitig die natürlichen Hemmschwellen bei den Jugendlichen abbauen sollen. Dabei bedient sich das Militär immer mehr aus dem Fundus der Werbestrategen. Dieses Jahr wurde auch das neue Logo vorgestellt, ein weiterer Schritt auf dem Weg zum Corporate Design. In ihren Worten soll es „einen optisch einheitlichen Auftritt bei der Binnen- und Außenkommunikation gewährleisten. (...) Das neue Zeichen soll durch moderne Gestaltung positive Wirkungen verstärken und transportiert zudem eine Kontinuität und Zuverlässigkeit. (...) Die konzeptionelle Neuordnung der Kommunikation der Bundeswehr (...) ist damit auch ein Teil der Bemühungen, die BW als attraktiven Arbeitsplatz herauszustellen." (7)

Allerdings erfolgt der Wechsel des Logos in „einem kontinuierlichen Übergang, um sicherzustellen, daß Publikationen, Broschüren, Werbemittel und ähnliches mit dem alten Logo aufgebraucht werden." (8)

(1) taz 4.7.97.
(2) Tip TV-Beilage 10/97, S.4.
(3) Tagesspiegel 16/17.8.97.
(4) SZ 28.2.97.
(5) Pressemitteilung des BMVg 34/14, 28.2.97.
(6) Welt 28.2.97.
(7) Informationen für die Truppe (IFDT) 5/96, S.12.
(8) Griephan-Berichte 41/96.

ProSieben

Gute Unterhaltung!

Jedens Mission –

10 Stunden Angst

Coole Kids und heiße Maschinen

Einer der Hauptdarsteller in den neuen Werbespots der Bundeswehr, die seit August über das Land rollen, ist der Wehrpflichtige und Obergefreite Danny Roth. Beglückt darf er verkünden, daß er ganz platt vor Überraschung ist, denn er muß beim „Bund" nicht ständig strammstehen. Er durfte sogar Tornado-Flugzeuge anfassen und auf diese Weise „High-Tech" erleben. Ganz besonders gefällt ihm das „Dröhnen im Magen", wenn die Maschinen des Jagdgeschwaders 38 aus Jever den ohrenbetäubenden Nachbrenner anschalten.(9) Insgesamt sechs junge Soldaten sind die Hauptfiguren der neuen Werbefilme, die Volker Rühe am 12. 8 .97 auf Rügen der Öffentlichkeit präsentierte. Mitten im Sommerloch wurden Journalisten eingeflogen, nicht nur weil Rühe gerade die Tour d'Est wanderte, sondern, PR ist alles, um das Engagement im Osten zu betonen und weil Rügen eine „frische Alternative" zu den „langweiligen Konferenzräumen in Bonn" sei.(10) Seit dem 14. August flimmern innerhalb von elf Wochen also die sechs Filme über die Bildschirme - insgesamt 160 mal. Daneben werden Anzeigen in den überregionalen Tageszeitungen abgedruckt. Die diesjährige Werbekampagne wird das Verteidigungsministerium 10,5 Millionen DM kosten.(10) Darin sieht man in MTV-Schnittfolge und unterlegt mit Discosound Leopard-2-Panzer, die durch das Gelände fahren, laute tieffliegende Hubschrauber als Begleitung. Soldaten mit Kriegsbemalung springen über Baumstämme oder plantschen im Fluß. Nicht nur die Bilder sollen authentisch wirken, auch die Sprache. Ein „Wahnsinnsleben" beim Kommiß. Die Kameradschaft sei „nonplusultra", und überhaupt, „da ist was los, da geht's zur Sache". (3) Volker Rühe und Danny Roth bestätigen dies, und letzterer fügt hinzu: „Da gab es kein Drehbuch".(9) Nein - bestimmt nicht!

Obwohl es eigentlich, laut Rühe, darum gehen sollte, den Wehrpflichtigen den Sinn des Dienstes klarzumachen, aber nicht hoheitlich über sie zu verfügen, nur weil es das Gesetz gestatte, wirbt die Kampagne mit der „immateriellen Attraktivität des Dienstes".(11) Im Vordergrund stehen Werte wie Kameradschaft, Teamgeist und „die wider Erwarten" positiven Erfahrungen bei der „Truppe".(10/11) Daneben will die Bundeswehr weiter auf vorangegangene Kampagnen aufbauen, in der eher die „Perspektiven im Rahmen der persönlichen Lebensplanung" vermittelt wurden.(10) Kein Wunder, denn für viele Jugendliche ohne Ausbildungsplätze wird die Bundeswehr trotz moralischer Bedenken zu einem vermeintlichen Rettungsanker vor der Arbeitslosigkeit. Immerhin wurden 1996 auf diese Weise ca. 27,4 Millionen Menschen erreicht, davon 70% der Zielgruppe Wehrpflichtige. Im letzten Jahr nahmen 16.000 Anrufer mit dem Info-Service der Bundeswehr Kontakt auf.(10)

Seid Internet

Der mediale Angriff wird natürlich auch an der Internet-Front geführt. Seit Januar 1996 besitzt das Bundesverteidigungsministerium eine eigene „Home Page", und schon im September 1995 wurde eine Mailbox der Bundeswehr eingerichtet. Die Menschen können sich in das Gästebuch eintragen oder via e-mail Nachrichten an das BMVg schicken - vielleicht „Hiermit verweigere ich gemäß ....!" Anfang 1997 wurde das Informationsangebot auf den Internetseiten von 100 auf 400 erhöht. Das Angebot richtet sich vor allem an Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren - und anscheinend mit Erfolg: 40 bis 50 e-mails pro Tag, und im letzten Jahr wurden die Seiten 680.000 mal angewählt.(12)

Die Macht des Alltags oder „Low-intensity warfare"

Allerdings beschränkt sich die Bundeswehr nicht nur auf diese vergleichsweise simplen und von der breiten Öffentlichkeit wahrnehmbaren Methoden, sondern verfolgt eine auf verschiedene Zielgruppen abgestimmte Strategie, deren wichtigstes Element die sogenannten Jugendoffiziere sind. Diese im folgenden selektiv dargestellten Ansätze sind wesentlich bedenklicher, denn mit ihnen wird eine Gewöhnung an die Bundeswehr im Alltag massiv vorangetrieben.

Vertreter der Bundeswehr betrachten die Sicherheitspolitik als Gegenstand, der nicht andauernd durch einen gesellschaftlichen Diskurs begleitet werden muß, sofern ein „einigermaßen tragfähiger Konsens" und Vertrauen in die Bundeswehr besteht.(13) Ziel der Öffentlichkeitsarbeit muß es also sein, dieses Vertrauen aufrechtzuerhalten und damit eine Diskussion über deren Sinn und Zweck zu unterbinden. Mit den Presse- und Jugendoffizieren sowie der Akademie für Information und Kommunikation verfügt die Bundeswehr über hauptberufliche Ansprechpartner für die Öffentlichkeit. Diese können lokal aktiv werden und persönliche Beziehungen ausbauen.(13)

Jugendoffiziere als Rattenfänger

Um mit Worten von Elvie Claaßen zu beginnen: „Jugendoffiziere sind speziell für den ideologischen Nahkampf mit der Zivilbevölkerung ausgebildet."(14) Diesen Kampf tragen sie in die Schulen hinein, entweder auf Podiumsdiskussionen oder in Seminaren. Daneben veranstalten sie Seminare z. B. für Lehrer oder führen Truppenbesuche durch. Ihre Zielgruppe sind vor allem, wehrpflicht-bedingt, Schüler und Studenten, Jugendorganisationen und Parteijugend, junge Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie relevante „Multiplikatoren" (Presse, Gewerkschaften, Lehrer).

Im vergangenen Jahr haben die 94 hauptberuflichen, 500 nebenamtlichen Jugendoffiziere und 500 nebenamtlichen Jugendunteroffiziere die höchste Quote in den 90er Jahren erreicht: 300.000 „Kontakte" mit Zivilisten, davon 225.000 in den Zielgruppen. Durchschnittlich besucht jeder

(9) Berliner Zeitung 13.8.97.
(10) FR 13.8.97.
(11) FAZ 13.8.97.
(12) Loyal 5/97, S.36.
(13) IFDT 5/96, S.15.
(14) Zivilcourage 4/97, S.16.

Jugendoffizier 120 allgemeinbildende Schulen in den Klassen 9 bis 13.(14) Auch bei den Truppenbesuchen konnte wieder eine Steigerung erreicht werden auf 125.000 Besuche (1992: 58.000). Gerade letztere besitzen besondere Bedeutung, können hier doch Soldaten einen persönlichen Kontakt zu den Schülern herstellen und sich bei der Arbeit präsentieren. Um die Schüler selber als Multiplikatoren zu instrumentalisieren, sollen sie als „Inspektoren der Vereinten Nationen" Truppenteile besuchen und danach ausführliche Protokolle, auch mit Bildern, an einem „Tag der Offenen Tür" in der Schule zeigen.(15)
Besonders von drei zusätzlichen Angeboten erhoffen sich die Jugendoffiziere eine Beeinflussung der Jugendlichen. Einmal ist POLIS (Politik und Internationale Sicherheit) zu nennen, ein dreitägiges Konflikt-Simulationsspiel, in dem Schüler verschiedene Rollen übernehmen müssen. Damit soll das Verständnis für Bedingungen und Probleme der internationalen Sicherheitspolitik geweckt werden. Anscheinend mit großem Erfolg, wie im „Jahresbericht 1996" nachzulesen ist. Außerdem werden für besonders interessierte Studenten Praktika beim Deutsch-Niederländischen Korps in Münster angeboten - mit wachsendem Interesse (1991: 2.300, 1997: 20.000 Teilnehmer) (14). In einem weiteren Versuch zum Abbau des „sicherheitspolitischen Defizits" unterstützen sie schon seit Jahren ein medienpädagogisches Projekt des Instituts zur Objektivierung von Lern- und Prüfverfahren (IZOP), das Projekt „Zeitung in der Schule". Hier geht es darum, Schüler in die Kaserne zu locken, und anschließend einen Artikel über den Besuch veröffentlichen zu lassen (1996: 60 Veranstaltungen).
Von jedem Kontakt müssen die Jugendoffiziere ein Protokoll anfertigen, das in den „Jahresbericht" einfließt. Dieser Bericht ist gleichzeitig die Planungsgrundlage für die zukünftige Schwerpunktsetzung der Öffentlichkeitsarbeit. Insgesamt zieht der „Jahresbericht 1996" eine positive Bilanz der in diesem Jahr gelaufenen Aktionen - fast ein Sieg auf der ganzen Linie. Alle „Krisenregionen" scheinen befriedet zu sein - Zustimmung zur Wehrpflicht und Akzeptanz des sicherheitspolitischen Verständnisses der Bundeswehr und damit der Legitimität von Kampfeinsätzen. Im Jahresbericht wurde sogar schon besorgt festgestellt, daß die Jugendlichen den Kampfeinsatz als bestes Mittel verstehen und nicht als eines von vielen.
Besonders hervorgehoben wird die Werbekampagne „Wehrpflicht 96" und das ansatzweise vorhandene moderne Styling der Beratungstellen in den Kreiswehrersatzämtern inklusive einer festgestellten kundenfreundlichen Behandlung dort.(16)
Auch bei der kontinuierlichen Beeinflussung der Multiplikatoren konnten Fortschritte erzielt werden. In Sachsen sind die Weiterbildungsangebote für Lehrer ein fester Bestandteil der Fortbildung geworden, und in Hessen konnte für das 9. und 10. Schuljahr das Thema „Nach dem Ost-West-Konflikt" mit empfohlener „Experten"-Befragung im Lehrplan verankert werden.(11)

Zurück zur Basis

Auch auf der untersten Ebene, der direktesten, erprobt man zur Zeit verschiedene Methoden, sich der Öffentlichkeit in einem günstigen Licht zu präsentieren. Alleine schon die Bezeichnung als „Auskunfts- und Beratungszentrum der Bundeswehr" mit „individueller Beratung" soll die zukünftig an einem Tag durchgeführte ärztliche Untersuchung, Musterung und Eignungs- und Verwendungsprüfung (EVP) erträglicher machen.(18)
Ein anderer Versuch wurde von Oberregierungsrat Steinl gemacht. Er betrachtete die bisherigen „Tage der offenen Tür" als zu arbeitsintensiv und in der Wirkung nicht optimal. Statt dessen wurden Wehrpflichtige, die zur Musterung heranstehen, mit ihren Eltern in das Kreiswehrersatzamt eingeladen, um sich ein Bild von dem Umfeld machen zu können.(19) Die Einladungen wurden an die Familien der Wehrpflichtigen adressiert, weil angenommen wurde, daß der Druck von seiten der Familie, den Termin wahrzunehmen, größer sei, als wenn sich der Wehrpflichtige allein damit auseinandersetzen muß. Ein Ansatz, den Steinl bestätigt sah.
An einem jeweils festgelegten Tag der Woche wurde mit etwa 40 Besuchern, in zwei Gruppen aufgeteilt, eine Tour der Musterungsetappen vorgenommen. Die „Durchschleusung" dauerte ein bis zwei Stunden. Um noch Menschen bei der Arbeit zu sehen und dem Bild der anonymen Bürokratie entgegenzuwirken, begann der Besuch um 15 Uhr. Jeder konnte eine verkürzte EVP am PC absolvieren. Abschließend wurde den Anwesenden auch das Angebot gemacht, daß der Wehrpflichtige seinen Einberufungsort und den Einberufungszeitpunkt konstruktiv mitbestimmen kann, worauf laut Steinl besonders die Väter erfreut reagierten.(19) Gleichzeitig konnten durch die Gespräche unnötige Musterungstermine, z.B. wegen längerfristigen Ausbildungsterminen, vermieden und so eine Kostenersparnis für die Bundeswehr erreicht werden.
Von der Bundesregierung nicht bestätigt wurde, daß Zapfenstreich und öffentliche Gelöbnisse als Werbemittel benutzt werden. Trotz der steigenden Zahl dieser Veranstaltungen (1997: etwa 30) antwortete die Regierung auf die Kleine Anfrage W. Nachtweis (Bündnis 90/Grüne): Das Zeremoniell bringt die Integration der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft zum Ausdruck.
Auch wie mit möglichen Trauerfeiern umgegangen wird, ist mangels Masse noch nicht zu sehen. Immerhin fanden sich aber bei dem Begräbnis der beim IFOR-Einsatz in Rajlovac durch „freundliches Feuer" verstorbenen jungen Männer hochrangige Gäste ein.

Christopher Steinmetz

(15) Jahresbericht der Jugendoffiziere 1996, S.22).
(16) Jahresbericht, S.25.
(17) Jahresbericht, S.11.
(18) taz 6.8.97.
(19) Bundeswehrverwaltung Heft 6, 6.6.97, S.125.

SCHÖNE ALTE REICHSWEHR

PARDON

WIRD NICHT GEGEBEN

Traditionslinie entdeckt.
Friedenschaffende Einsätze gab es schon anno 1900 und 1904

Daß deutsche Soldaten ins Ausland geschickt werden, um dort auf ihre Weise für „Frieden“ zu sorgen, ist für die Bundeswehr zwar etwas Neues. Es kann aber, entsprechende Geisteshaltung vorausgesetzt, durchaus eine Traditionslinie ausgemacht werden. Klaus Naumann, mittlerweile Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, gab im Oktober 1995 als Generalinspekteur der Bundeswehr zum besten: Der Bundeswehrangehörige sei „ein Soldat, der auch fern der Heimat versucht, Krisen von seinem Land fernzuhalten, das während seines Einsatzes weiter in Frieden lebt. Eine neue Dimension für deutsche Soldaten, die ähnliches in diesem Jahrhundert bislang nur zweimal vor 1945 ... erlebten.“(1)
Da die Wiederanknüpfung an alte Traditionen deutschen Soldaten leider zuzutrauen ist, lohnt ein Blick in die Geschichte. „Friedenschaffende“ Einsätze hat es sowohl 1900 in China als auch 1904-1907 in Deutsch-Südwestafrika gegeben. Beide Male ging es in erster Linie um den Schutz deutscher Interessen, darunter die Sicherstellung des Zugangs zu Rohstoffen - und dies gehört ja mittlerweile wieder zu den Aufgaben der Bundeswehr.(2)

"Wer Euch in die Hände fällt, sei in Eurer Hand"

Im Sommer 1900 tobte in China der „Boxeraufstand“. Jahrelange Demütigungen durch die Großmächte, unzählige Eingriffe in die chinesische Souveränität und ungesühnte Gewaltakte an Einheimischen ließen Zehntausende Chinesen Sturm gegen Kolonialisten und christliche Missionare laufen. Aufständisch war dies nur in den Augen der imperialistischen Mächte, denn zur chinesischen Dynastie verhielt sich der Geheimbund der Boxer (3) weitgehend loyal: „Unterstützt die Ch‘ing(-Dynastie), vernichtet die Fremden!“, war dessen populärstes Motto.
Das nahmen seine Anhänger zunehmend wörtlich und begannen damit, Christen und Ausländer anzugreifen.
Da die chinesische Verwaltung deren Schutz weder garantieren konnte noch wollte und die Großmächte nicht vorhatten, auf ihre „Ansprüche“ - wie z. B. die Kontrolle über 13 der 18 chinesischen Provinzen - zu verzichten, gab es Gelegenheit zu einem humanitären Einsatz. Eine erste internationale Truppe marschierte am 10. Juni 1900 auf Peking zu, wurde aber zur Umkehr gezwungen.
Die chinesische Regierung begriff diesen Vorstoß als Kriegserklärung. Der deutsche Botschafter Klemens von Ketteler wurde erschossen, das Botschaftsviertel in Peking belagert.
Das Militärbündnis, dem Rußland, Frankreich, Italien, Großbritannien, die USA, Japan, Deutschland und Österreich angehörten, ließ daraufhin seine Muskeln spielen. Kaiser Wilhelm II., durch die Ermordung seines Botschafters aufs Blut gereizt, setzte durch, daß die Leitung des Einsatzes dem deutschen Generalfeldmarschall Alfred Graf von Waldersee unterstand. Das über 10.000 Mann starke deutsche Korps, das am 27. Juli eingeschifft wurde, stachelte er auf: „Kommt Ihr vor den Feind, so wird er geschlagen, Pardon wird nicht gegeben, Gefangene nicht gemacht. Wer Euch in die Hände fällt, sei in Eurer Hand (...) möge der Name Deutschland in China in einer solchen Weise bekannt werden, daß niemals ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen.“ (4)
Die deutschen Retter kamen indes zu spät: Erst am 13. September landeten sie in China, rund einen Monat, nachdem andere Truppen Peking eingenommen hatten. Der (von den Alliierten so titulierte) deutsche „Weltmarschall“ von Waldersee kam gar noch später.
Die Deutschen, gekommen, um wie die Hunnen zu wüten, mußen nun verzweifelt Feinde suchen und mischten in den Rachefeldzügen der Großmächte ordentlich mit. Peking und andere Städte wurden verwüstet, geplündert, Frauen vergewaltigt, vorgebliche Boxer ermordet. Wie es der Kaiser befohlen hatte: „Peking muß ... dem Erdboden gleichgemacht werden ... Peking muß rasiert werden.“ (5)
Wo deutsche Soldaten im Anmarsch waren, ergriff die einheimische Bevölkerung, wenn möglich, die Flucht. Mehrfach wurden „Boxerdörfer“ niedergebrannt und „alle Einwohner mit Bajonetten niedergestochen“. Dabei wurden schon mal „unglücklicherweise“ die „verkehrten“ Dörfer heimgesucht...
Der Soldat Heinrich Haslinde beschrieb seinen Eltern ungeniert, wie er Chinesen, die ihm die geforderten Lebensmittel nicht aushändigen wollten, „mit der Lanze über den Schädel (schlug), um meinen Worten mehr Nachdruck zu geben.“ Als seine Opfer sich wehrten, „durchbohrte (ich) mit der Lanze den einen Chinesen und stach einen anderen nieder.“ Dafür mußte das Dorf (!) 30.000 Mark „Strafe“ bezahlen.(6)
Doch selbst das Plündern wollte nicht immer gelingen: Beim Vormarsch auf Peking fand Oberstleutnant Gündell die Landschaft von Boxern und Russen „ausgesaugt“ vor, „an Kontributionen nicht mehr viel zu holen“, rapportierte er enttäuscht seinem Chef.(7)
Der hieß Emil von Lessel, war Generalleutnant und Kommandeur des deutschen Korps’. In seinen Erinnerungen schildert auch er so manchen Übergriff. Den Chinesen wurde geklaut, was man gerade brauchen konnte. Chinesen, die nach Behauptungen von Missionaren zu den Boxern gehörten, wurden hingerichtet.
Am 19.12.1900 kam es zu einem „heißen Gefecht“, in dessen Verlauf zwar 200 Chinesen auf der Strecke blieben, aber wundersamerweise nur drei deutsche Soldaten verwundet wurden. Ein britischer General, Zeuge des angeblichen „Gefechts“, sprach von einem gnadenlosen Abschlachten unbewaffneter Einwohner.
Der 1901 abgeschlossene Friedensvertrag verpflichtete die chinesische Regierung zu einer Entschädigungszahlung von 450 Millionen Silberdollar, zahlbar in 39 Jahresraten, von denen jede 20 % des Budgets ausmachte. Für die Sicherstellung ihrer weiteren Ausbeutung wurden die Ausgebeuteten zur Kasse gebeten. Die Deutschen machten sich dadurch wichtig, daß sie auf den Bau eines Denkmals für den erschossenen Botschafter bestanden, außerdem hatte ein kaiserlicher Prinz nach Berlin zu reisen und dortselbst um Entschuldigung zu bitten.

(1) Vgl. Arthur Heinrich: Der Normalisierer geht. Generalinspekteur Naumann - Eine Bilanz. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/96, S. 347-359.
(2) Diese Aufgaben sind unter anderem in den Verteidigungspolitischen Richtlinien definiert, vgl. dazu weitere Beiträge in dieser Ausgabe.
(3) Die Boxer entsprangen einer jahrhundertalten Tradition von Geheimbünden und religiösen Bewegungen. Sie praktizierten religiös-meditative Rituale, in deren Verlauf sie in Trance fielen und sich „besessen“ fühlten. Durch das Ritual meinten die Boxer, unverwundbar zu werden - ein Irrtum, den Tausende von ihnen zu spät bemerkten. Die bisweilen ekstatischen Bewegungen der „Besessenen“ assoziierten die verwunderten Europäer mit Boxen.
(4) Hans Woll: Wilhelm II. Eine Biographie. Graz/Wien/Köln 1995, S. 200f. Von dieser „Hunnenrede“ existieren mehrere Versionen, die sich inhaltlich aber nicht wesentlich unterscheiden. Ausnahme: Die - auf Betreiben des Reichskanzlers nachträglich entschärfte - offizielle Version.
(5) Erbar, Ralph: „Peking muß rasiert werden.“ Die europäische Geschichte und der „Boxeraufstand“ in China 1900/1901. In: Praxis Geschichte Nr.4/94, S. 15.
(6) Ebd., S. 16.
(7) Lessel, S. 230.

Fotos aus: Han Suyin „China 1890-1938“, Swan-Verlag

Frieden durch Terror

Den zweiten friedenschaffenden Einsatz führte die Reichswehr 1904-1907 in Südwestafrika (SWA) durch, diesmal auf eigene Faust. Mit der Kolonie hatte man Großes vor: Diverse Land-, Konzessions- und Minengesellschaften verlangten nach größeren Gebieten, die Reichsregierung plante eine großflächige Besiedlung. Dazu mußte freilich den Ansässigen das Land weggenommen werden. Motto des Gouverneurs Leutwein war dabei stets: „Auch bei rücksichtslosester Kolonialpolitik muß man wenigstens den Schein (8) des Rechts zu wahren verstehen."

Land und Vieh wurden den Eingeborenen nach und nach abgenommen, mal mit nackter Gewalt, mal mit falschen Versprechungen, geschicktem Gegeneinander-Ausspielen der Stämme, mal durch schlichte Übertölpelung. Afrikaner waren weitgehend rechtlos und wurden zu Hunderten mißhandelt, beraubt und umgebracht, in der Regel ohne Folgen für die Täter. Die Zeugen mußten schon vorsichtiger sein: Ein deutscher Händler, der die Ermordung eines Afrikaners durch einen Soldaten an die Öffentlichkeit brachte, handelte sich einen Boykottaufruf des Distriktchefs ein.

Als die Hereros im Januar 1904 endlich zurückschlugen, war ihr Aufstand schon ein Verzweiflungskampf: „Die Grausamkeit und Ungerechtigkeit der Deutschen hat uns zur Verzweiflung getrieben und unsere Führer und das Volk wußten, daß der Tod seinen Schrecken verlor gegenüber den Bedingungen, unter denen wir lebten."(9)

Die nur 250 Mann schwache Schutztruppe mußte von den aufständischen Hereros in zahlreichen Guerilla-Aktionen herbe Schläge einstecken und schließlich auf Verstärkung warten. Die zweite Gelegenheit für einen humanitären Einsatz out of area war da:

Kaiser Wilhelm, höchst echauffiert, schickte insgesamt 14.000 Soldaten in die Kolonie und gab den Oberbefehl an Generalleutnant von Trotha. Der bekannte sich dazu, den Frieden mit „krassem Terrorismus und selbst mit Grausamkeit" wiederherzustellen. „Ich vernichte die aufständischen Stämme mit Strömen von Blut und Strömen von Geld." (10) Darin kannte er sich aus, war er doch 1900 auch in China dabeigewesen.

Die Streitmacht der Hereros wurde am 11. August geschlagen. Eine nun mögliche Verhandlungslösung lehnte von Trotha ab: Sein Ziel war die restlose Vernichtung, allenfalls die Vertreibung sämtlicher 80.000 Hereros.

Er trieb die Flüchtenden gezielt in die Omaheke-Wüste, wo Tausende verdursteten. „Die wasserlose Omaheke sollte vollenden, was die deutschen Waffen begonnen haben: die Vernichtung des Hererovolkes", verlautbarte dazu der Generalstab (11). Weil aber noch immer Hereros in ihrem Land herumliefen, proklamierte von Trotha am 2. Oktober 1904: „Das Volk der Herero muß jeder das Land verlassen (sic!) ... Innerhalb der deutschen Grenze wird jeder Herero, mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen."(12)

Mittlerweile hatten auch die Namas revoltiert; ihre Gefangenen erlebten die Kriegsgefangenschaft wie die Hereros als Instrument der Vernichtung: Aus einer Statistik über die Sterblichkeit in Kriegsgefangenenlagern, welche die Deutschen als gute Buchhalter führten, geht hervor, daß von 17.000 Gefangenen in der Zeit von Oktober 1904 bis März 1907 45,2 Prozent starben. Besonders übel erging es gefangenen Namas auf der Haifischinsel: In deren feuchtem und kaltem Klima starben zwischen September 1906 und April 1907 mit 1.032 Gefangenen von insgesamt 1.795 mehr als die Hälfte, 123 galten als todkrank.

Die Friedensaktivisten des deutschen Imperialismus hatten ganze Arbeit geleistet: Von rund 80.000 Hereros zu Beginn des Aufstandes hatten sie ungefähr 15.000 übriggelassen. Bei den Namas waren sie etwas großzügiger: Hier überlebten knapp die Hälfte von zuvor 20.000.

Vorwärts in die Vergangenheit

Beide Hilfseinsätze hatten übrigens ein parlamentarisches Nachspiel: Beim China-Einsatz handelte es sich um einen „klipp und klaren" Verfassungsbruch, donnerte der SPD-Führer August Bebel im Reichstag. Grund: Er war vom Kaiser eigenmächtig ohne Hinzuziehung des Parlaments durchgezogen worden. Das sah aber schon damals niemand so eng, das katholische Zentrum vor allem hielt tapfer zur Regierung: Schließlich hatte es schon 1898 mit ihr gedealt, als es der Flottenvorlage im Reichstag zur Mehrheit verhalf und dafür den Schutz katholischer Missionare versprochen bekam.

1906 waren dem Reichstag die von Trotha geschaffenen „Ströme von Geld" zu breit, und er verweigerte die Zustimmung zum Etat. Eine bemerkenswerte Haltung, bedenkt man die volkskammerartigen Zustimmungsquoten, mit denen der Bundestag den Jugoslawien-Einsatz guthieß. Schließlich kann ihm nicht so einfach das gleiche passieren wie seinerzeit dem Reichstag: Der wurde kurzerhand aufgelöst. Die sogenannten „Hottentottenwahlen" im Januar 1907 geben Zeugnis vom nationalistischen Klima, das schon damals in Deutschland herrschte: Der „Bülow-Block" um den amtierenden Reichskanzler errang 49 Prozent der Mandate, die SPD mußte erstmals seit 1890 Verluste hinnehmen.

Kamerad Naumann, darf man vermuten, wußte das alles schon. Statt eines „Weltmarschalls" will man heute einen Sitz im Sicherheitsrat, deutsche SFOR-Soldaten schießen in Albanien auf revoltierende Einwohner (Boxer sind außer Mode). Folter und Vergewaltigungen für künftige Einsätze werden im Lager Hammelburg fleißig trainiert, und um das Grundgesetz muß man sich dabei nicht sorgen - die Wiederanknüpfung an alte Traditionen ist in vollem Gang.

Frank Brendle

(8) Zit. nach Drechsler, S. 86.
(9) Aussage des Sohnes des Häuptlings Zacharias, zit. nach Drechsler, S. 144.
(10) Zit. nach Drechsler, S. 156.
(11) Zit. nach Bley, S. 204.
(12) Zit. nach Drechsler, S. 158f.

AUSWAHLLITERATUR:

Helmut Bley: Kolonialherrschaft und Sozialstruktur in Deutsch-Südwestafrika 1894-1907. Hamburg 1968.
Horst Drechsler: Südwestafrika unter deutscher Kolonialherrschaft. Der Kampf der Herero und Nama gegen den deutschen Imperialismus (1884-1915). Zweite Auflage, Berlin/DDR 1984.
Joseph W. Esherick: The Origins of the Boxer Uprising. Berkeley/Los Angeles/London 1987.
Emil von Lessel: Böhmen, Frankreich, China 1866-1901. Erinnerungen eines preußischen Offiziers. Hg. von Walter Hubatsch, Grote 1981.
Praxis Geschichte

SCHIEßEN

als berufliche Alternative und emanzipatorischer Auftrag?

Frauen und Bundeswehr in der Diskussion

Ist Soldatentum ein Beruf? Wenn ja, handelt es sich bei dem Verbot für Frauen, in der Bundeswehr in Kampfeinheiten Dienst mit der Waffe zu leisten (1) , in der Tat um das letzte geschlechtsspezifische Berufsverbot für Frauen. In der BRD gibt es starke Bestrebungen quer durch alle Schichten der Bevölkerung, dieses Berufsverbot aufzuheben. GegnerInnen eines Waffendienstes für Frauen halten heftig dagegen. Feministinnen finden sich in beiden Lagern. Sogar die mittelständisch-bürgerliche Zeitschrift* Brigitte *stellte zwischen der neuesten Mode und Kochrezepten den Dienst in der Bundeswehr als interessante berufliche Alternative vor.(2) Die anhaltende Diskussion mit wachsender Akzeptanz des Themas ist ein Indiz, daß das Kampf-Verbot für Frauen in naher Zukunft fallen könnte. Zeit also, zu überlegen, was der Dienst in Armeen für Frauen bedeutet und was er bedeuten könnte.

Frauen, die in der Bundeswehr bewaffnet dienen wollen, haben das Gleichstellungsargument klar auf ihrer Seite: Keiner Person darf aufgrund ihres Geschlechts etwas verboten werden. Frauen, die in der Bundeswehr in Kampfeinheiten dienen wollen, versuchen damit, sich eine bisher Männern vorbehaltene Tätigkeit anzueignen. In Artikel 12 a Absatz 4 Grundgesetz heißt es: „Sie dürfen auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten."
Kampfeinsätze sind Frauen durch diesen Artikel des Grundgesetzes verboten, doch dieses Verbot könnte den ebenfalls grundgesetzlichen Prinzipien der Gleichberechtigung (Art. 3 GG), der freien Berufswahl (Art 12 GG) und des gleichen Zugangs zu öffentlichen Ämtern (Art. 33 GG) zuwiderlaufen. Als Begründung für das grundgesetzliche Verbot wird häufig angedeutet, daß die VerfasserInnen des Grundgesetzes damit der „Geschichte" Rechnung getragen hätten. Verteidigungsminister Rühe äußerte sich in einem Interview so: „Jeder hat seine eigene Geschichte. (...) Und daß wir behutsam umgehen mit diesem Thema, das hat schon seine Gründe. Die Väter und Mütter, es waren ja auch Frauen beteiligt, die die deutsche Verfassung geschaffen haben, die wollten nach meiner Einschätzung verhindern (so!) eine zu große Verfügbarkeit der Frauen für einen militärischen Einsatz."(3) In dieser eher verschwommenen Weise wird des öfteren in diesem Zusammenhang auf eine mögliche Täterinnenschaft von Frauen angespielt. Tatsächlich hat die Geschichte des NS-Staates gezeigt, daß Frauen nicht nur Opfer von Männern sind, sondern zu Mittäterinnen und Täterinnen werden können. Sie sind voll verantwortlich für ihre Entscheidungen, beispielsweise als Funktionsträgerinnen eines

(1) Der sogenannte Nicht-Kombattanten-Status von Frauen bedeutet, daß Frauen zwar unter Umständen Waffen tragen, sie jedoch ausschließlich zum „Selbst-schutz" einschließlich „Kameradenhilfe" anwenden dürfen. Die Klage einer Bundeswehr-Unteroffizierin gegen das Kampfverbot wurde gersde vom Bundes-verfassungsgericht abge-wiesen. Vgl. Berliner Zeitung vom 26.9.97, s.3
(2) Brigitte, Heft 4/1997
(3) Interview mit „Bericht aus Bonn", auszugsweise gesen-det am 08..08.1997, im Wort-laut veröffentlicht auf den www-Seiten der Bundeswehr.

totalitären Staates.(4) Ob Frauen deshalb von Kampfeinheiten ausgeschlossen sind, weil sie Täterinnen werden könnten, ist jedoch bezweifelbar.
In Wahrheit ist das sexistische Frauenbild, das im Patriarchat vorherrscht, die Ursache für dieses Verbot: Das Kampfverbot für Frauen entspricht einem über Jahrhunderte gewachsenen Tabu, das auch heute noch stärker wirkt als das Gebot ziviler Waffenlosigkeit für beide Geschlechter. Frauen sind angeblich friedfertiger als Männer, das sei die Natur von Frauen. Bewaffnete Frauen werden dementsprechend als unnatürlich, menschlich und sexuell verkommen dargestellt und zu Feindbildern, die mann „Flintenweiber" nennt, stilisiert.(5)
Der patriarchale Staat behält sich vor, zu bestimmen, inwieweit Frauen sich an den Gewalt-Taten von Männern beteiligen dürfen, und in welcher Form. Derzeit ist es Frauen erlaubt, in der Bundeswehr Sanitätsdienst zu leisten und im Musikkorps zu dienen. Frauen werden also auf vorgeblich klassisch-weibliche Tätigkeiten beschränkt: Sie dürfen helfen, pflegen und schmücken. Wenn sie nicht selbst töten dürfen, so dürfen sie doch dazu den Marsch blasen und kaputte Soldaten reparieren helfen.

Helfen, pflegen, schmücken

Waffengebrauch ist weiblichen Soldaten erlaubt, so weit er dem unmittelbaren eigenen Schutz dient. Schon Wachdienst geht darüber hinaus: Daß Frauen Männer beschützen, wird für diese anscheinend als ehrverletzend angesehen, denn damit würden Frauen die ihnen zugewiesene Rolle des potentiellen Opfers überschreiten - der Schutz von Frauen (und Kindern) liegt im wahrsten Sinne des Wortes in der Gewalt von Männern. Sollte Frauen in Zukunft Wachdienst oder gar Dienst in Kampfeinheiten erlaubt werden, wird es interessant sein, zu beobachten, welche Widerstände aus den Reihen männlicher Soldaten und Vorgesetzter sich dagegen erheben wird und mit welchen Argumenten - Unfähigkeit? Schwäche? Größere Angreifbarkeit?
Einstweilen führt die Wehrbeauftragte des deutschen Bundestages wirtschaftliche Gründe gegen den Einsatz von Frauen in der Armee an. Wachdienst mag sie noch gelten lassen, aber mehr nicht. In den USA seien weibliche Stellen in der Armee „zu einem Drittel überbesetzt, um Ausgleich zu schaffen für schwangere Soldatinnen". Überdies wären bei mehr Frauen in der Bundeswehr auch Kindergärten notwendig, die Frauen könnten auf die Idee kommen, Teilzeit arbeiten zu wollen und so weiter.(6) Mit einem Wort, Frauen wären weniger flexibel, würden aber höhere Kosten verursachen. Dieses aus der Privatwirtschaft gut bekannte Argument gegen die Beschäftigung von Frauen dient hier wie dort dazu, Frauen von bestimmten Tätigkeiten auszuschließen. Im Umkehrschluß hat es den Zweck, den Mythos von den gesunden, flexiblen und effizienten jungen Männern - Soldaten - aufrecht zu erhalten. Diese Eigenschaften, die angeblich für den Kampfeinsatz nötig sind, werden Frauen schlicht abgesprochen.

Sie und Er

Soldaten sollen den Befehlen ihrer Vorgesetzten bedingungslos gehorchen - auch in für sie selbst lebensbedrohlichen Situationen. Die normalerweise vorhandene Hemmung, Lebewesen der gleichen Art - Menschen - zu töten, soll bei Soldaten ausgeschaltet werden. Eigene Gedanken und eine eigene Identität sind dabei hinderlich. Angehörigen einer Armee wird eine gemeinsame Identität anerzogen: In ihnen wird die Illusion geweckt, sie wären alle gleich und Angehörige einer verschworenen Gemeinschaft. Diese Illusion würde aufgebrochen, wenn offensichtlich andersartige - weibliche - Personen in der geschlossenen Männergesellschaft erscheinen würden. Selbstverständlich entspricht die Gleichheit aller Armeeangehörigen ohnehin nicht den Tatsachen: In den gefährlichen Situationen agieren junge Männer auf Befehl alter Männer, die sich in der Regel selbst in Sicherheit befinden.

Potentielle Gegner, beispielsweise Angehörige einer anderen Armee oder Zivilpersonen in einem gegnerischen Land, müssen fremd gemacht werden, damit mann sie töten kann. Armee und Staat definieren daher letztlich, was bekannt und was fremd ist, wer dazugehört und wer ausgeschlossen wird. Das Soldatische schließt Frauen aus: Militärische Erziehung von Männern bedeutet Erziehung zu einem definierten Bild von Männlichkeit. Männer zu werden, heißt Gewalt ausüben zu dürfen. Für Frauen ist Gewaltausübung nicht vorgesehen, sie sollen die Rolle von Opfern ausfüllen. Soldaten dagegen dürfen nicht als potentielle Opfer erkennbar werden. „Männer können durch ihr Verhalten dem Opfer-Status entfliehen, Frauen nicht. (...) Männer entfliehen dem Stigma 'Weiblichkeit', indem sie lernen, Terror auszuüben. Die Loyalität von Männern zu Gewalt ist zentraler Bestandteil ihrer Identität, und Gewalt ist institutionalisiert in Sport und Militär, in der Geschichte und dem Heldenmythos."(7) Der eigene, im Krieg sogar sehr wahrscheinliche Tod wird entweder als extremer Ausnahmefall dargestellt oder zu einem Heldentod stilisiert. Das staatliche Gedenken für die beiden kürzlich in Bosnien durch Feuer aus den eigenen Reihen versehentlich getöteten Soldaten beweist es.

Dem militärischen Mythos entspricht, daß Frauen und Kinder beschützt werden. In Wahrheit jedoch wird im Krieg massenhaft Gewalt gegen Frauen und Kinder ausgeübt. Damit soldatische Gewalt gerechtfertigt werden kann, werden Frauen in böse und gute geteilt. Gut sind die eigenen Frauen, sofern sie sich den Zielen des Krieges nicht entgegenstellen, sondern unterordnen. Die

(4) Vgl.: Angelika Ebbingshaus, Opfer und Täterinnen. Frauenbiographien des Nationalsozialismus. Hamburg 1987
(5) Vgl. Klaus Theweleit, Männerphantasien, darin insbesondere Bd. 1: frauen, fluten, körper, geschichte. Basel / Frankfurt am Main 1977
(6) Der Tagesspiegel vom 12. September 1997, S. 6
(7) Verene Fiegl, Der Krieg gegen die Frauen, Bielefeld 1993, S. 130

Mehr Frauenpower für längere HERRschaftsdauer MEHR Frauenpow längere Herrscha hr FRAUENpo re Herrscha FrauenPO re Herrscha Frauenpo Herrscha Mehr Fra ng re HERRschaf Frauenpow Herrschaft FRAUENpower f Herrschaftsda FrauenPOWER Herrschafts Frauenpower Herrschafts

Foto: BMVg

potentiellen Opfer werden angeblich geschützt. Soldatische Gewalt gegen diese Frauen wird verheimlicht. Böse sind dagegen die Frauen des Gegners. Sie dürfen vergewaltigt und getötet werden. (8) Das gilt als übliche Waffe im Krieg. Mann kann damit gleichzeitig die männlichen Qualitäten des Gegners angreifen und ihn demoralisieren. Gewalt gegen Frauen wird überdies benutzt, um zum Krieg aufzuhetzen. Beispielsweise im ehemaligen Jugoslawien wurden Vergewaltigungen als Kampfmittel eingesetzt. Schon im Vorfeld der bewaffneten Auseinandersetzungen wurden sie in den jugoslawischen Medien instrumentalisiert, um den Konflikt zu schüren. Später wurde damit auch in internationalen Medien die Fortführung des Krieges legitimiert. Der Einsatz deutscher Truppen in Bosnien wurde in den bundesdeutschen Öffentlichkeit häufig damit begründet. Vergewaltigung und Mord an Frauen gehörten zur normalen Kriegführung beispielsweise der US-Armee in Vietnam.(9) Frauen kann mann in Bundeswehr-Kampftruppen nicht gebrauchen, weil die Rolle der gewalttätigen Männlichkeit für sie nicht vorgesehen ist. In Armeen, in denen Frauen in Kampfeinheiten ausgebildet werden, gibt es aus den Reihen der Soldaten und Vorgesetzten massive Widerstände gegen ihre Anwesenheit; sie werden, wie aus der US-Armee bekannt, schikaniert und gemobbt.(10)
Frauen können im Prinzip alles, was Männer können, auch töten auf Befehl. Frauen können Täterinnen sein. Das läßt sich durch nichts entkräften. Gerade weil Frauen im Prinzip alles können, was Männer können, sollten sie nach dem emanzipatorischen Gehalt und den Folgen dieser männlichen Betätigung fragen. Entscheidend ist nicht, ob Frauen auf Befehl töten *können,* sondern ob sie das *wollen*. Entscheidend ist, ob Frauen wollen, daß Armeen auf Befehl und im Interesse des patriarchalen Staats vergewaltigen und morden. Frauen, die in einer Armee Befehlsempfängerin werden wollen, haben damit eine unter Umständen autonome Entscheidung gefällt. Diese besteht darin, daß sie sich in eine patriarchale Gewalt- und Zwangsinstitution hineinbegeben, deren Aufgabe in der Stabilisierung und dem Erhalt des patriarchalen und frauenfeindlichen Staats besteht.

Ulrike Gramann

(8) Vgl. Susan Brownmiller, Gegen unseren Willen. Vergewaltigung und Männerherrschaft. Frankfurt am Main 1978. Das Buch enthält eine umfangreiche Dokumentation über Gewalttaten, die Soldaten in den Kriegen mehrerer Jahrhunderte gegen Frauen und Mädchen verübten.
(9) Vgl. ebd. Susan Brownmiller weist an zahlreichen Beispielen nach, daß im Vietnamkrieg vietnamesische Frauen und Mädchen von US-Soldaten prinzipiell als „Huren", „Vietcong" etc. angesehen wurden. Massenvergewaltigungen waren weniger die Ausnahme als die Regel.
(10) Vgl. Yvonne Hylla, Moralapostel der US-Army, in: ami 7/8 (1997), S. N-1 ff.; außerdem die laufende Berichterstattung in der Presse.

Frauen rein - Männer raus?

illoyal hat einige Meinungen von Frauen im Spannungsfeld zwischen völliger Ablehnung des Waffendienstes für Frauen und Forderung nach gleichberechtigtem Dienst in der Bundeswehr aufgeführt, dabei sind bewußt nicht Positionen von Parteien insgesamt, sondern die von Frauen wiedergegeben.

Der Bundesfrauenrat von Bündnis 90 / Die Grünen ... hat im Mai 1997 beschlossen, einen Abschnitt mit dem Thema „Soldatinnen als Vorwand für eine Militarisierung der Gesellschaft" ins Wahlprogramm der Partei einzubringen. „Eine weitere Öffnung der Bundeswehr für Frauen" heißt es in dem Beschluß, „läuft darauf hinaus, militärische Strukturen zu stärken, und ist zudem nicht geeignet, unserer Auffassung von Emanzipation gerecht zu werden. Wir sehen in ihr auch einen ersten Schritt zu einer Allgemeinen Dienstpflicht für Frauen und Männer, die wir ablehnen. Militär und Emanzipation werden als Gegensätze bezeichnet, die Bundeswehr bietet keinen Raum für Dialog und Demokratie, und zwar weder für Frauen, noch für Männer." Der Einzug von Frauen wird nicht wegen der Gleichberechtigung propagiert, sondern aus militärpolitischen Interessen: der Werbung für Armee und Politik, Gewöhnung an Dienstverpflichtung, Einfluß auf Männer und Kinder, letztlich der Militarisierung der Gesellschaft. Aus diesen Gründen lehnen wir eine Beteiligung von Frauen an der Bundeswehr ab."-
Unabhängig davon gibt es Stimmen in der grünen Partei, die Emanzipation und Waffendienst von Frauen als durchaus vereinbar, sogar wünschenswert ansehen, beispielsweise die von Rita Grießhaber, die sich im vergangenen Jahr in den Medien Gehör verschafft hat.

Die feministische Frauenarbeitsgemeinschaft LISA der PDS
... hat Anfang Mai 1997 eine Erklärung verabschiedet, in der sie das faktische Berufsverbot für Frauen in bestimmten Bereichen der Bundeswehr mehrheitlich als Diskriminierung ablehnt, die „weder mit Artikel 3 (2) noch mit Artikel 12 Grundgesetz zu vereinbaren ist". Andererseits jedoch erklären die LISA-Frauen, sich nicht an der Kampagne zu beteiligen, die die „Forderung nach Gleichberechtigung lediglich benutzt, um eine weitere Militarisierung der Bundesrepublik populär zu verpacken und mehrheitsfähig zu machen". In der gleichen Erklärung wird die Abschaffung der Wehrpflicht und aller anderen Zwangsdienste als ein erster Schritt zur Abschaffung der Bundeswehr gefordert. Einigkeit besteht darüber, daß die LISA-Frauen sich nicht an der insgesamt für die Bundeswehr imagefördernden Diskussion beteiligen wollen.

Die Feministische Partei DIE FRAUEN
... lehnt die Möglichkeit militärischer Konfliktlösung prinzipiell ab, also den militärischen Einsatz von Frauen und ihre Ausbildung dazu. Die Partei fordert die Auflösung der Bundeswehr. In ihrem Programm betonen die FRAUEN , daß Gewalt gegen Frauen als heuchlerisches Argument benutzt wird, um militärische Einsätze zu rechtfertigen, und zwar von Politikern, die nicht mit gleicher Vehemenz gegen die Vergewaltigung von Frauen und Mädchen in der BRD vorgehen. Dem Parteiprogramm der FRAUEN ist ein Minderheitenvotum angeschlossen, in dem ein Waffendienst für Frauen in der Bundeswehr gefordert wird, solange es die Bundeswehr noch gibt.

Im Unabhängigen Frauenverband
... wurde die Frage Bundeswehr und Frauen nach Auskunft von Marinka Körzendörfer aus dem Berliner UFV zuletzt 1990 diskutiert. Eine Forderung, Frauen den bewaffneten Dienst in der Bundeswehr zu ermöglichen, bezeichnet Marinka Körzendörfer in Übereinstimmung mit dem damaligen Diskussionsstand als unsinnig. Wenn überhaupt über die Bundeswehr diskutiert werde, dann solle es immer um eine Abschaffung der Bundeswehr gehen. Statt Frauen rein! also: Männer raus!

Der Landesparteitag der Berliner SPD
... hat im August 1997 einen Antrag angenommen, nach dem die Bundeswehr für Frauen ohne Einschränkung geöffnet werden soll. Mit dem „uneingeschränkten freiwilligen Zugang" von Frauen zur Bundeswehr falle „eins der letzten staatlichen Berufsverbote für Frauen". Lore Hüser aus der AG Sozialdemokratische Frauen sieht die Forderung nach einem Waffendienst für Frauen als emanzipatorische Forderung an, da mit einem freiwilligen Waffendienst für Frauen eine berufliche Diskriminierung ausgeräumt werde, und verweist darauf, daß Frauen in anderen NATO-Staaten seit langem die Möglichkeit haben, Waffendienst zu leisten.

Die Frauen-Union, der Frauenverband der CDU,
... ist schwer zu erreichen. Nach vergeblichen Telefonaten wird die Anfrage, ob das Thema Frauen und Bundeswehr in der Frauen-Union Berlin diskutiert worden sei, ob es vielleicht Pressemitteilungen dazu gebe, so beantwortet: Aussagen zum Thema könne eventuell die Bundestagsabgeordnete Michaela Geiger geben, ansonsten möchte frau sich an die Pressestelle der Bundeswehr wenden. Michaela Geiger, CSU, hat sich bekanntlich seit Jahren für - auch bewaffnete - Einsätze von Frauen in der Bundeswehr stark gemacht, während Bundesfrauenministerin Claudia Nolte zwar mehr Einsatz von Frauen forderte, diesen aber ohne Waffen. Auch in der Bonner Zentrale verhallt das Klingeln des Telefons ungehört. Auf den CDU-Internet-Seiten sucht frau das Stichwort Frauen-Union vergebens. Bleibt also anzunehmen, daß die Frauen-Union jedenfalls den öffentlichen Meinungen des Verteidigungsministers - abwarten, mal sehen, ob sich eine Mehrheit für vorsichtige Öffnung findet - nicht widerspricht.

(zusammengestellt von Ulrike Gramann)

Berichte

-News-

Klagen vor dem Verfassungsgericht
Gegen das Urteil von sechs Monaten Gefängnis gegen den totalen Kriegsdienstverweigerer Hans Caspar Graf von Bothmer hat Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck Beschwerde vor dem Verfassungsgericht eingereicht. Das Urteil gegen Caspar ist ein erneuter Skandal in der Rechtsprechung gegen TKDVer.
Ebenfalls Verfassungsbeschwerde gegen das strafrichterliche Urteil erhob Rechtsanwalt Kaleck gegen das Urteil von Sandra P. Sandra war unter dem Vorwurf der Nötigung zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil sie am 1. April 1996 sich an einer Gleisblockade der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär beteiligt hatte. Obwohl das Bundesverfassungsgericht in einer Grundsatzentscheidung festlegte, daß Blockaden keine Nötigung im Sinne des Srafgesetzes sind, folgt die Berliner Justiz den Vorgaben der „Hauptstadtpolitik" zu einer härteren Gangart gegen „Anti-BerlinerInnen" und ignoriert die Entscheidung des höchsten Gerichts.

Sommertheater zum Auftakt des Bundestagswahlkampfes
In den Sommerferien gaben Berliner Jusos und JuLis gemeinsam eine Pressekonferenz. Die beiden Jugendverbände der Parteien SPD und FDP verkündeten ihre Beschlüsse, daß sie die Wehrpflicht abschaffen wollten. Bravo! Die JuLis setzten noch einen drauf und erklärten, daß sie sogar die Bundeswehr abschaffen wollen. Mal sehen, was die Mutterpartei dazu sagt.

24 Stunden ABC-tauglich
... sollen die Bundeswehrsoldaten ab 2002 mit der neuen ABC-Schutzmaske sein. Sie verfügt über ein im Maskenkörper eingebundenes zentral positioniertes Anschlußstück mit Sprechverstärker, ein Nahrungsaufnahmeventil (!) und Filteranschluß. Endlich wäre das Verprügeln von andersaussehenden Zivilisten selbst unter härtesten Bedingungen möglich, gäbe es nicht die folgende neue Anweisung: „Unsere Jungs" von der Truppe dürfen sich in ihrer Freizeit nicht mehr mit dem Tarnanzug präsentieren. Denn diese Bekleidung wird in einer psychologisch einzigartigen Beweisführung für die Geschehnisse in Detmold verantwortlich gemacht. Die Tarnkleidung wirke auf „türkisch aussehende" (!) Jugendliche so provozierend, daß diese gar nicht mehr anders könnten, als die Bundeswehr-Recken zu provozieren, die ihrerseits dann gezwungen sind, dich durch rechtsradikale Worte und Taten zu wehren. Alles verstanden? Im Klartext: Nur die Tarnkleidung ist schuld, wenn Bundeswehrsoldaten gewalttätig gegen AusländerInnen werden.

Repression gegen unbequemen Anwalt
Rechtsanwalt Kajo Frings wurde von der Berliner Staatsanwaltschaft wegen „Anstiftung zur Fahnenflucht" gegenüber einem seiner Mandanten angezeigt. In der ersten Instanz wurde er freigesprochen. Dies gefiel der Staatsanwaltschaft nicht, und sie holte zum nächsten Schlag aus (Berufung). Bisher sind weitere Prozesse ausgefallen, weil der sogenannte „Belastungszeuge" nicht erschien. Wir warten auf die Fortsetzung der Posse...

Osman Murat Ülke, türkischer Kriegsdienstverweigerer
...war im Sommer des Jahres aus dem Knast entlassen worden und sollte zu seiner Einheit zurückkehren. (illoyal berichtete). Am 9. Oktober wurde vor dem Militärgericht Eskisehir erneut gegen Osman verhandelt. Osman betrachtet sich nicht als Soldat, doch da es den Tatbestand der Kriegsdienstverweigerung in der Türkei „nicht gibt", wird er weiter wegen fortgesetzter Befehlsverweigerung und Desertion verfolgt und kann mehrfach wegen desselben Delikts bestraft werden. Das bedeutet, jedesmal, wenn Osman freigelassen wird, wird er erneut den Befehl erhalten, sich zu seiner Einheit zu begeben. Er wird erneut verweigern, was das nächste Strafverfahren nach sich zieht, und so weiter - im äußersten Fall lebenslang.
Osman forderte vor dem Militärgericht die Einstellung des Verfahrens und erklärte: „Ich jedenfalls bleibe meiner Gewissensentscheidung sowieso treu - und weil das so ist, habe ich in meinen Augen diesen Prozeß von vornherein gewonnen, er wird meine Haltung nicht verändern und damit seinen Zweck verfehlen." Osman wurde im Gerichtssaal verhaftet, um eine Reststrafe des vorhergehenden Urteils abzusitzen. Die Verkündung des neuen Urteils, das Osman für viele Jahre hinter Gitter bringen kann, ist für den 23. Oktober vorgesehen.
Osman freut sich über Post, am besten in türkischer oder englischer Sprache und unter folgender Adresse:
Osman Murat Ülke
1. Taktik Hava Kuvvetleri Komutanligi
Askeri Cezaevi
ESKISEHIR

Das Argument schlechthin
... für eine Wehrpflichtarmee lieferte das Verteidigungsministerium. Eine Berufsarmee sei durchschnittlich älter als eine Armee mit Wehrdienstleistenden. Sandsäcke ließen sich aber „mit 18 Jahren leichter schleppen als mit 46".

Berichte

- Schöner mustern! -

Schöner mustern: jetzt auch daheim

Der Hintergrund: Bundeswehrschikanen gegen einen Wehrpflichtigen

Ein Wehrpflichtiger aus Berlin wurde bis zum 25. Lebensjahr nicht gemustert. Sein Fernbleiben von der Musterung entschuldigte er unter anderem mit einem Auslandsaufenthalt. Das Kreiswehrersatzamt leitete deswegen ein Strafverfahren wegen „Wehrpflichtentziehung durch Täuschung" nach § 109 a Strafgesetzbuch gegen ihn ein. Beweise für die gemutmaßte Straftat liegen allerdings nicht vor. Im Sommer dieses Jahres führte die Kriminalpolizei deswegen eine Hausdurchsuchung durch. Die Polizisten brachen die Tür auf und drangen mit gezogener Waffe in die Wohnung ein, um Unterlagen zu finden, die angeblich „zur Entlastung" von dem erhobenen Vorwurf führen sollten. Beschlagnahmt wurden jedoch Unterlagen, die die Kripo offenbar als potentiell belastend ansah, darunter Studienunterlagen, Kontoauszüge, Infomaterial mit antimilitaristischem Inhalt. Die Kriminalpolizei verschaffte mit dieser Hausdurchsuchung auch Beamten des Kreiswehrersatzamtes Zutritt zu der Wohnung. Diese drangen durch die aufgebrochene Tür in die Wohnung ein und musterten den Wehrpflichtigen in der Küche. Die Härte der Mittel, mit denen vorgegangen wurde, steht in einem besonders krassen Mißverhältnis zum vermuteten Delikt. Die Zusammenarbeit von Kriminalpolizei und Kreiswehrersatzamt in dieser Form ist einmalig. Ein Hausdurchsuchungsbefehl berechtigt die Kriminalpolizei, keinesfalls aber MitarbeiterInnen des Kreiswehrersatzamtes zum Betreten der Wohnung. Der Anwalt des Wehrpflichtigen hat Anzeige wegen Amtsmißbrauchs und Hausfriedensbruchs erstattet. Möglicherweise liegt auch Nötigung vor. (die Redaktion)

Es gibt nichts, was es nicht gibt.

Sogar die Kreiswehrersatzämter werden besonders aufmerksam und entgegenkommend. Die Beamten haben die Bundeswehrwerbung „Ja. Helfen" längst verinnerlicht. Und so helfen sie - aufmerksam und entgegenkommend - auch schon mal einem Wehrpflichtigen mit vollem Terminkalender. Du kannst oder willst nicht zu den Beamten kommen - nun, dann kommen sie zu dir. So entgegenkommend kann die Bundeswehr sein - manchmal kommt sie regelrecht über dich. Wenn's sein muß, auch im Morgengrauen, sozusagen zu nachtschlafender Zeit. Sie scheuen keine Mühe.

Du schlägst die Augen auf und schaust einem Uniformierten ins Gesicht. Du denkst an einen Alptraum, kneifst die Augen zu und hoffst, daß du schnell erwachst. Und mußt die traurige Realität begreifen: Nicht die/der Liebste zieht dir die Bettdecke weg. Der Lärm in der Küche hat nichts mit Kaffeekochen zu tun. Und all die fremden Menschen in deiner Wohnung kennst du nicht.

Aber sie kennen dich. Da sind sie sich sicher. Sie haben dich noch nie gesehen, aber sie wissen, wer du bist: ein Listiger, mehr noch, ein Arg-Listiger, einer, der böswillig Gründe vorschiebt und sich der Musterung entziehen will. Vorsätzlich, steht in der Anzeige.
Doch dies ist ein Rechtsstaat, und da gilt: im Zweifel für den Angeklagten. Also nicht, daß die Herren einen Zweifel hätten, aber sie tun ihre Pflicht, nicht wahr, und so durchsuchen sie deine Wohnung. Nach Ent-Lastungsmaterial. Um dich zu entlasten, beschlagnahmen sie Studienunterlagen, Kontoauszüge und was an antimilitaristischem Schriftzeugs herumliegt. Diskret übersehen sie deine Blöße.

Endlich hast du dir etwas angezogen. Wurde auch Zeit.
Denn nicht nur die Herren Kriminalpolizisten haben sich Zutritt zu deiner Wohnung verschafft, nein, auch die BeamtInnen vom Kreiswehrersatzamt sind in deine Küche gekommen. Schließlich stand die Tür offen, da ist Eintreten wohl erlaubt. Und auch sie wollen eine Last von dir nehmen: Musterung, hier und jetzt. Du willst nicht? Macht nichts. Im Sitzen und im Stehen siehst du doch ganz gesund aus, und munter bist du inzwischen auch. Tauglich fürs Militär. Sagt die Ärztin. Zu deiner Beruhigung: Du bekommst es noch schriftlich, zusammen mit der Einberufung. Das ist dann gleich ein Abwasch.

Nach getaner Arbeit lassen sie dich allein mit deiner aufgebrochenen Wohnungstür. Und immer noch etwas fassungslos suchst du Rat bei deinem Anwalt.

Unglaubliche Vorstellung? So was gibt's nicht?
Es gibt nichts, was es nicht gibt.

Sylvia Kirchner

Berichte
- AMOK -

MilitärgegnerInnen laufen AMOK

Angefangen hat es 1996, als Dr. Seltsam die erste Jubelparade des Anti-Militärischen Oberjubel-K.O.M.I.T.E.E.s (AMOK) ins Leben und am 3. Oktober, dem Jahrestag des Einzugs der Bundeswehr in Berlin, auf die Straße rief. Etwa 10.000 bunt verkleidete Menschen kamen. Nachdem dieser erste satirisch-kabarettistische Karnevalsumzug, der von verschiedenen Gruppen, darunter der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, mitgetragen wurde, zu mehr als einem Achtungserfolg geworden war, stand dann fest: Dat machn wa noch ma.

Schöner, größer, bunter und besser sollte es 1997 werden, ein hehres Ziel, das wegen Unstimmigkeiten bei der Vorbereitung, in deren Verlauf die Kampagne sich dieses Jahr aus dem Kreis der Organisatoren zurückzog, nicht ganz erreicht wurde. Wegen des zur gleichen Zeit stattfindenden Deutschlandfests konnte die ursprünglich angestrebte Route unter den Linden auch 1997 nicht durchgesetzt werden. Da die Organisatoren sich aber nicht völlig kommentarlos verdrängen lassen wollten, fand in der Nacht vom zweiten zum dritten Oktober ein Umzug mit dem Thema „Gespenster des Militarismus“ statt. Dabei zogen etwa 300 Menschen, viele davon als Gespenster und militärische Spukgestalten verkleidet, vom Brandenburger Tor zum (zur Zeit abwesenden) Denkmal des Alten Fritz, wo die ruhig und unspektakulär verlaufende Demo ohne eine Abschlußveranstaltung etwas unvermittelt endete. Am folgenden Tag fand dann die AMOK-Parade selbst statt. Demonstranten wurden auf knapp einhundert Metern Weg, mithin also in Sichtweite, zweimal durchsucht, mitgeführte Kindersäbel aus Weich-Kunststoff wurden dabei von der Staatsgewalt besonders kritisch beäugelt. Nachdem die Polizei ihr leicht paranoid anmutendes Mißtrauen gegenüber allem Bunten in umfangreichen Vorkontrollen befriedigt hatte, setzte sich der Zug dann mittags gegen halb eins in Bewegung.

Begleitet von Nieselschauern und mit Dr. Seltsam an der Spitze zog der Troß aus Wagen und kostümierten Menschen vom Sammelpunkt vor dem Schloß Charlottenburg zum Breitscheidplatz, wo die Parade mit einem Konzert, unter anderem mit einer kanadischen Gewerkschaftsband und Buds Balooxe, dafür aber ohne die vom Veranstalter angekündigten Infostände ausklang.

Die Publikumsresonanz war deutlich geringer als 1996, lediglich zwischen tausend und zweitausend Menschen und etwa eine Handvoll Wagen waren erschienen, dennoch sorgten die phantasievollen Kostüme, die Motivwagen - darunter ein niedlicher kleiner rosa Panzer, der bewährte Kampagnen-Bomber und ein „Eurofaita“ mit militärisch grantelnder Besatzung - und die gute Grundstimmung für ein ansprechendes Resultat.

Stefan Tietke

Fotos: Stefan Tietke

Berichte
- Eurofighter -

Eurofighter: Bundestag hebt ab

Wenn im Herbst dieses Jahres der Deutsche Bundestag sich für die Beschaffung des Eurofighters aussprechen sollte, dann wird das eine Entscheidung für das bislang gigantischste und fragwürdigste Rüstungsprojekt der Bundesrepublik. Die Forschung und Entwicklung des Jäger 90/Eurofighters hat bislang etwa 7,5 Milliarden DM verschlungen. Eine weitere Milliarde ist bis zum Ende der Entwicklung eingeplant. Mit der Beschaffungsentscheidung würden weitere 23,2 Milliarden hinzukommen. Diese etwa 32 Milliarden sind aber noch nicht alles. Bei dieser Aufstellung fehlen die bislang noch nicht bekannten Kosten für die Bewaffnung, Nachrüstung und Kampfwertsteigerung und die jährliche Preissteigerung. Einmal beschafft, werden die 180 Eurofighter bei einer 25-jährigen Nutzungsdauer insgesamt weitere 27 Milliarden DM Betriebskosten verursachen.
Die Folge dieses Rüstungswahns: Auf Grund des Verdrängungswettbewerbs im Rüstungshaushalt müssen andere Teilstreitkräfte ihre Beschaffungsprogramme strecken oder streichen. So sind z. B. im Haushalt für 1998 von den etwa 9 Milliarden für Forschung, Entwicklung und Beschaffung vorgesehenen Haushaltsmitteln allein 1,25 (= 13,8 %) für den Eurofighter geplant. Da die Bundesregierung auch nicht bereit ist, durch die Abschaffung der Wehrpflicht und weitere Reduzierung im Personalkostenbereich Haushaltsmittel einzusparen, führt das insgesamt dazu, daß der Rüstungshaushalt in den kommenden Jahren wieder deutlich steigen wird. Durch die Bereitstellung der Eurofighter-Mittel werden 1998 die Ausgaben für militärische Beschaffungen im Vergleich zum Vorjahr um 19 % auf etwa 6,5 Milliarden steigen. Damit wird, wie im übrigen bei vielen langfristigen Großprojekten im Rüstungsbereich, die Realisierung möglicher Abrüstungs- und Friedensdividenden auf Jahrzehnte verspielt. Dem Bundeshaushalt werden über einen Zeitraum von mindestens 25 Jahren wichtige Haushaltsmittel für den zivilen und sozialen Bereich ent-zogen. Der Sozialabbau wird weitergehen, und der Aufbau von alternativen Instrumenten der nichtmilitärischen Krisenreaktion wird strukturell verhindert.
Diese Politik ist absolut unverantwortlich und ein Geschenk an die Rüstungsindustrie. Unter sicherheitspolitischen Betrachtungen ist die Beschaffung des Eurofighters ein Witz. Wenn er wirklich nur für Luftverteidigungsoperationen und als Ersatz für die Phantom oder MiG 29 vorgesehen wäre, hätte es militärisch keinen Sinn, 180 Maschinen zu beschaffen. Zum einen muß man sich fragen, ob die Bundesrepublik angesichts der fehlenden Bedrohung überhaupt noch eine bemannte Luftverteidigung benötigt. Aber selbst wenn man das bejaht, ist das, was mit dem Eurofighter bevorsteht, qualitative und quantitative Aufrüstung pur. Wie der Rechnungshof in einem kürzlich vorgelegten Bericht kritisiert, würden auf Grund der höheren Leistungsparameter des Eurofighters 90 Maschinen völlig ausreichen. Diese Argumentation folgt immer noch der von der Bundesregierung vorgegebenen Logik, daß der Ersatz eben nur ein Eurofighter und nicht ein anderes Jagdflugzeug wie z. B. die modernisierte MiG 29 oder der schwedische Gripen sein soll. Beide Flugzeuge könnten die Aufgaben ebenso erfüllen und wären in ihrem Stückpreis deutlich günstiger als der Eurofighter.
Und hier liegt der Haken der ganzen Sache. Es war zu keinem Zeitpunkt ernsthaft geplant, eine andere Beschaffung als eine mit deutscher Beteiligung vorzunehmen. Die dabei ins Feld geführten 18.000 Arbeitsplätze gibt es in dem Umfang nicht. Sie dienen nur als Täuschungsmanöver. Der Jäger 90/Eurofighter soll - wie im übrigen bereits der Tornado - nicht nur die militärische Bedrohung aus dem Osten, sondern auch den rüstungstechnologischen Vorsprung der USA bekämpfen. Nach dem Rückgang der Bedrohung bleibt als Kernaufgabe des Eurofighters die Subventionierung der Rüstungsindustrie der teilnehmenden Staaten.
Der Erhalt nationaler System- und Kooperationsfähigkeit im militärischen Flugzeugbau und der Anspruch, zu den führenden Militärflugzeugproduzenten gehören zu wollen, hat dazu geführt, daß der Jäger 90 1992 nicht abgestürzt ist. Im Gegenteil. Die Rüstungsindustrie hat seither alle Chancen genutzt, um den Verteidigungsminister und die Regierungsfraktionen weiter um den Finger zu wickeln. Sie hat nicht nur Millionensummen für eine Reduzierung des Leistungsumfanges verlangt und erhalten. Zur Absicherung eines Produktions-anteils von 30 % für die deutsche Rüstungs-industrie hat man sich im kleinen Kreis auf der Hardthöhe stillschweigend darauf geeinigt, daß neben den 140 Jagdflugzeugen weitere 40 in der Doppelrolle, d. h. auch als leichte Jagdbomber, beschafft werden sollen. Aus militärischer Sicht ist es völlig unsinnig, im Jahre 2012 einen Teil der Tornado-Jagdbomberflotte durch ein in den achtziger Jahren entwickeltes Flugzeug ersetzen zu wollen. Aber daran kann man vielleicht erkennen, in welchem Geisteszustand sich die derzeitige Bundeswehrführung befindet. Und wenn sich daran nicht bald etwas ändert, wird dieser Rüstungswahn in den nächsten Jahren unvermindert fortgesetzt werden. Die Weichen dafür sind in vielen Bereichen bereits gestellt.

Andreas Körner
(Mitarbeiter von Winfried Nachtwei, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Durchbruch an der Oder?
Surfen auf der Flutwelle

Drei Wochen dauerte der größte Einsatz in der Geschichte der Bundeswehr. 30.000 Soldaten, 2.000 Fahrzeuge, 40 Hubschrauber und 2 Aufklärungsflugzeuge setzte die Hardthöhe zwischen Mitte Juli und Mitte August im östlichen Brandenburg ein, um zusammen mit Bundesgrenzschutz, dem THW, der örtlichen Feuerwehr und den verzweifelten BewohnerInnen das Oderhochwasser zu bekämpfen. Nach der Entwarnung blieben 3.000 Soldaten in den von der Flutkatastrophe betroffenen Gebieten zurück, um sich an den Aufräumarbeiten zu beteiligen. Laut Angaben von Bernd Wilz, Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium, summierten sich die Kosten für den Armeeinsatz bereits Anfang August auf 18 Millionen DM.
Das Sommerloch hatte sein Thema. Während Hans-Olaf Henkel, Sprachrohr der deutschen Industrie, über die Blockade der Politik sinnierte, hatten an der Oder die Macher das Wort und die Medien ihre Helden.

Trockenübung
Foto: Stefan Tietke

Im *Stern* wurden die Mühen an den Dämmen zur „Schlacht an der Oder", der Fluß zum „Feind" und die Grenze zu Polen plötzlich wieder zur „Front". Der *Spiegel* sah in dem Großaufmarsch im deutschen Osten „das sinnvollste Bundeswehrmanöver in Friedenszeiten". Der Kanzler lobte die Bundeswehr als „Armee unseres Volkes", und Verteidigungsminister Rühe, sichtlich zufrieden, schob hinterher: „Die Bundeswehr ist da, wenn unsere Hilfe gebraucht wird, an der Oder ebenso wie in Bosnien und Herzogewina".
Altkanzler Schmidt, von Manfred Stolpe nach seinen Erfahrungen mit der Hamburger Sturmflut 1962 gefragt, riet: „Gib der Bundeswehr freie Hand!" Kein Wunder also, daß Generalmajor Hans-Peter von Kirchbach, Leiter des Armeeinsatzes, ungeniert resümierte: „Das Führungssystem der Bundeswehr hat sich auch im zivilen Bereich bewährt." - Militär als Modell für die Gesellschaft! Vergessen die Pannen der letzten Monate; rechtsextreme Ausfälle und das Hinrichtungs-Video der Bosnien-Übungen waren kein Thema mehr. Statt dessen wurde eine Armee präsentiert, die sich mit der Verteidigung des Landes gegen das Wasser ihrer ureigensten Aufgabe zu widmen schien. So kam die Oderflut wie gerufen, um den Militärs bei der Suche nach ihrer Daseinsberechtigung Beistand zu leisten. Deutsche Soldaten, die deutschen Bauern helfen, das macht sich besser als Zinksärge aus Kambodscha oder Bosnien. Keine Frage, der Imagegewinn, den die Bundeswehr aus dem Einsatz gegen das Hochwasser zog, war gewaltig.
Ob aber Katastrophenschutz Aufgabe der Bundeswehr sei und so auch ihre Existenz legitimiere, diese Frage ging vor lauter Sandsackzählen unter. Grundsätzlich handelt es sich um eine Aufgabe der Länder; auf Anfrage in Bonn werden ihnen THW-Einheiten unterstützend zur Verfügung gestellt. Auf ein Desaster solchen Ausmaßen waren die zivilen Kräfte aber schlecht vorbereitet, angesichts der technischen und finanziellen Ausstattung auch kein Wunder. Die lokalen Feuerwehren wurden durch veraltete Ausrüstung behindert. Das THW beschäftigt bundesweit nur 850 hauptamtliche MitarbeiterInnen, unterstützt durch etwa 44.500 aktive Ehrenamtliche. Die Bundesregierung läßt sich das THW 1997 etwa 178 Millionen DM kosten, das entspricht 0,4 Prozent des Wehretats. Also rief Manfred Stolpe gleich noch die Bundeswehr, die aber trotz der Übermacht für ihren Einsatz schlecht gerüstet war. Armeen sind nun mal zum Kriegführen da und nicht zum Deichebauen. Ohne das Wissen des brandenburgischen Umweltministeriums und der verantwortlichen Deichverbände hätte Generalmajor Kirchbach so lange Blinde Kuh spielen dürfen, bis ihm und seinen Kriegern das Wasser bis zum Halse gestanden hätte. So bleibt der Odereinsatz der Bundeswehr zwar als gelungener Werbefeldzug im Gedächtnis, überzeugt aber nicht von der Notwendigkeit der „Ja, helfen"-Truppe. Vielmehr erinnert er daran, daß das ihr zugedachte Geld sinnvollere Verwendung finden könnte.
Nicht zuletzt sei bemerkt, daß das Hochwasser auch eine menschgemachte Katastrophe war und - Ironie der Geschichte - die Naturvergewaltigung an der Oder ausgerechnet mit Friedrich II. ihren Anfang nahm, der, bemüht um die Stärkung seines preußischen Militärstaates, das Oderbruch trockenlegen ließ. Auch damals zog Militär gen Osten, damals allerdings, um den Widerstand der BewohnerInnen zu brechen, die, weil sie FischerInnen bleiben wollten, die neu errichteten Dämme anstachen.

Eric Töpfer

Die Bundeswehr und das Politische

Im Sommer dieses Jahres erging ein Freispruch für den Abdruck der Satire Ja. Morden. *(*illoyal *berichtete.) Diesen Freispruch können wir als Selbstverständlichkeit oder als mutigen Richterspruch werten, je nachdem, wieviel Vertrauen wir in bundesdeutsche Demokratie und Rechtsprechung setzen. Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft gegen den Freispruch der Angeklagten Gerit Ziegler Berufung eingelegt. (die Redaktion)*

(...) Wird nun doch noch ein besonderer Ehrenschutz für Soldaten auf uns zukommen, wie 1932 in Form des § 134a StGB nach dem Freispruch für Carl von Ossietzky und Tucholskys Satz *Soldaten sind Mörder?* Auf die dritte Lesung der Lex Bundeswehr (§ 109b StGB) und endgültige Beschlußfassung wartet man seit dem vorigen Jahr.
Ungefähr gleichzeitig mit dem Freispruch für *Ja, Morden* mußte die Bundeswehr einen Schlag aus den eigenen Reihen einstecken: das Skandalvideo von Hammelburg.

(1) Rechtsanwalt Hofferbert (1996) schlägt präventiv für auch künftig straffreie Satiren den Satz Verteidigungsminister sind potentielle Mörder vor – solange es noch keinen besonderen Ehrenschutz für Politiker (wie 1935 der § 134b StGB) gibt.

Literatur
Breuer, Paul (im Interview). In: Mitteldeutsche Zeitung, 8. November 1995.
Hofferbert, Michael (im Interview). In: Der Spiegel 11 (1996), 11. März 1996.
Krizan, Daniel; Moriz Hoffmann-Axthelm, Ehrenschutz vs. Satire. Der Ehrenschutz für Soldaten und das Plakat „Ja, Morden". In: Ästhetik & Kommunikation 92 (Juli 1996), S. 6-9.
Rühe, Volker (im Interview). In: Bericht aus Bonn (ARD), 11. Juli 1997.
Schwennicke, Christoph, Das Medium schlägt zurück. Der Skandal kratzt am teuer gepflegten Image der Bundeswehr. In: Süddeutsche Zeitung 158, 12./13. Juli 1997, S. 9.
Ziegler, Gerit. (Auszüge aus der Prozeßerklärung). In: illoyal 0 (1997), S. 14.

Das Spiel mit dem Medium

Daß ein paar Wehrpflichtige in einer Übungspause ein Video mit gestellten Hinrichtungen und Vergewaltigungen drehen, ist an sich eine Lappalie, die keinen wachen Menschen überraschen sollte. Christoph Schwennicke (1997) weist darauf hin, daß es das Medium ist, das den Skandal ausmacht: Nicht die von einigen Bundeswehrsoldaten (z. B. in Detmold) ausgehende reale Gewalt zeigt in der Gesellschaft bleibende Wirkung, sondern die Simulation in Hammelburg – denn nur von letzterer gibt es Bilder. Diese wurden bei *Sat1* gezeigt und bedrohen nun den Erfolg von Bundesverteidigungsminister Volker Rühes millionenschweren Werbekampagnen. Die Hardthöhe habe Marshall McLuhans Motto „The medium is the message" konsequent umgesetzt und sich ganz auf die Gesetze der Fernsehwelt eingelassen, meint Schwennicke: „Schnelle Schnitte, schlichte Sätze, persönliche Bekenntnisse." Und Rühe sei sich der Gefährlichkeit der Skandalbilder für das Bundeswehrimage sehr bewußt. – Ein „medialer Dolchstoß"?
Die Zeitungsanzeigen der Bundeswehr, auf die sich das Plakat *Ja, Morden* bezog, sind natürlich nach derselben Medienstrategie angelegt wie die Fernsehwerbung, und womöglich verdankt sich die Vehemenz der Reaktionen auf dieses Plakat weniger dem Denotat der Plakataussage oder der Verbindung zu Tucholskys *Soldaten sind Mörder* als eben dem Medium, womöglich hätte ein an den selben Stellen veröffentlichter Artikel mit der selben Überschrift, aber ohne das Bundeswehr-design keinen Hund hinter dem Ofen vorgelockt. (...)

Zurück zum Politischen!

Nach dem Skandal von Hammelburg klagte ein ziemlich geknickter Volker Rühe in einem Interview in *Bericht aus Bonn* die Verantwortung der Gesellschaft ein: Die Bundeswehr könne nicht nachholen, was Eltern und Schulen in der Erziehung versäumt hätten. Aber man tue natürlich, was man könne, und nun werde man hart durchgreifen.
Denn die Bundeswehr versteht sich offiziell als Teil der Gesellschaft, als demokratische Institution und ihren Auftrag auch als einen gesellschaftspolitischen. „Staatsbürger in Uniform, Innere Führung"? Die „Schule der Nation" hat zur politischen Bildung vor allem autoritäre Konzepte preußisch-militärischer Provenienz beizutragen; politische und psychologische Unterweisung sind Feigenblätter – und wenn der Bundeswehrverband noch so oft verbesserten Staatsbürgerkundeunterricht fordert. Fragt ein Fernsehmoderator, wie denn ein einfacher Soldat in der Lage sein soll, den Kampfauftrag mit moralischem Anstand und Gespür unter einen Hut zu bringen, muß ein Verteidigungsminister das wahrscheinlich als hinterhältig ansehen – da könnte man ja gleich mit Tucholsky fragen, warum man eine Handlung, die hier gefordert ist und als „Heldentat" belohnt wird, dort, hinter einer gedachten Linie, „Mord" nennt und hart bestraft!
Wie kann denn eine Armee auch einem politischen Auftrag gerecht werden, gesellschaftlich produktiv wirken?
Und wie kann die Bundeswehr junge Leute für Befehl und Gehorsam begeistern, für das Kriegshandwerk anwerben, wenn nicht durch eine verschleiernde und ent- (oder pseudo-) politisierte Selbstdarstellung? Dagegen steht die Forderung nach politischer Auseinandersetzung statt juristischer Ersatzhandlungen und populistischer Augenwischerei. Zurück zum Politischen! ist die Botschaft des Freispruches für *Ja, Morden,* die Moral der Geschichte von Hammelburg und die Warnung vor einem ebenso fragwürdigen wie gefährlichen Ehrenschutzgesetz für Soldaten.

Moriz Hoffmann-Axthelm
gekürzter Nachdruck aus:
Ästhetik und Kommunikation 98 (1997), S. 7-9

Berichte
- DDR-Verweigerer -

DDR-Kriegsdienst-verweigerer auch in der Neu-BRD weiter verfolgt

Die Geschichte der Kriegsdienstverweigerung von Oliver Blaudszun liest sich, als sei sie zu Propagandazwecken von Antimilitaristen erfunden worden und diese hätten mehr als dick aufgetragen. Leider beschreibt sie jedoch die wirkliche politische, militärische und juristische Verfolgung des Berliners - und nichts ist frei erfunden. Sie beginnt im März 1987 im Marzahner Wehrkreiskommando und endet erst mehr als 10 Jahre später vor dem Kammergericht Berlin. Mit einem Freispruch.

Am 27.3. 1987 verweigert Oliver - siebzehnjährig - bei seiner Musterung im Wehrkreiskommando Marzahn den Wehrdienst in der Nationalen Volksarmee der DDR und den waffenlosen Dienst als Bausoldat. Er begründet diese totale Verweigerung politisch - als Weigerung, für ein totalitäres Regime zu kämpfen, und als Konsequenz aus seiner strikten Ablehnung jeglicher Gewalt. Er fügt hinzu, daß er in keiner Armee, in keinem Land zu keiner Zeit den Wehrdienst leisten wird...

1988 stellt er einen Ausreiseantrag in die Bundesrepublik und versucht, als dieser abgelehnt wird, die Flucht in den Westen. Oliver wird geschnappt und muß bis zum 13. November 1989 - vier Tage nach der deutsch-deutschen Grenzöffnung - im DDR-Strafvollzug seine Strafe von einem Jahr und fünf Monaten wegen „illegalen Grenzübertritts" verbüßen.
Nach seiner Entlassung wird er vom bundesdeutschen Staat als politisch Verfolgter anerkannt. Oliver geht nach Portugal und glaubt das finstere Kapitel von Verfolgung und Repression ein für allemal beendet.

Doch 1993 wird durch Wehrbürokratie und Justiz der Bundesrepublik ein neues Kapitel der Mißachtung seiner Grundrechte aufgeschlagen: Die Bundeswehr beruft Oliver auf der Grundlage der NVA-Musterung von 1987 für den 3. Januar 1994 zum Grundwehrdienst ein. Er bemüht sich - unter Hinweis auf seine politische Verfolgung und die verbüßte Haftstrafe - um die Aufhebung der Einberufung, bekräftigt wiederum seine Verweigerung. Vergeblich. Er gilt nach Wehrstrafgesetz als fahnenflüchtig und wird schließlich mit Haftbefehl gesucht.
Als Oliver am 27.11.95 auf dem Flughafen Frankfurt/Main eintrifft, wird er festgenommen. Die fast drei Monate bis zur Hauptverhandlung muß er - trotz angebotener Bürgschaft seiner Großeltern und vielfältiger Proteste von Unterstützer/innen - in Untersuchungshaft verbringen. Zu groß sei die Fluchtgefahr, lautet die Begründung der Behörden.
Zur Verhandlung am 22.1.1996 vor dem Amtsgericht Tiergarten kann sein Verteidiger nach Akteneinsicht bei der Gauck-Behörde Vermerke beibringen, die Olivers frühere Verweigerung gegenüber dem Wehrkreiskommando Berlin belegen. Eine Verfügung des Frauenministeriums vom Juni 1991 besagt, daß Wehrpflichtige, die in der DDR den Dienst mit der Waffe verweigert und vor den bundesdeutschen Behörden erklärt haben, daß sie noch immer verweigern wollen, als anerkannte Kriegsdienstverweigerer zu behandeln sind. Deshalb entbehre Olivers Einberufung jeglicher rechtlicher Grundlage. Nicht nur dies, sondern auch die Geschichte von Olivers politischer Verfolgung ignoriert der Richter und verurteilt ihn wegen vollendeter Fahnenflucht zu drei Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung.

In der Berufungsverhandlung am 30. Oktober letzten Jahres vor dem Landgericht Berlin erfährt die Tatsache, daß Olivers Einberufung unrechtmäßig ist, zwar juristische Würdigung - das Gericht stellt aber fest, er selbst habe dies nicht gewußt und sich somit des „untauglichen Versuchs der Wehrdienstverweigerung" strafbar gemacht. Das soll heißen, er hat sich dem Wehrdienst in dem „falschen Wissen" entzogen, sich einer Straftat - der Fahnenflucht - schuldig zu machen. Dieser Versuch einer Straftat ist strafbar, obwohl tatsächlich keine Straftat vorliegt.
(Diese Paragraphenschinderei ist nicht etwa das Hirngespinst überspannter, militär-allergischer Illoyaler; sie ist bittere Realität.)
Das Landgericht bleibt bei dem bereits im Januar festgelegten Strafmaß von drei Monaten auf Bewährung.

Im Revisionsverfahren am 28. Mai dieses Jahres erklärt der dritte Strafsenat des Kammergerichts in Berlin den Tatvorwurf der versuchten Fahnenflucht für juristisch nicht haltbar und hebt das Urteil des Landgerichts auf. Für die erlittene Untersuchungshaft spricht es Oliver eine Entschädigung zu.

Sabine Schaaf

TKDV

Totale Kriegsdienstverweigerung und Rechtsstaat
Bundeswehr und Justiz: doppelt fies

Totale Kriegsdienstverweigerung heißt nicht nur, „nicht hinzugehen". Es bedeutet auch die oft langwierige Auseinandersetzung mit der umfangreichen Materie, längere Zeit Arrest bei der Bundeswehr und unter Umständen Strafprozesse über mehrere Instanzen. Der ehemalige Herausgeber der TKDV-Zeitschrift OHNE UNS, Axel Krausse aus Magdeburg, hat nach über anderthalb Jahren Auseinandersetzung seit Ende August „Ruhe", der Strafprozeß ist rechtskräftig abgeschlossen und die Bundeswehr hat den Totalverweigerer entlassen.

Bei der Bundeswehr

Axel wurde zum 2. Januar 1996 zur Bundeswehr nach Halle einberufen. Er erschien erst am 17. Januar, um vorher noch eine Ausgabe von OHNE UNS fertigzustellen. In der Kaserne erklärte er, er werde keinen Befehlen folgen, und auch, warum er dies nicht tun werde.
Die Bundeswehr reagierte wie üblich, sprich: mit der Arretierung des Totalverweigerers. Zunächst für sieben Tage, anschließend für 14, 21 und 12 Tage. Der erste Arrest war mit der eigenmächtigen Abwesenheit bis zum 17. Januar, die nachfolgenden Arreste mit Gehorsamsverweigerungen begründet worden. Nach insgesamt 54 Arresttagen stimmte die 1. Kammer des Truppendienstgerichts Süd weiterem Arrest nicht mehr zu, da die disziplinarischen Mittel erschöpft seien.
Wäre die Bundeswehr zu diesem Zeitpunkt wie üblich fortgefahren, hätte sie ein Dienstverbot ausgesprochen, durch das dem Totalverweigerer verboten wird, was er bisher verweigerte, nämlich die Ausübung des Dienstes und das Tragen der Uniform. (1) Ein Dienstverbot wurde also nicht erteilt. Das hieß, sobald Axel die Kaserne verließ, machte er sich der „eigenmächtigen Abwesenheit" schuldig. Blieb er aber in der Kaserne und „gehorchte" den Befehlen nicht, beging er „Gehorsamsverweigerung". So häuften sich die Anklagepunkte bei der Staatsanwaltschaft.

Ist ein Richter nicht willig, so wähle den nächsten

Nachdem seit Anfang März 1996 kein Arrest mehr vollstreckbar erschien, zog es Axel vor, größere Zeiträume zu Hause zu verbringen. Dort belästigten ihn zunächst nur Telegramme, er solle doch bei seiner Einheit erscheinen. Am 12. Juli 1996 verlieh die Bundeswehr ihrem Ansinnen durch Feldjäger größeres Gewicht, die Axel schließlich nach Halle brachten. Dort wurde kein weiterer Arrest beantragt, so daß er erneut die Kaserne verlassen konnte. Zehn Tage später erfolgte das gleiche Spiel noch einmal, jetzt wurde Arrest beantragt. Die Bundeswehr hatte den Urlaub des Richters, der keinem weiteren Arrest mehr zustimmen wollte, abgewartet, so daß nun eine Vertretungskammer des Truppendienstgerichts zuständig war. Diese erteilte einem weiteren 21tägigen Arrest die Zustimmung, obwohl offensichtlich rechtswidrig.(2) Axels Beschwerde gegen diesen Arrest wurde jedoch von dem gleichen Vorsitzenden zurückgewiesen, der einer erneuten Arretierung zugestimmt hatte, wenige Tage, bevor der ursprünglich zuständige Richter aus seinem Urlaub zurückkehrte. Hier wird die Problematik der Regelung besonders deutlich, daß über Beschwerden gegen Arrestzustimmungen durch einen Truppendienstrichter derselbe Richter entscheidet - Willkür und Rechtsbeugung wird Tür und Tor geöffnet. Axel war aufgrund dieser unglaublichen Vorgänge in den Hungerstreik getreten, so daß nach gut einer Woche der Arrest unterbrochen und Axel in ein Bundeswehrkrankenhaus überführt wurde. Von dort konnte Axel sich absetzen und fast ein Jahr dem erneuten Zugriff der Bundeswehr entgehen. In dieser Zeit fanden die beiden nachfolgend beschriebenen Strafprozesse statt.

In der ersten Instanz

Am 16. Dezember 96 kam es zum ersten Strafprozeß gegen Axel. Die Staatsanwaltschaft hatte zwei Anklagen mit insgesamt fünf „Einzeltaten" eingereicht, zweimal wegen „eigenmächtiger Abwesenheit", dreimal wegen „Gehorsamsverweigerung". Das Amtsgericht Halle bewertete die „Gehorsamsverweigerungen" tateinheitlich, d.h., es sah in Axels Vorgehen „immer wieder den zuvor gefaßten Entschluß bestätigt, keinerlei Befehle auszuführen und insbesondere nicht seinen Dienst zu beginnen, ohne daß er zwischenzeitlich einen neuen Tatentschluß gefaßt hätte". Das wiederum bedeutet, daß diese „mehreren" Handlungen nur als eine einzige bewertet werden. Demgegenüber sah das Amtsgericht die Abwesenheiten keineswegs als in dieser Tateinheit stehend an, obwohl es auf der Hand liegt, daß Axels gesamtes Verhalten, also auch das Verlassen der Kaserne, ohne „einen neuen Tatentschluß" erfolgte und nur darauf beruhte, keinerlei Kriegsdienst leisten zu wollen. So bewertete das Amtsgericht Axels Vorgehen als drei Straftaten (Abwesenheit, Gehorsamsverweigerung und anschließend wieder Abwesenheit). Das Amtsgericht verhängte insgesamt 140 Tagessätze.

Bei der Strafzumessung beging der Richter gleich mehrere grundsätzliche Fehler. So sei etwa bei der

(1) Die Militärs schlugen eine härtere Linie ein, vermutlich auch aus Verärgerung darüber, daß die 1. Kammer des Truppendienstgerichts Süd „so früh", nach 54 Tagen, einer weiteren Arrestverhängung einen Riegel vorgeschoben hatte. Waren zwischen 1970 und 1994 bei der Bundeswehr 63 Arresttage „normal", so versucht das Truppendienstgericht Nord seit 1994, diese Zeit auf etwa 84 Tage auszudehnen. (2) Wenn einmal rechtskräftig festgestellt worden ist, daß die disziplinarischen Möglichkeiten erschöpft sind, so darf schon aus Gründen der Rechtssicherheit auch kein anderer Richter das Gegenteil feststellen.

Gehorsamsverweigerung „zu Lasten des Angeklagten die große Anzahl von Einzelakten" zu berücksichtigen. Wenn aber mehrere Taten als „Tateinheit" betrachtet werden, spielt es gerade keine Rolle, wie häufig sich ein Uniformierter vor Axel aufgebaut und die Einkleidung befohlen hat. Sonst könnte, und gerade hiergegen wendet sich ja die Idee der „Tateinheit", die Bundeswehr alle zwei Minuten einen Befehl erteilen, um das Strafmaß zu erhöhen. Im Gegenzug wertete das Amtsgericht den von Axel bereits verbüßten Disziplinararrest „strafmildernd". Auch dies ist - hier allerdings zu Axels Gunsten - strafrechtlicher Unfug, da Disziplinararrest prinzipiell auf eine zu verhängende Strafe anzurechnen ist. In der Rechtsprechung bisher ungeklärt ist allerdings, ob auch Disziplinararresttage auf Geldstrafen (die in Tagessätzen verhängt werden) anzurechnen sind (auf Freiheitsstrafen sind sie es). Es ist nicht einzusehen, warum dies nicht der Fall sein sollte, da ansonsten derjenige „der Dumme" ist, der „milder" (also mit Geld- statt Freiheitsstrafe) bestraft wird.

Das Amtsgericht erkannte auch, daß Axel aufgrund einer „ein für allemal getroffenen Gewissensentscheidung, weder den Wehrdienst abzuleisten noch einen Antrag auf Anerkennung als Wehrdienstverweigerer zu stellen", gehandelt habe. Gerade dieser Umstand hätte dazu führen können und müssen, alle Einzeltaten als einheitlich zu bewerten.

Im übrigen hat das Amtsgericht Halle durchaus progressive Schlüsse in seinem Urteil gezogen, die sonst selten zu lesen sind. Es verneinte „besondere Umstände", die zur zwingenden Verhängung einer Freiheits- statt einer Geldstrafe führen. „Im Gegenteil", so das Gericht, sei es „der Auffassung, daß jemand wie der Angeklagte, der aus einem ernsthaften Bekenntnis zur Gewaltfreiheit heraus eine Straftat in gewaltfreier, niemandem persönlich wehtuender Art und Weise begeht, die keinen meßbaren oder bezifferbaren Schaden verursacht, nicht ins Gefängnis gehört. Die Verhängung einer Freiheitsstrafe in einem derartigen Fall wäre unverhältnismäßig". Außerdem hätten die „disziplinarischen Belange der Bundeswehr hinter der ernsthaften Gewissensentscheidung des Angeklagten zurückstehen" müssen - eine Auffassung, die sich unmittelbar aus Art. 4 Abs. 1 GG (Garantie der Gewissensfreiheit) ergibt, aber fast nie Beachtung findet.

Das Amtsgericht verurteilte Axel nicht zu den oben erwähnten 140 Tagessätzen, sondern verwarnte ihn lediglich und behielt die Verurteilung zu dieser Strafe vor - unsauber gesprochen, eine „Geldstrafe auf Bewährung". Interessant ist, daß das Gericht die Auffassung, Axel werde sich nicht wieder strafbar machen, aus der Erkenntnis zog, daß es sich bei weiteren formalen Straftaten „um eine erneute Betätigung jener auf Dauer gefaßten Gewissensentscheidung" handeln würde, „die bereits zu dem Schuldspruch in diesem Verfahren geführt hat". Hier drängt sich die Frage auf, was gewesen wäre, wenn dieser Strafprozeß gleich im Anschluß an die erste Abwesenheit erfolgt wäre?! Dann wäre der Richter nur zu einer (vorbehaltenen) Strafe von 40 Tagessätzen gekommen und hätte wiederum formuliert, daß weitere „Taten" wegen des Verbots der Doppelbestrafung (Art. 103 Abs. 3 GG) nicht mehr verfolgt werden könnten. Offensichtlich war dem Amtsgericht bekannt, daß die Bundeswehr sich erst mit einer Freiheitsstrafe von sieben Monaten zufrieden gibt (der sogenannte „Rühe-Erlaß" seit dem 1. Januar 96). Das Gericht verwahrte sich ausdrücklich davor, „Freiheitsstrafen in bestimmter Höhe ohne oder mit Bewährung" zu verhängen, denn eine „Strafzumessung nach vorgegebenen 'Sätzen' oder 'Taxen'" sei unzulässig (so bereits von Oberlandesgerichten entschieden).

Zu wenig für die Staatsanwaltschaft...

Die Staatsanwaltschaft legte gegen dieses Urteil Berufung ein. Auch das Landgericht Halle gelangte in der Hauptverhandlung am 11. Juni 97 zu dem fehlerhaften Schluß, daß die große Anzahl der Einzeltaten der Gehorsamsverweigerung strafschärfend zu berücksichtigen" sei. „Aufgrund besonderer Umstände" sei „bei allen Taten die Verhängung einer Freiheitsstrafe ... geboten." Das Landgericht schloß sich der Auffassung an, „daß den vom Angeklagten verübten Taten eine Gewissensentscheidung zugrunde lag". Der Umstand der „Gewissenstäterschaft" darf aber niemals zuungunsten des Angeklagten gewertet werden. Das Landgericht verhängte nun zwei, vier und noch einmal zwei Monate Knast für die Einzeltaten, die es zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von sechs Monaten auf Bewährung zusammenzog. Die Staatsanwaltschaft hatte in ihrem Plädoyer die von Rühe geforderte Strafe von sieben Monaten beantragt. Gegen das Urteil legte keine der beiden Seiten Revision ein. Es ist am 19. Juni 1997 rechtskräftig geworden.

...und zu wenig für die Bundeswehr

Nun war wieder die Armee am Zuge. Offensichtlich enttäuscht von der „laschen" Strafe schickte sie am 14. Juli 1997 erneut die Feldjäger - wiederum der Tag des Urlaubsbeginns des Truppendienstrichters, der über ein Jahr zuvor keinen weiteren Arrest mehr genehmigt hatte. Axel hatte mehrere Nachdienverfügungen bekommen, so daß er immer noch offiziell als „Soldat" galt. Wohl in blinder Wut versuchten die Kommandeure in Halle,

Kurzzeitige Besetzung des Truppendienstgerichtes in Potsdam am 3.7.95
Foto: Rainer Raeder

Hartenstein und Petersen, nun den Rest des Arrestes zu vollstrecken, aus dem Axel ein Jahr zuvor fliehen konnte; ein weiterer Arrest wurde beantragt, aber scheinbar später zurückgezogen oder tatsächlich nicht mehr genehmigt. Der Arrest vom letzten Jahr war bereits verjährt - spätestens sechs Monate nach dem zurückweisenden Beschwerdebeschluß des Truppendienstgerichtes durfte er nicht mehr vollstreckt werden. Auf diese Rechtslage wurde die Bundeswehr auch von Axel selbst und von der Totalverweigerer-Initiative Braunschweig noch am Tag der Festnahme aufmerksam gemacht. Doch die Kommandeure ließen sich von ihrem Vorhaben nicht abbringen und begannen, den Arrest zu vollstrecken.

In Halle selbst befinden sich keine Arrestzellen, so daß Axel wie zuvor in andere Kasernen gebracht werden mußte. An zwei Orten hatte mensch die Nase schon voll, weil Demonstrationen jeweils für eine gewisse Unruhe und Sachbeschädigungen gesorgt hatten. Nun wurde Axel nach Holzdorf verlegt, der dortige Kommandant aber nicht über die prekäre Situation aufgeklärt. Als der Kommandant dann am 16. Juli 1997 von den Einzelheiten erfuhr - und ihm damit auch klar wurde, daß er sich an einer Straftat beteiligte - beendete dieser den Arrest unverzüglich und ließ Axel aus Halle wieder abholen; nicht ohne vorher beschlossen zu haben, während seiner Amtszeit keine weiteren Arrestanten aus Halle aufzunehmen. Inzwischen war bei der Staatsanwaltschaft Halle Strafanzeige gegen Hartenstein und Petersen wegen „Vollstreckung gegen Unschuldige" gestellt worden, immerhin eine Straftat, die mit einer im Strafmaß erhöhten Mindeststrafe bedroht ist (drei Monate bis fünf Jahre Knast). Nun gab auch die Bundeswehr in Halle klein bei und ließ Axel laufen.

Ende August wollten sie sich aber noch einmal rächen: Es erschienen Feldjäger, die Axel unter Androhung von „unmittelbarem Zwang" nach Halle brachten, wo er mit zwei Unterschriften seine Entlassung besiegeln konnte.

Wer auf welcher Seite steht...

Interessant ist, daß der Richter am Amtsgericht Halle, der ein zwar in Teilen massiv rechtsfehlerhaftes, unterm Strich aber dennoch progressives Urteil verfaßte, ehemaliger Wehrdienstleistender war, während der Vorsitzende Richter am Landgericht, der die Strafe deutlich verschärfte, zuvor Zivildienst geleistet hatte.
Es bleibt nun abzuwarten, ob die Staatsanwaltschaft die Kommandeure mit der gleichen Härte zu verfolgen versucht, die sie gegenüber Antimilitaristen an den Tag legt.

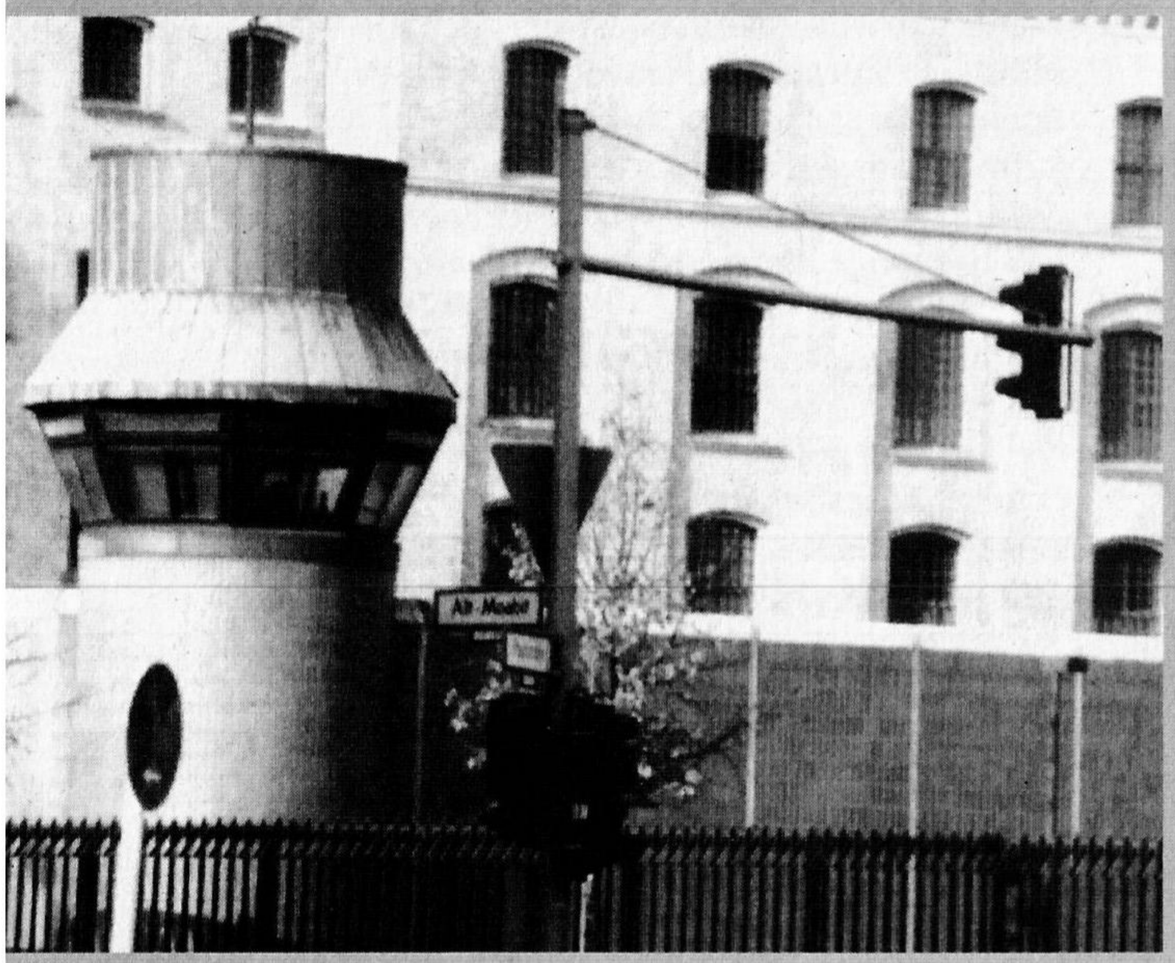
Detlev Beutner

TKDV

- Knastbericht -

Knast-Bericht von Heiko Thiele, Totalverweigerer aus Celle

Heiko Thiele trat seinen Bundeswehr-Dienst nicht an und wurde deswegen zu sieben Monaten Knast verurteilt. (die Redaktion)



Knastanstalt in Berlin
Foto: Privat

Am 19. November 1996 verurteilte mich das Landgericht Hildesheim in der Berufungs-verhandlung zu 7 Monaten Knast ohne Bewährung, wobei drei mal 21 Tage abgesessener Bundeswehr-Arrest angerechnet wurden.
Mein Anwalt faßte den Verlauf des Verfahrens in seinem Plädoyer treffend zusammen: „Genauso würde ich mir ein Militärgericht vorstellen". Meine Revision wurde vom Oberlandesgericht Celle als „offensichtlich unbegründet" verworfen.
Staatsanfall Hummelsiep wollte die Haft dann absolut nicht bis zur Entscheidung über die von mir eingelegte Verfassungsbeschwerde aufschieben. Eine einstweilige Anordnung hiergegen lehnte das Bundesverfassungsgericht ab.
So begab ich mich am 14. Mai 1997 in den Burgdorfer Knast, eine Anstalt des offenen Vollzugs. Die Gefangenen können sich tagsüber auf dem Gelände bewegen. Nachts werden die einzelnen Häuser abgeschlossen, die Fenster haben keine Gitter. Wöchentlich gibt es 2 $^1/_2$ Stunden Gelegenheit, Besuch zu empfangen, und fast täglich Gelegenheit zum Einkauf. Vier Telefonzellen stehen den Gefangenen zur Verfügung. Dreimal täglich ist „Zählung"; die Gefangenen müssen sich vor ihre Zellentür stellen, und der Wärter zählt durch. In den Zellen wird auf quasimilitärische „Ordnung und Sauberkeit" geachtet.
Die Gefangenen haben verstärkte Angst vor einem „Abschuß" in den geschlossenen Vollzug und legen ein erschreckendes Maß an vorauseilendem Gehorsam an den Tag. Hierdurch verwöhnt halten die Wärter schon das kleinste Anzeichen einer eigenen Meinung für etwas ähnliches wie Hochverrat. Als jemand einen Brief „an den politischen Gefangenen Heiko Thiele" schrieb, hieß es, politische Gefangene gäbe es hier nicht und beim nächsten Mal würde so ein Brief zurückgeschickt.
Für Gefangene besteht Arbeitszwang. Als ich anmerkte, nicht zu „Arbeitslager", sondern zu „Freiheitsstrafe" verurteilt zu sein, wurde mir gleich mit einem Disziplinarverfahren gedroht.
Da mir zugesichert wurde, nach 4 Wochen Freigang zur Uni zu bekommen, kam ich dem Arbeitszwang nach. Ich mußte für einen Betrieb Papphüllen falten. Für die stumpfsinnige Arbeit gibt es lächerliche 10 DM/Tag. Schließlich kam, was mir einige Mitgefangene schon ausgiebig orakelt hatten. Am 5. Juni wurde mir erklärt, ich sei für den offenen Vollzug nicht mehr geeignet, da ich zu langsam arbeite und meinen Mitgefangenen ein schlechtes Vorbild abgäbe.
Sie brachten mich ins Transporthaus der JVA Hannover, wo ich täglich 23 Stunden eine ziemlich eklige Zelle auch noch mit einem alten Nazi teilen mußte.
Am 10. Juni kam ich dann in den geschlossenen Vollzug nach Uelzen. Der Knast ist mit einer 5 Meter hohen Mauer plus Natodraht gesichert. Es gibt im Monat nur einmal Besuch und ebensooft begrenzten Einkauf. Das Telefonieren ist auf dreimal pro Woche unter Aufsicht beschränkt. Es gibt eine Stunde Hofgang, nachts sind die Zellen abgeschlossen. Da hier „Wohngruppenvollzug" ist, können sich die Gefangenen in den Häusern bewegen. Der sehr nervige Umstand, wegen jeder Kleinigkeit einen Antrag schreiben zu müssen, nahm hier noch zu. Der Knast umfängt einen ständig, mensch ist ihm ausgeliefert. Viele SchließerInnen geben sich größte Mühe, das zu zeigen. Auch hier waren viele Ex-Soldaten und dementsprechende Diskussionen. Einer meinte z. B., er sei 13 Jahre beim Bund gewesen und hätte sich auch nie in Kriege einplanen lassen - also könne ich das ja wohl nicht von Zivis behaupten.
Das Verhältnis der Gefangenen untereinander ist meist gespannt und distanziert. Schließlich lebt mann zwangsweise auf engstem Raum zusammen. Ich hatte zum Glück eine Einzelzelle und konnte überraschenderweise erwirken, daß ich, statt zu arbeiten, eine Hausarbeit für die Uni anfertigen konnte.
Trotz negativer Stellungnahmen von Staatsanfall und Burgdorfer Knast verfügte das Gericht meine 2/3-Entlassung zum 30. Juli. Der Staatsanfall legte hiergegen zwar sofortige Beschwerde mit aufschiebender Wirkung ein. Diese zog er jedoch am 1. August zurück, so daß ich einen Tag nach dem 2/3 Termin die Freiheit wiedererlangte.
Die restlichen 2 $^1/_2$ Monate sind auf drei Jahre (!) zur Bewährung ausgesetzt.

LeserInnen
- Briefe -

Betrifft:„Was können Ärzte im Krieg verweigern“ in 0/97

(...) Was wollen mir die Autoren sagen? Daß Ärzte nicht verweigern können, weil sie eine besondere Spezies sind? Daß es die Pflicht von Ärzten ist, „hinzugehen"? Daß ein Arzt im Kriegsfall jedem „Patienten“ eine Rede hält?
Das kann ja wohl nicht wahr sein!
1.„... da der Krieg allgegenwärtig sein wird“ - ja sicher doch! Und wieso soll das nur für Ärzte gelten? Jeder, der sich dem Kriegsdienst verweigert, muß seitens des Staates mit Repressalien rechnen, dessen Vorgehensweise ist bekannt und tausendfach angewandt. Und immer setzt eine totale Verweigerung ein politisches Zeichen.
2. Kriegsprophylaxe: Wenn sich die Autoren auf den Hippokratischen Eid berufen, so kann es doch wohl nur eine Schlußfolgerung geben: Jeder Arzt müßte aufgrund eben dieses Eides den Wehrdienst verweigern. Wehrdienst heißt Töten lernen. Der Eid aber fordert, für das Leben einzustehen. Nur das offene politische Bekenntnis, die Verweigerung des Wahnsinns ist „Sand im Getriebe des Militärs“.
3. Die Überlegungen, welche Triage anzuwenden ist, finde ich einfach absurd. Was soll das? Wer sich auf diese Argumentation einläßt, ist den Militärs schon auf den Leim gekrochen!
Claudia Unger, Berlin

Betrifft:„Sternhimmel“ in 0/97

(...) Im Layout ein Verschnitt zwischen stachligen Argumenten und der antimilitaristischen Zeitschrift tilt. Die *illoyal* - die Mitherausgeberschaft der alten tilt wurde nach längeren berechtigten inhaltlichen und organisatorischen Auseinandersetzungen aufgekündigt - führte zu dem neuen Produkt am Sternhimmel der antimilitaristischen Arbeit.
(...) Der *illoyal* mangelt‘s sicherlich noch an einigem! Wer entschied über den Namen? Kein Hinweis oder Erklärung! Sollte dies nicht in der Zeitschrift nochmals diskutiert werden? Es fehlt ein offenes Diskussionsforum, die Möglichkeit des Meinungsaustausches, die Transparenz der redaktionellen Arbeit. Wo und wann tagt die Redaktion? - War nicht Transparenz gerade eine wesentliche Kritik an der tilt?
Wenn ich in den karikierenden, satirischen Stil mancher Artikel verfallen wollte: Der politische Gegner ist stark und sehr straff und hierarchisch organisiert, und wir müssen es ihm gleich tun!
illoyal verkaufen - Loyalität voraussetzen oder einfach nur: „Ja. Dienen"!
Ich hoffe, die 0-Nummer wird von vielen Seiten kritisiert, und die Macher nutzen die Chance, ihre Fesseln zu verlieren und nicht in den Geruch zu kommen, *illoyal* zu einem selbstgefälligen Organ, einem Selbstbeweihräucherungsinstrument mit vielen wohlfeilen Gerüchen geschaffen zu haben.
Lothar Eberhardt, Berlin

BRIEFE VON LESERINNEN UND LESERN SIND UNS WILLKOMMEN. ABDRUCK UND EVENTUELLE KÜRZUNG BEHALTEN WIR UNS VOR.
DIE REDAKTION.

Ja, ich abonniere ***illoyal***! ab dem Heft Nr. _____

Den Betrag in Höhe von DM 20,00 habe ich auf das Konto Nr. 741834109
bei der Postbank NL Berlin BLZ 10010010 unter dem Stichwort Journal überwiesen.
Das Abo gilt für 4 Ausgaben und verlängert sich ohne Kündigung automatisch.

Datum Unterschrift

Für Mitglieder im Verein Mit uns gegen die Wehrpflicht ist der Bezug von *illoyal* im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Alle anderen, die *illoyal* abonnieren wollen, schneiden den Coupon bitte aus und senden ihn ausgefüllt an:
Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V. • Redaktion *illoyal* • Oranienstr. 25 • 10999 Berlin

Innenansichten

- FREIe HEIDe -

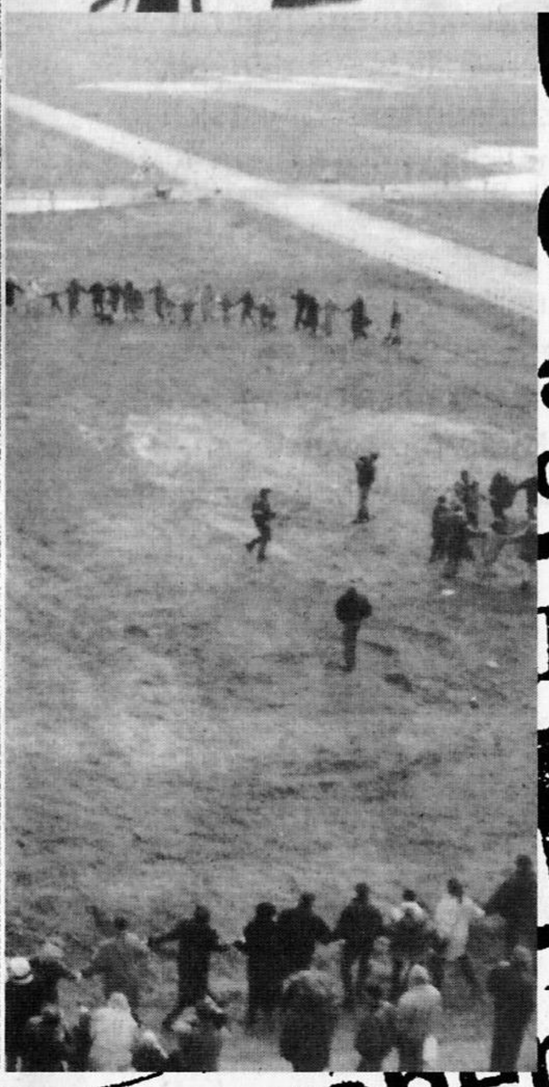
Keine Bomben auf die Wittstock-Ruppiner Heide

Im August wurde die Bürgerinitiative FREIe HEIDe fünf Jahre alt. Wir wehren uns gegen die Bundeswehr, die die GUS-Truppen beerben und zwischen dem romantischen Rheinsberg, Wittstock und Neuruppin bei Berlin einen Luft-Boden-Schießplatz übernehmen und für ihre Zwecke einrichten will. Das Gelände wurde zu Stalins Zeiten enteignet, bis in die 80er Jahre erweitert und diente dem Kalten Krieg.

Neben Transparenten und Schildern in jedem Dorf waren bis ins vergangene Jahr monatliche Protestwanderungen von jeweils einer Dorfkirche bis zur Platzgrenze die sichtbaren Zeichen des Protests. Sie wurden durch geschnitzte Mahnsäulen an allen Demo-Orten dauerhaft gemacht. Seit die Bundeswehr dort fliegt, experimentieren wir mit Formen des zivilen Ungehorsams, die den Willen zu dauerhaftem Widerstand glaubhaft machen. Inzwischen haben sich Unternehmer der Region, die den Widerstand unterstützen, zum Verein „Pro Heide" zusammengetan. Damit reagieren die Unternehmen auf Hoffnungen einer Wittstocker Initiative „Pro Bundeswehr", daß mit der Bundeswehr Arbeitsplätze nach Wittstock kommen könnten.

Der Einigungsvertrag gibt den Kriegern kein Recht zur Weiternutzung des Platzes, wie das Verwaltungsgericht Potsdam im August 1996 klärte. Die Bundeswehr soll förmliche Planungsverfahren gemäß §1 Absatz 2.3. ihres Landbeschaffungsgesetzes einleiten. Sie sollen genauso häßlich enteignen wie Stalin, nur mit rechtsstaatlichem Trauerkranz. Die Gerichte dürfen jedoch nicht die Enteignung an sich prüfen, sondern nur Detailfragen klären.

Scharping und Stolpe unterstützen das Ziel der Bürgerinitiative verbal. Real läßt der eine die Bundestagsfraktion der Flächenplanung Rühes, das Bombodrom Wittstock wohlgemerkt eingeschlossen, kommentarlos zustimmen. Der andere verzichtet bewußt und „nach Abwäung" auf Rückübertragung von etwa 70 Prozent des Geländes an das Land Brandenburg. Erst dadurch bekam die Bundeswehr einen rechtsstaatlichen Hauch für ihre von Anfang an illegale Anwesenheit dort. Aber es gibt noch genug kommunale und private Ansprüche an das Gelände. Zu verhindern ist dieser Luft-Boden-Schießplatz jedoch nur politisch, da die Militärs mit ihrem Landbeschaffungsgesetz von 1958 (zur Hochzeit des Kalten Krieges) sich schließlich immer durchsetzen können, solange die „hohe Politik" mitspielt. Und die tut es nur, solange die Wählerbasis und der Bürgerwille manipulierbar bleiben.



Wir haben ein Büro eingerichtet, weil der notwendig weltweite politische Wirkungszusammenhang aus der Wohnstube nur unzureichend propagierbar ist. Alle, die Interesse haben, mitzuarbeiten oder uns durch Spenden zu unterstützen, ihre büro-technischen oder organisatorischen Fähigkeiten einzusetzen, sind herzlich willkommen und wenden sich an:

Bürgerinitiative
FREIE HEIDE
Kyritz - Wittstock - Ruppin

Robert-Koch-Str. 7
16816 Neuruppin
Tel. (03391) 398047

Die Bombenflieger gehen jetzt vor das Oberverwaltungsgericht. Sie wollen das lange Planungsverfahren vermeiden, das dann auch anderen Militärstandorten in einst russischer Regie droht. Die Bundeswehr kostet es nichts, ein Griff in die Steuerkasse - Militärs finden immer was drin. Die BI FREIe HEIDe muß dagegen den Klägern in ihren Reihen helfen, etwa 100.000 Mark für den Rechtsstaat aufzubringen.

Das besondere Interesse militarisierter Politik an dem riesigen Areal entstand durch die Neue NATO. Die NATO wird auch hier bei Wittstock üben, obwohl Bonn jetzt noch sanft dementiert. Panzerverbände spekulieren schon mit Übungen am und im Dranser See. Auch die Colbitz-Letzlinger Heide nördlich von Magdeburg ist nur einen Katzensprung vom Bombodrom entfernt. Ist das nicht die beste Voraussetzung für Kooperationsübungen von Hubschraubern, Springern, Panzern und Jagdbombern?

Wir sehen, daß „große" Politik nirgends Rücksicht auf eine zivile Entwicklung und Arbeit für ein erträgliches Leben nimmt. Deshalb haben wir Verbindung zur BI am Bombenplatz Nordhorn, zu Gorleben und Menschen- und Bürgerrechtsgruppen aufgenommen. Wir wissen, daß nur umfassende Verteidigung der Bürgerrechte auch uns als betroffene Minderheit gegen staatliche Übergriffe schützen kann.

Viele von uns sehen ihren Widerstand nicht nur in eigenen Belastungen begründet. Sie sehen, daß andere Menschen irgendwo in der Welt ein Vielfaches an Leid erwartet, wenn die Bombergesellen ihr Meisterstück abgeben. Zivile Opfer sind die Regel. Durch Bomber ist nie etwas oder jemand „verteidigt", sondern immer nur zerstört worden. Wir lassen das nicht zu, denn wir sind oberster Souverän und hauptverantwortlich, nicht unsere „Repräsentanten".

Das Landbeschaffungsgesetz der Bundeswehr muß weg! Es ist ein längst überfälliges Relikt des Kalten Krieges. Nach dessen Beendigung ist es eine ständige Bedrohung unserer grundgesetzlich garantierten Menschen- und Bürgerrechte.

Ulrich Görlitz

Protestwanderungen „Auf dem Weg zur FREIen HEIDe" am 11.10.92, 11.4.93, 15.8.92 und Aktionstag am 27.1292 (Tanzen auf dem Schießplatz)

Geschichte von unten
Potsdamer Verein beruft sich auf antimilitaristische Traditionen

Deserteursdenkmal
Foto: Michael Behrendt

Der Mensch hat kein Recht, seinen Mitmenschen zu töten, und er ist nicht entschuldigt, wenn er es in Uniform tut. Damit fügt er lediglich dem Verbrechen des Mordes die Schande der Knechtschaft zu.
Percy Bysshe Shelley
(1792 - 1822)

Es ist nicht erst seit heute bekannt und hat sich rumgesprochen, daß Soldaten auch Mörder sind. Diejenigen, die davongelaufen sind, die Gejagten, die Beschimpften, die Geschlagenen, die Ermordeten, die bis heute Verleumdeten - die Deserteure wußten, wovor sie fliehen. An die, die sich „dem Allerabscheulichsten“ (Voltaire) entzogen, erinnert das „Denkmal für die unbekannten Deserteure“ des türkischen Bildhauers Mehmet Aksoy. Der „Stein des Anstoßes“, wie es auch genannt wird, steht auf dem Platz der Einheit in Potsdam. Aus weißem Marmor bricht der Umriß eines Menschen, eines Fliehenden. Sein Körper fehlt im Block.

Die Ungehorsamen und Verweigerer wurden von den Mächtigen dieses Landes noch nie geliebt oder auch nur geduldet. Dem Stein ihnen zu Ehren erging es ähnlich. Nach einer unwürdigen Reise durch einige deutsche Städte, wo das Denkmal zum Teil nur stundenweise den öffentlichen Raum „besudeln“ durfte, fand es 1991 einen festen Platz in Potsdam. Nicht ohne Widerstand insbesondere einiger „Aufrechter“, die ihre Jugend für Führer und Vaterland im Schützengraben zubrachten, wie sich denken läßt.

Dennoch: Es steht hier und braucht einen Förderverein. Weil Antimilitarismus nicht mit der Aufstellung und Betreuung von Denkmalen aufhört, widmet sich der Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen in der Stadt Potsdam e.V. noch verschiedenen anderen Projekten. Denn außer langen Namen machen wir noch mehr.

So forschen gegenwärtig einige Mitglieder dem Leben und Wirken Moritz von Egidys in Potsdam und Umgebung nach. Moritz von Egidy, der einer eingefleischten Militaristenfamilie entstammte und selber Offizier beim preußischen Militär war, machte sich inmitten seiner militärischen Laufbahn „Ernste Gedanken“ (so der Titel seiner ersten Veröffentlichung): Die „Ernsten Gedanken“ zeigen, daß er begriff, worum es beim Strammstehen und Marschieren ging. Die Folge war seine Entlassung und eine von nun an währende Bespitzelung durch das preußische Innenministerium. Von Egidy avancierte zu einem der bedeutendsten Vertreter des deutschen Pazifismus vor der Jahrhundertwende. Seine Grabstelle befindet sich in Potsdam, sein Tod jährt sich im kommenden Jahr zum 100. Mal.

In Zusammenarbeit mit einem Projekttutorium der Uni Potsdam soll dem Phänomen der Desertion in der Potsdamer Garnison im 18. Jahrhundert nachgegangen werden. Das Projekt zielt auf eine sozialkritische Betrachtung, die sich nicht an Monarchen und dergleichen festbeißt, es forscht nach „Geschichte von unten“. Das Projekttutorium findet im kommenden Wintersemester 97/98 statt.

Potsdam und (Anti-)Militarismus wird auch das Thema eines anspruchsvollen Videoprojektes sein, das im kommenden Jahr in Zusammenarbeit mit Gymnasiasten der Stadt verwirklicht werden soll. Eine schon bestehende SchülerInnen-AG will sich dem Thema auf ungewöhnliche Weise nähern. Auf das Ergebnis darf jedeR gespannt sein.

Kurz und gut: Es gibt uns, und hoffentlich lädt nicht nur der Name zum Stolpern ein. Wir suchen noch MitstreiterInnen, Ideen und natürlich Geld. Ihr wißt ja, wie schnell derzeit die Fördertöpfe versiegen. Wenn ihr eines der drei oder gar alles habt, schreibt uns oder ruft an: (0331) 2702426.

Jörg Kwapis

Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen
Lindenstr. 5
14467 Potsdam

Innenansichten
- Cottbus-

Kriegsdienstverweigerung und Desertion im Dritten Reich
Ausstellung in Cottbus

In der Oberkirche Cottbus wird vom 3. bis zum 27. November eine Ausstellung über „Kriegsdienstverweigerung und Desertion im Dritten Reich" zu sehen sein. (..)
Diese kleine und teilweise unbeachtete Ausstellung von der Friedensbibliothek / Antikriegsmuseum der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg widmet sich dem Schicksal von etwa 30 Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren aus dem Zweiten Weltkrieg. Sie zeigt Bilder und Texte von ihrem Lebensweg bis zur Ermordung. Neben der Vorstellung dieser Menschen werden Bilder vom Krieg gezeigt, welcher auf allen Seiten Zerstörung und Tote brachte. Die unterschiedlichen Motive ihres Handelns unter Berufung auf ihren Glauben oder aus politischer ‹berzeugung beleuchtet die Ausstellung sehr ausführlich und verst‰ndlich.
Sie verweigerten die Einberufung oder desertierten vor dem Befehl an die Front. Ohne diese mutige Entscheidung der vielen Männer wäre dieser Krieg vielleicht noch nach dem 8. Mai 1945 weiter gegangen. Durch die Nichtausführung der Befehle blieben Menschen am Leben, überlebten Dörfer, Brücken und Städte. Ihre Entscheidung, andere Menschen nicht töten zu wollen, bezahlten die meisten mit ihrem Leben. Die Überlebenden fanden als Außenseiter und Verfemte kaum Beachtung.
Sozialdemokraten, Kommunisten, evangelische und katholische Christen, Homosexuelle, Juden, Zeugen Jehovas und andere Menschen wurden als Spione und Wehrkraftzersetzer abgestempelt, sind immer noch vorbestraft und mußten versuchen, in ihren jeweiligen Umfeldern mit der Vergangenheit leben zu lernen.
Gegen diese Menschen fällte die deutsche Militärjustiz über 200.000 jetzt noch rechtskräftige Urteile, davon allein ca. 70.000 Kriegsgerichtsurteile. Hinzu kommen 7.000 Urteile des „zivilen" Volksgerichtshofs. Mehr als 22.000 Hinrichtungen sind bekannt, wahrscheinlich starben noch einmal so viele in Strafbataillonen. Die meisten von ihnen sind namenlos geblieben. Der Bundesgerichtshof bezeichnete die NS-Justiz als „Blutjustiz" und „institutionalisiertes Unrecht", aber bis heute ist kein einziger NS-Jurist von einem bundesrepublikanischen Gericht rechtskräftig verurteilt worden. Zwar wurde das Urteil der NS-Justiz gegen einen der bekanntesten Kriegsdienstverweigerer, Franz Jägerstätter, am 7. Mai 1997 vom Landgericht Berlin aufgehoben. An diesem Tag war er einer von 16 Kriegsdienstverweigerern, die ermordet wurden. Am 7. Mai 1997 hat das Landgericht Berlin dieses Urteil aufgehoben. Die Katholische Kirche hat seine Seligsprechung eingeleitet. Österreich widmete ihm zum 50. Todestag eine Briefmarke. Doch die knapp 300 heute noch lebenden Deserteure sind wegen ihrer Verurteilung durch die NS-Militärjustiz noch immer nicht rehabilitiert. Der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung verweigern die Aufhebung dieser Urteile. Die Betroffenen fordern die Unrechtserklärung aller Urteile der NS-Militärjustiz und der Sondergerichte sowie eine Gleichbehandlung und Entschädigung nach den Grundsätzen des Bundesentschädigungsgesetzes. Die neueste Entschlieflung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestags schränkt jedoch ein, anderes gelte,„wenn bei der Anlegung dieser Maßstäbe die der Verurteilung zugrundeliegenden Handlung auch heute Unrecht wäre". Ludwig Baumann, Vorsitzender der Bundesvereinigung der NS-Justizopfer befürchtet, daß durch diese Formulierung über die Hintertür die Einzelfallprüfung wieder eingeführt werden kann. Die Entschließungsformulierung erweckt den Eindruck, dafl die ergangenen NS-Unrechtsurteile Rechtscharakter haben. (*illoyal 0/97* berichtete.)
Das Anliegen der Ausstellung ist ein einfaches: Wenn es Hitlers Ziel war, das Andenken an diese Soldaten aus dem Gedächtnis zu löschen, so muß es unsere Aufgabe sein, sie für das Gedächtnis zurückzugewinnen. Der damalige „Ungehorsam", diese völlig menschlichen und positiven Entscheidungen für den Erhalt von Leben und Werten sind eine wichtige Erinnerung für die Zukunft. Diese Menschen müssen ihre Ehre durch Akzeptanz und Anerkennung zurückerhalten.
Die Ausstellungseröffnung ist am 2.11.97 um 17 Uhr. Parallel werden Filmabende, Führungen und Diskussionen stattfinden.

Lothar Lehmann

Informationen und Kontakt:
Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär Cottbus, Straße der Jugend 100, 03050 Cottbus, Tel.: 0355-23098

Im Rahmen der Austellung finden folgende Veranstaltungen statt:
• Film „Widerstanden, überlebt"
10. November, 19 Uhr, Oberkirche Cottbus
• Jugendabend: Film und Gespräch „Der unbequeme Weg" (Totalverweigerung)
13. November, 19.30 Uhr, Schloßkirche Cottbus
•Film „Einberufung" und Gesprächsrunde mit Zeitzeugen aus sechs Jahrzehnten
16. November, 18.00 Uhr, Oberkirche
• Film "Der unbequeme Weg"
24. November, 19 Uhr, Oberkirche

Mit uns gegen die Wehrpflicht

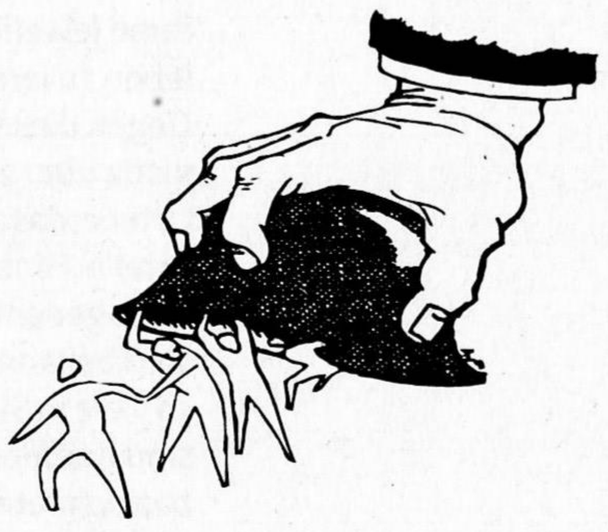
Deutsch-türkisches KDV-Projekt des Vereins erfolgreich

Etwa ein Jahr nach dem Start unseres Projekts „Kriegsdienstverweigerung deutsch-türkischer Doppelstaater und türkischer Staatsangehöriger" können erste Erfolge verzeichnet werden.
Zum Hintergrund: Die Türkei führt seit mehr als zehn Jahren einen mehr oder minder offenen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung und zieht dazu auch türkische Wehrpflichtige aus Deutschland ein. Im Ausland lebende Türken können sich mit 10.000 DM vom Militärdienst in der Türkei freikaufen. Diese Gelder fließen in die Kriegskasse. Eine legale Kriegsdienstverweigerung ist - trotz Unterzeichnung einer internationalen Resolution zur Einhaltung auch dieses Menschenrechts - in der Türkei nicht möglich. Es besteht jedoch ein Abkommen zwischen Deutschland und der Türkei, nach dem gegenseitig anerkannt wird, daß ein Doppelstaater die Wehrpflicht im jeweils anderen Land geleistet hat, was hier ja auch durch Zivildienst möglich ist. Genau hier setzt unser Projekt an mit dem Ziel, einer stetig wachsenden Zahl in Deutschland lebender junger Türken einen legalen Weg zur Kriegsdienstverweigerung aufzuzeigen.
Dank der Förderung durch die *European Human Rights Foundation (EHFR)* und durch weitere Spenden konnten wir 3.600 zweisprachige Broschüren Kriegsdienste verweigern - ASKERLiGi REDDEDELiM drucken lassen, von denen bereits ein großer Teil interessierte AbnehmerInnen gefunden hat. Die Broschüren sind im Vereinsbüro erhältlich. Die Informationen wurden bereits in mehreren deutschen Städten an die Adressaten gebracht, darunter in Dortmund, München und Hamburg. Eine weitere Veranstaltung ist für den 28. Oktober in Berlin geplant. Ziel der Seminare ist die Weiterverbreitung des Wissens über die KDV-Möglichkeiten durch die örtlichen Initiativen, sowohl durch deutsche als auch türkische Gruppen und Verbände.

Die erfreulichste Wirkung hatte ohne Zweifel die Informationsveranstaltung im türkischen Volkshaus Hamburg, wo fünf türkische Kriegsdienstverweigerer spontan die Aktionsgruppe *Hamburg Savas Karsitlari Grubu* gründeten und weitere Gleichgesinnte zu ihrem Schritt an die Öffentlichkeit ermuntern wollen. Gast dieser Veranstaltung war auch Serdar Tekin vom Verein der KriegsdienstgegnerInnen Izmir, der über die Verfolgung und Inhaftierung des Kriegsdienstverweigerers Osman Murat Ülke und Repressionen gegen den türkischen Verein berichtete.
Die Veranstaltungsreihe wurde und wird durchgeführt von den Vereinsmitarbeitern Deniz Yücel, Michael Behrendt und Mustafa Ünalan. Letzterem wurde kürzlich als erstem türkischen Kriegsdienstverweigerer in der BRD Asyl gewährt (*illoyal* 0/97 und viele Tageszeitungen berichteten), was die Zahl von Anfragen türkischer Wehrpflichtiger und KDVer an unser Büro in die Höhe schnellen ließ. Aber auch Anrufe von (Asyl)Anwälten und Beratungsstellen aus dem gesamten Bundesgebiet häuften sich.
Gute Gründe für uns, die Fortsetzung des Projektes in Angriff zu nehmen, zum Beispiel mit einer Neuauflage der Broschüre und weiteren Informationsveranstaltungen. Auch die Möglichkeit, die Ideen auf internationaler Ebene weiterzutragen, wollen wir verfolgen. Mustafa und Deniz konnten bereits an der Konferenz *Stoppt den Krieg in der Türkei* in Amsterdam teilnehmen.

Wir wünschen uns Weiterförderung durch die EHRF und freuen uns über Spenden, damit wir dazu beitragen können, dem Recht auf Kriegsdienstverweigerung auch in der Türkei zum Durchbruch zu verhelfen.

Udo Kroth



Stillgestanden? ***Rührt Euch!***

„Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V." wurde am 21.7.1990 von Kriegsdienstverweigerern, Wehrflüchtlingen und anderen friedensengagierten Menschen in Berlin gegründet. Unser Ziel ist die ersatzlose Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und der damit verbundenen Zwangsdienste. Darüberhinaus setzen wir uns für die Abrüstung, Reduzierung und letztendlich Auflösung der Armeen ein.

Derzeitige Schwerpunkte unserer Arbeit sind:
• Information und Hilfestellung für Kriegsdienstverweigerer
• Hilfe für in Bedrängnis geratene Wehrpflichtige bei der Auseinandersetzung mit der Bundeswehr und den Wehrbehörden
• Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Friedenspolitik, Entmilitarisierung, Dienstpflicht(en), KDV
• internationale Durchsetzung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung durch Unterstützung befreundeter Gruppen im Ausland, z.B. in der Türkei und in Russland
• Herausgabe der Zeitschrift „Illoyal" - Journal für Antimilitarismus

Wir sind ins Vereinsregister eingetragen und als gemeinnützig anerkannt. Du kannst unsere Arbeit durch Mitgliedschaft oder Förderung unterstützen - und am besten selbst mitarbeiten!

Als Mitglied erhältst Du
• kompetente Beratung in allen Fragen der Wehrpflicht und Verweigerung
• aktuelle Informationen zur Praxis der Militärbehörden bei Musterung, Einberufung usw.
• Spezialberatung zur KDV für Soldaten, Reservisten und Doppelstaater
• vier mal jährlich die Zeitschrift *illoyal* frei Haus
Außerdem vermitteln wir bei Bedarf Beistände für die KDV-Anhörung und spezialisierte Rechtsanwälte.

Weitere Informationen gibt's bei:
Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.
Oranienstr. 25, 10999 Berlin
Tel (030) 615 11 23, Fax (030) 61 50 05 29

Ich möchte „Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V." unterstützen und werde deshalb

❒ Mitglied — mein Jahresbeitrag beträgt (Mindestbeitrag jährlich incl. „Illoyal"-Abo: DM 60,-) — DM _____

❒ Förderer — Ich möchte den Verein jährlich mit — DM _____ unterstützen.

Ich möchte den Verein einmalig mit — DM _____ unterstützen.

❒ Bitte sendet mir weitere Informationen über „Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V."

Den Beitrag zahle ich durch
❒ Überweisung (am besten per Dauerauftrag)
❒ Einzugsermächtigung (bitte den untersten Abschnitt auch ausfüllen). Diese kann ich jederzeit widerrufen.
Zahlungsweise: ❒ jährlich ❒ halbjährlich
Bankverbindung: Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V., Postbank Berlin, BLZ 100 100 10, Konto-Nr. 741 834 109

Name _____ Straße, Haus-Nr. _____

PLZ, Ort _____ Telefon (Angabe freiwillig) _____

Datum _____ Unterschrift _____

Ermächtigung zum Einzug von Forderungen durch Lastschrift
Hiermit ermächtige/n ich/wir den Verein „Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V." widerruflich, die von mir/uns zu entrichtenden Mitgliedsbeiträge bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres Kontos

Konto-Inhaber: _____ Bank: _____

Konto-Nr. _____ Bankleitzahl _____

durch Lastschrift einzuziehen.
Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstitutes keine Verpflichtung zur Einlösung. Teileinlösungen werden im Lastschriftverfahren nicht vorgenommen.

Ort, Datum _____ Unterschrift/en d. Kontoinhaber/s

Service

Tätowierungen und andere Straftaten

Ein selten angesprochenes, aber durchaus interessantes und anregendes Kapitel des Strafgesetzbuches stellen die Straftaten gegen die Landesverteidigung dar. Wir sprechen hier über die Paragraphen 109 bis 109k StGB.

Interessant für Wehrpflichtige sind in erster Linie die §§ 109 und 109a StGB. Beide Paragraphen gibt es übrigens nicht erst, seit die Bundeswehr besteht, sie sind schon im Nationalsozialismus oft und mit drakonischen Urteilen angewandt worden.

§109 StGB, Wehrpflichtentzug durch Verstümmelung, findet überall dort Anwendung, wo Menschen sich selbst körperliche Schäden zufügen, um nicht mehr tauglich zu sein. In der Praxis kommt Selbstverstümmelung äußerst selten vor, deshalb sind uns derzeit auch keine Strafverfahren oder deren Androhung bekannt. Eine Ausnahme bildet der Fall des Berliner Punkers Albert J., dem aufgrund seines Ganzkörpertattoos 1995 ein derartiges Strafverfahren im Kreiswehrersatzamt angedroht wurde. Nachdem der Verein Mit uns gegen die Wehrpflicht mit Albert eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Sachbearbeiter einlegte, wurde Albert wegen seiner Körperbemalung ausgemustert, von einem Strafverfahren hat er bis heute nichts gehört.

Der § 109a StGB, Wehrpflichtentzug durch Täuschung, fand in der Geschichte der Bundeswehr bis heute immer wieder Anwendung. Aktuell versucht das Berliner Kreiswehrersatzamt in Einzelfällen Wehrpflichtige, die ihm durch die Lappen gegangen sind, mit diesem Paragraphen verfolgen zu lassen. Um mit einem derartigen Strafverfahren Aussicht auf Erfolg zu haben, müssen folgende Kriterien oder Merkmale vorliegen: Der Wehrpflichtige muß „arglistig", mit „krimineller Energie" ein „Konstrukt von Lügen und Machenschaften" errichtet haben, um sich durch „Täuschung" der Wehrpflicht zu entziehen. Das Kreiswehrersatzamt (KWEA) muß über entsprechende Tatsachen oder Indizien verfügen, die diese Lügen belegen. Uns sind weder aktuell noch aus der Vergangenheit Verurteilungen bekannt geworden. Prinzipiell handelt es sich bei Musterungsverweigerern um Menschen, die sich ordnungswidrig verhalten. Es scheint so, daß das KWEA derartige Verfahren einleitet, um potentielle Musterungsverweigerer einzuschüchtern.

Praktisch können derartige Anzeigen folgendermaßen aussehen:
Fall 1: Ein Wehrpflichtiger entschuldigte sich über zwei Jahre für jeden Musterungstermin und gab mehrere Wohnortwechsel an, ohne den Wohnort gewechselt zu haben. Nachdem er dadurch die Einberufungshöchstgrenze überschritten hatte, erstattete das KWEA Anzeige wegen §109a; das Verfahren läuft noch.
Fall 2: Ein Wehrpflichtiger entschuldigte sich mehrmals und über Jahre hinweg damit, daß er aufgrund seines Studiums oft und lange im Ausland war. Nach Überschreiten der Einberufungshöchstgrenze von 25 Jahren erhöhte das KWEA die Einberufbarkeit des Wehrpflichtigen auf 28 Jahre. Das KWEA begründet diese Maßnahme mit § 3 Abs 2 Wehrpflichtgesetz, der Wehrpflichtige habe sich länger als drei Monate ohne Genehmigung im Ausland aufgehalten. Dem widersprach der Betroffene, woraufhin das KWEA Strafanzeige stellte. Das Verfahren ist bisher nicht abgeschlossen.
Fall 3: Ein Wehrpflichtiger entschuldigte sich mehrere Jahre gegenüber Musterungsladungen. Nach einer Dauerladung akzeptierte das KWEA die Entschuldigung nicht mehr und leitete die polizeiliche Vorführung des Wehrpflichtigen ein. Nachdem die Polizei den Wehrpflichtigen mehrmals nicht in der Wohnung antraf, meldete sie seinen Wohnort ab. Der Wehrpflichtige bemerkte das erst nach gut einem halben Jahr und meldete sich unverzüglich wieder an. Nun wollte das KWEA den Wehrpflichtigen wie im zweiten Fall länger einberufbar machen, wogegen der Betroffene energisch Widerspruch einlegte. Er hatte Erfolg, da er faktisch jederzeit an seiner Meldeadresse erreichbar war und die Polizei ihn rückwirkend wieder anmelden mußte. Dies hinderte das KWEA nicht daran. Anzeige nach § 109a zu stellen. Das Verfahren wurde mittlerweile eingestellt und der Wehrpflichtige kann nicht mehr einberufen werden.

Der Erfolg eines derartigen Verfahrens hängt maßgeblich davon ab, inwieweit Wehrpflichtige sich in Widersprüche verzetteln und falsche Angaben nachweisbar sind. Der Grundsatz „So wenig Information wie möglich und nur soviel wie nötig für die Militärs", sollte beherzigt werden. Insgesamt schätzen wir die Gefahr, daß ein solches Strafverfahren mit einer Verurteilung endet, als äußerst gering ein.

Michael Behrendt

Wer sich die Paragraphen ansieht, stößt auf solch obskure Bezeichnungen wie (§ 109) „Wehrpflichtentziehung durch Verstümmelung"
§ 109a „Wehrpflichtentzug durch Täuschung", (§ 109b. und 109c. sind weggefallen).
§109d „Störpropaganda gegen die Bundeswehr".
§ 109e „Sabotagehandlungen an Verteidigungsmitteln".
§ 109f „Sicherheitsgefährdender Nachrichtendienst".
§ 109g „Sicherheitsgefährdendes Abbilden".
§ 109h „Anwerben für fremden Wehrdienst" und die §§ 109i. und 109k, die sogenannte Nebenwirkungen der aufgeführten §§ beschreiben.

Adressen
und Termine

Achtung: e-mail- und www-Adressen haben sich zum Teil geändert. Insbesondere Adressen der Kampagne Berlin deshalb unbedingt überprüfen - und erst dann mailen!

Berlin *Kampagne gegen die Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär*

Oranienstr. 25, 10999 Berlin (Kreuzberg),
Tel. (030) 61500530/31
Fax (030) 61500529
e-mail: info@Kampagne.DE
http://www.Kampagne.DE
Überblicksveranstaltung dienstags 17.30
Information für Doppelstaater, Deserteure, Totalverweigerer und alle anderen nach Vereinbarung
Aktuelle Fragestunde freitags 17.30
Soldaten- und Reservistenberatung: 1. Freitag im Monat 19.30 - 20.30
Vorbereitung auf die mündliche KDV-Anhörung montags 17.30

TKDV-Beratung im Stadteilladen Zielona Gora
Grünberger Str. 73, 10247 Berlin
Tel. (030)2922471, Mi 16.00 - 18.00

Schwule Kriegsdienstgegner e.V.
c/o „Mann-O-Meter"
Motzstr. 5, 10777 Berlin (Schöneberg)
Beratung mittwochs 18.30 - 20.00
e-mail: info @ skdg. Kampagne.DE
http://www.skdg. Kampagne. DE

STATT Bundeswehr
Zivildienstberatung im Statthaus Böcklerpark, Prinzenstr. 1, 10969 Berlin,
Infos donnerstags 18.30 - 20.00
e-mail: info @ stattbw. Kampagne. DE
http://www.stattbw. Kampagne. DE

Kampagnen und Beratungsstellen bundesweit

Kampagne Potsdam
Lindenstr. 53, 14467 Potsdam
Tel (0331) 2805083 Fax (0331) 2708728
Beratung Mo - Mi 18.00 - 20.00

Kampagne Leipzig
c/o Neues Forum, Jahn-Allee 67, 04177 Leipzig (Lindenau)
Tel (0341) 4807207 Fax (0341) 6898619
Beratung nach Absprache

Infoladen Conne Island
Koburger Str. 3, 04277 Leipzig (Connewitz), Tel/Fax (0341) 3013028
Beratung montags 18.00 - 20.00

Kampagne Cottbus
Str. der Jugend 100, 03046 Cottbus
Tel und Fax (0355) 23098
Bürozeit: Donnerstag 17.00 - 19.00

Kampagne Neubrandenburg / DFG-VK Mecklenburg-Vorpommern
c/o Monty Schädel
Mahatma-Gandhi-Dorfstr. 12
17039 Hohenmin
Tel (03961) 211130, Fax: (03961) 211053
Überblicksveranstaltung: jeden 2. Do/Monat 17.00 in der Brinkstr. 6, 17033 Neubrandenburg, Beratung nach telefonischer Vereinbarung

Kontaktstelle TKDV Kassel
c/o Bazille
Sickingenstr. 10, 34117 Kassel
Tel/FAX (0561) 15358

Kontakt TKDV Göttingen
c/o Friedensbüro
Gotmarstr. 3, 37073 Göttingen
Tel. (0551) 45074, Fax (0551) 45139

TKDV-Initiative Braunschweig
c/o Detlev Beutner
Helmstedter Str. 21, 38102 Braunschweig
Tel/Fax (0531) 794688
deti@trashcan.mcnet.de

TKDVer Sachsen-Anhalt
c/o Lothar Wesolowski
Robert-Koch-Str. 39, 39128 Magdeburg
Tel. 0177-2518859
FAX (0391) 7346152

Kontakt TKDV Dinslaken
c/o Klaus Fischer
Wallstr. 8, 46535 Dinslaken
Tel (02064)72083, FAX (02064) 72084

Rechtshilfefonds

Pro Total
c/o IdK e.V. (im Mehringhof)
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Spendenkonto: Ökobank e.G. BLZ 50090100, Kto. 209090

Hilfsfonds für den Frieden
Große Klausstr. 11, 06108 Halle
Spendenkonto: Kommerzbank e.G. BLZ 50090100, Kto. 600709

Solidaritätsfonds für Totale Kriegsdienstverweigerer der DFG-VK
c/o Klaus Fischer
Wallstr. 8, 46535 Dinslaken
Spendenkonto: Ökobank e.G. BLZ: 50090101, Kto. 182001

Termine

28.10.97 IN BERLIN
Seminar: „Kriegsdienstverweigerung in der Türkei", Veranstaltung mit Vedat Zencir vom Verein der KriegsdienstgegnerInnen Izmir und Mitarbeitern von Mit uns gegen die Wehrpflicht.
TU Berlin, Informationen: Tel. (030) 6151123

31.10.-1.11.97 in Iserlohn
„Workshop zur Friedenstheorie"
Veranstaltet von der Arbeitsgemeinschaft Frieden und der Evangelischen Akademie Iserlohn. Prof. Dr.Hajo Schmidt, Fernuniversität Hagen, Elberfelder Str.95, 58084 Hagen oder Evangelische Akademie Iserlohn, Berliner Platz 12, 58638 Iserlohn

31.10.-1.11.97 in Jena
„Zehn sind manchmal mehr als Zehntausend".
Die Friedensgemeinschaft Jena, Veranstaltet von der Geschichtswerkstatt Jena
Informationen und Kontakt: (03641) 492758, Fax.: (03641) 821235 oder Gerold Hildebrand / Matthias-Domaschk-Archiv Berlin, (030) 4464844

9.11.97 in Sindelfingen
„Friede ist der Weg: 20 Jahre Ohne Rüstung Leben", Veranstaltet von Ohne Rüstung Leben, Sophienstr.19, 70178 Stuttgart, Tel.: (0711) 608396, Fax.: (0711) 608357

12.-14.11.97 in Loccum
Internationale Konsultationen: „Entwicklung und Frieden" - Was können kirchliche Entwicklungsdienste zur Gewalteindämmung, Streitschlichtung und konstruktiven Konfliktbearbeitung beitragen?, Veranstaltet von der Evangelischen Akademie Loccum, Geschäftsstelle, Postfach 2158, 31545 Loccum

14.-16.11.97 in Paderborn
„Die Rolle kritischer ExpertInnen in der Informationsgesellschaft"
*Veranstal*tet vom Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIFF): Universität GH Paderborn, Warburger Str.100, 33098 Paderborn

15.-16.11.97 in Köln
Fortbildungsseminar des Bildungswerkes für gewaltfreie Veränderungen UMBRUCH, Info und Anmeldung: UMBRUCH, Scharnhorststr.6, 50733 Köln

26.-28.11.97 in Bad Boll
„Arbeit und Frieden: Herausforderungen und Visionen", Veranstaltet von der Evangelischen Akademie Bad Boll, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll

6. - 7.12.97 in Kassel
Vierter Kasseler Friedensratschlag: „Gegen eine neue Spaltung Europas"
Veranstaltet vom Kasseler Friedensforum und der Universität Kassel. Dr. Peter Strutynski, Universität GHK, FB 6, Nora-Platiel-Str.5, 34109 Kassel, Tel.: 0561-804-2314, Fax.: 0561-8043738

25.6.1998 Berlin
Rekrutengelöbnis der Bundeswehr in Berlin Tempelhof

Das 21.Jahrhundert wird die Ära eines neuen Kolonialismus sein. (...) die Kolonien der Zukunft werden vor allem Ressourcenlieferanten und Absatzmärkte für die Kolonialmächte sein."

Oberstleutnant i.G. Reinhard Herden
(Bereichsleiter im Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr, verantwortlich für Analysen und Risikoprognosen)

EIGENTUMSVORBEHALT:
DIESE ZEITSCHRIFT IST SO LANGE EIGENTUM DES ABSENDERS, BIS SIE DEM GEFANGENEN PERSÖNLICH AUSGEHÄNDIGT WORDEN IST. „ZUR HABE-NAHME" IST KEINE AUSHÄNDIGUNG IM SINNE DIESES EIGENTUMSVORBEHALTS. WIRD DIE ZEITSCHRIFT DEM GEFANGENEN NICHT PERSÖNLICH AUSGEHÄNDIGT, SO IST SIE DEM ABSENDER UNTER ANGABE DES GRUNDES DER NICHTAUSHÄNDIGUNG ZURÜCKZUSENDEN.

ISSN 1434-2871